Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. 1950-1951
1950

38 (20.9.1950)

Visual Library

WIRTSCHAFTSREVUE

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Nr. 38 — 5. Jahrgang (Verlagspostamt: Esslingen) Karlsruhe, 20. September 1950 • Preis 50 D-Pfennige

Kraftwerk Augst-Wyhlen

Wir bringen auf Seite 3 eine Darstellung der gegenwärtig häufig diskutierten Fragen des Neckarkanal-Baues und des Ausbaues des Hochrheins zwischen Konstanz und Basel.

Konjunkturaufschwung setzt sich fort

Arbeitslosenzahl sinkt weiter - Insolvenzen nehmen ab - Rohstoffpreise steigen weiter
Deutsche Exporte ohne Gegenlieferung - Immer noch Demontagen - Auftragseingänge steigen

Die vergangene Woche hat manche Klärung auf außenpolitischem Gebiet gebracht. Zum erstenmal seit dem Krieg in Korea sind die Truppen der UN zum Großangriff übergegangen und haben große Erfolge erzielt. Die Gerüchte scheinen sich zu bestätigen, daß die Nordkoreaner durch Vermittlung Indiens und Rotchinas den Frieden suchen. Selbst wenn es dazu käme, würde sich wirtschaftlich nichts ändern. Die Erhöhung der Rüstungsausgaben bleibt und wird die nächsten Jahre beherrschen. Außerdem scheint sich jetzt in China etwas Ähnliches wie in Korea vorzubereiten; Südostasien sorgt dafür, daß die Welt in Atem gehalten bleibt. Eine weitere Klärung ist in England vollzogen worden: Die Werkzeugmaschinenausfuhr Englands in die Ostblockstaaten hört auf. Unsere Leser wissen, daß dieser Export im Laufe der letzten Monate sich vervierfacht hatte. England hat also auf dem Gebiete des Exports — an seiner empfindlichsten Stelle — die Konsequenzen gezogen, was immerhin beachtlich ist. Und schließlich noch ein dritter Punkt: Über die Remilitarisierung Deutschlands und seiner Industrie konnte man sich auf der Außenministerkonferenz nicht einigen. Man hat die Entscheidung um zehn Tage verschoben: Frankreich war dagegen. Wir sind Frankreich darum nicht böse. Im Gegenteil, Wir möchten sogar sagen: Wir fürchten, daß sich Frankreich in zehn Tagen nicht mehr mit seiner Ansicht durchsetzen könne.

Nervosität läßt nach

Irgendwie hat sich die westliche Welt mit der Umstellung auf erhöhte Rüstungsproduktion abgefunden. Die wirtschaftliche Nervosität hat allerdings zusehends abgenommen. Wohl stiegen immer noch auf einer ganzen Reihe von Märkten die Preise, aber die Erfolge in Korea haben doch schon hier und da eine gewisse Zurückhaltung gebracht. Kautschuk war bekanntlich neben Wolle am stärksten gestiegen. Nun hat Truman die Anordnung getroffen, daß alle Bunafabriken in den USA in Gang zu setzen seien, wodurch eine zusätzliche Produktion von etwa 80 000 t synthetischen Gummis erzielt wird.

Kontrollen kaum fühlbar

Auch sonst ist in den USA eine starke Beruhigung eingetreten. Es hat sich inzwischen herausgestellt, daß sich die Kontrollen auf die Geschäftstätigkeit und auf die Verbraucher, für die Truman die Vollmachten erhalten, wenn überhaupt nur schrittweise fühlbar machen. Es dürften mehrere Monate vergehen, bis der zivile Bedarf eine merkbare Einbuße in seiner Versorgung mit Rohstoffen erleidet. Weder ist eine Kontrolle der Löhne und Preise noch ein ins einzelne gehendes Bewirtschaftssystem bis zum Verbraucher vorgesehen. Die Kontrollmaßnahmen selbst werden sich wahrscheinlich

In dieser Nummer:

Erste Schau der badischen Landwirtschaft

Berliner Brief: Eine politische Preissenkung

Das deutsche Eigentum in Österreich

Die deutschen Investitionsvorschläge

Kontrolle von Preis und Kredit in den USA

Sowjet-Industrie wandert ostwärts

Schwedens Holzexport

Diskonterhöhung in Belgien

Kriegsgefangene in UdSSR als Spezialisten?

Auf den in unserer Nr. 34 veröffentlichten Aufsatz über „Die Wirtschaftskraft der UdSSR und der USA" sind uns von einem Spätheimkehrer, der erst im Januar 1950 nach 5½jähriger Kriegsgefangenschaft aus dem Nordural zurückkehrte, und der sich seither sehr intensiv um das Schicksal der noch in Rußland zurückgehaltenen Kameraden bemüht, aufschlußreiche Ausführungen zugegangen, die wir in dieser und in der nächsten Ausgabe veröffentlichen.

Nicht nur in Ihrem Aufsatz, sondern auch an vielen anderen Stellen ist immer wieder der Verdacht geäußert worden, ein Grund für die Zurückhaltung vieler Kriegsgefangener in der Sowjetunion könne darin zu suchen sein, daß diese Kriegsgefangenen überwiegend Spezialisten und technische Fachkräfte seien, die die Sowjetunion für ihre industrielle Ausweitung dringend benötige. Sie habe sie daher einfach unter irgend einem Vorwand diskriminiert, um sie als Strafgefangene für viele weitere Jahre in der sowjetischen Wirtschaft einsetzen zu können.

Diese Vermutung liegt für einen Außenstehenden durchaus nahe. Tatsächlich hat die sowjetische Führung seit Beginn des sozialistischen Wirtschaftsaufbaus, besonders aber in bestimmten Stadien der Entwicklung in unvorstellbarem Maße zu dem wenig humanen Mittel gegriffen, Millionen der eigenen Landsleute unter nichtigen Vorwänden zu politischen Verbrechern und „Verrätern am sozialistischen Aufbau" zu stempeln, um sie dann im Masseneinsatz an exponierten Stellen (Weißmeerkanal, Neuerschließung von Rohstoffvorkommen in unwirtlichen Gebieten, vor allem in Sibirien und im hohen Norden) zu „verheizen", wie unter uns Kriegsgefangenen der Fachausdruck für diese fortschrittliche sozialistische Methode des Arbeitseinsatzes lautete. Wer sich aus authentischer Quelle über diese Vorgänge und Methoden unterrichten will, dem kann ein Studium der Berichte von Kravchenko[1] und Elinor Lipper[2] nur dringend empfohlen werden. Es gibt auch frühere, sehr glaubwürdige Berichte über das gleiche Thema, z. B. Albrechts' Buch „Der verratene Sozialismus", doch dürften die Schilderungen von Kravchenko und Elinor Lipper als die neuesten und aktuellsten das schwerste Gewicht beanspruchen.

Diese beiden Berichte von langjährigen überzeugten Kommunisten sind eine einzige ungeheuerliche Anklage gegen das sowjetische System. Man hat auch der nationalsozialistischen Führung, vor allem für die Zeit des zweiten Weltkrieges, ähnliche Methoden vorgeworfen. Wenn überhaupt ein Vergleich gestattet ist, so kann man jedoch — ohne in den Verdacht der Parteilichkeit zu geraten — feststellen, daß alle derartigen Vorgänge im nationalsozialistischen Bereich ein reines Kinderspiel waren gegenüber den Methoden, die seit Jahrzehnten und gerade gegenwärtig vielleicht wieder in verstärktem Maße in der Sowjetunion Anwendung finden.

Dennoch muß ich der eingangs erwähnten Vermutung, die Sowjetunion halte einige hunderttausend Kriegsgefangene zum Zweck des qualifizierten Arbeitseinsatzes zurück, auf Grund meiner persönlichen Erfahrung widersprechen. Gewiß hat der Russe vor allem seit Kriegsschluß, in zunehmendem Maße erkannt, welches wertvolle und ungeheure Facharbeiterreservoir ihm in den Millionen deutscher Kriegsgefangener geboten war. Wir sehen dabei von vornherein ab von jenen wenigen technischen und wissenschaftlichen Spezialisten, die die sowjetische Führung aus dem deutschen Zivilsektor der Ostzone im Einzelfalle vielleicht auch unter den Kriegsgefangenen ausgesucht hat, um sie mehr oder minder zwangsweise für Forschungszwecke auf den verschiedensten Gebieten einzusetzen. Darüber hinaus hat es jedoch der Russe — trotz aller bei ihm wirksamen Beharrungsmomente und organisatorischen Reibungswiderstände — verstanden auch die in der Masse der Kriegsgefangenen vorhandenen Fachkräfte in seine Wirtschaft einzubauen. In den meisten Fällen haben diese deutschen Plenni-Spezialisten die sowjetrussische Arbeitsnorm ohne allzu große Anstrengung um viele hundert Prozent übererfüllt, was von den zivilrussischen Arbeitskollegen trotz heimlicher Anerkennung nicht gerade mit Begeisterung und sozialistischem Leistungsethos begrüßt wurde. Es war auch offensichtlich, daß in den Jahren 1946 bis 1948 an der ohnehin sehr bescheidenen Entlassung von Kriegsgefangenen die Spezialisten und Facharbeiter relativ gering beteiligt waren, weil man diese wertvollen Kräfte nicht so rasch und billig wieder hergeben wollte. Wie ja überhaupt bis zum Jahr 1949 fast ausschließlich arbeitsunfähige, durch den brutalen Arbeitseinsatz bei unzureichender Verpflegung völlig heruntergewirtschaftete Kriegsgefangene nach Hause geschickt wurden.

Die Rückführung im Laufe des Jahres 1949 und vor allem gegen Ende 1949 hat dann aber in gleichem Maße gelernte und ungelernte, abgewirtschaftete und gesunde Arbeitskräfte erfaßt. Der Verlauf der unaufhörlichen Vernehmungen und Verhöre dieser Zeit zeigte klar, daß die Auslese der zurückgehaltenen und inzwischen meist zu langjähriger Zwangsarbeit verurteilten Kameraden nach anderen Gesichtspunkten erfolgte. Die folgende Darstellung soll dies erläutern:

Im ganzen nördlichen Ural sind im Zuge der Auflösung sämtlicher Kriegsgefangenenlager dieses Gebiets, d. h. der Lagergruppen Karpinsk, Nishni-Tagil, Asbest und Swerdlowsk alle vom Russen noch als verdächtig oder belastet angesehenen Kriegsgefangenen im November 1949 im Lager Asbest zusammengefaßt worden. Darunter befanden sich in gleichem Maße Offiziere wie Mannschaften, Akademiker und Handarbeiter, technische Spezialisten wie Bauernsöhne und Landarbeiter, gelernte und ungelernte Arbeitskräfte. Die meisten kamen von da nach nochmaligen eingehenden Verhören in fortlaufenden Teiltransporten zur Verurteilung nach Swerdlowsk. Nach einem letzten Heimtransport, zu dem auch der Verfasser dieser Zeilen eingeteilt wurde, blieben rund 1100 Kriegsgefangene zurück, die im Laufe des Dezember 1949 im gleichen Fließbandverfahren, nach dem zuvor die Verhöre stattfanden, zu durchweg 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurden. Die Anklagepunkte wie deren völlige Haltlosigkeit sind durch viele Heimkehrerberichte der deutschen Öffentlichkeit hinreichend bekannt. Dieser tragische letzte Akt lief in allen Teilen Rußlands in gleicher Weise ab. In diesem Zusammenhang ist nur wichtig, daß Angehörige aller Berufsschichten von ihm erfaßt wurden.

Von den erwähnten 1100 Mann sind im April 1950 überraschend nochmals etwa 550 Kriegsgefangene nach Deutschland entlassen worden. Sie bestätigen, daß die Verurteilten zunächst in den beiden Lagern Deljerka bei Swerdlowsk (Kupferbergbau unter Tage) und in Asbest (Asbestgewinnung im Tagebau) beschäftigt wurden. Im Februar 1950 wurden dann sämtliche Kriegsgefangenen im erstgenannten Lager Deljerka zum Einsatz im Kupferbergbau zusammengefaßt. Arbeitsbedingungen, Verpflegung und Behandlung waren etwa die gleichen wie im vergangenen Jahre 1949, wenn man von einer Verschärfung der Bewachung, besonders auf dem Wege zur Arbeit, absehen will. Den im April 1950 zurückgebliebenen rund 550 Kriegsgefangenen wurde von der russischen Lagerleitung die Heimkehr im Monat Mai in Aussicht gestellt. Dann kam die berüchtigte Tass-Erklärung. Seither ist es totenstill. Eine Postverbindung besteht trotz aller Bemühungen der Angehörigen nicht mehr, obwohl die Sowjetunion ihren eigenen zivilen Strafgefangenen sowohl Postverbindung mit den Angehörigen wie Paketempfang gestattet.

(Fortsetzung in der nächsten Ausgabe.)

[1] Viktor Kravchenko: „Ich wählte die Freiheit"

[2] Elinor Lipper: „Elf Jahre in sowjetischen Gefängnissen und Lagern", Verlag Oprecht, Zürich, 1950.

Kanada ein schwieriger Markt

Da die Industrialisierung Kanadas eine ununterbrochene Tendenz hat, werden, wie aus einem der Handelskammer Bremen vorliegenden Bericht über die Marktsituation in Kanada hervorgeht, in hohem Maße Textilien, Ledererzeugnisse, optische Artikel und Werkzeuge im Lande hergestellt. In die Lücke zwischen Eigenerzeugung und Verbrauch drängt sich das Angebot aus vielen Ländern. Standortbedingt stehen die Vereinigten Staaten unter den ausländischen Lieferanten Kanadas an erster Stelle. Den zweiten Platz nimmt England ein, das sich vor allem unmittelbar nach dem Kriege gestützt auf Vorzugszölle einen wesentlichen Platz auf dem kanadischen Märkten erobern konnte. Als neuer Lieferant ist hinzugekommen Japan, das zu äußerst niedrigen Preisen seine Waren anbietet. Obgleich diesen Schleuderpreisen durch besondere Dumpingzölle Einhalt geboten wird, liegen die japanischen Angebote weit unter allen anderen Preisen. Auch die Tschechoslowakei und Polen sind auf dem Markt vertreten, besonders tschechische Textilien und Glaswaren werden billig angeboten, bei Glaswaren bis zu ⅓ unter dem deutschen Preis.

Die Absatzmöglichkeiten für deutsche Erzeugnisse werden erschwert dadurch, daß:

1. wegen des verspäteten Eintreffens deutscher Angebote ein großer Teil der Kaufwilligen amerikanische oder englische Ware vorzieht, 2. diese Neigung durch die vergleichsweise höheren Preise gefördert wird, 3. das großzügig angelegte Dollar-Drive-Programm Englands fast alle in Frage kommenden Waren umfaßt.

Den meisten deutschen Herstellern ist, wie in dem Bericht weiter festgestellt wird, die Preisbildung ihrer Artikel auf dem Wege über Transport und Handel nicht genügend bekannt. Eine Ware, für die der Kunde etwa 18,50 Kanad. Dollar bezahlen muß, darf im Angebot fob Hamburg/Bremen nicht teurer als 5.— US-Dollar sein. Das folgende Beispiel erläutert die Gestaltung der Unkosten:

Deutscher fob-Preis in US-Dollar		5.—
Umrechnung auf Kanad. Dollar (10%)	0,50	5,50
Fracht ca. 10%	0,55	6,05
Zoll je nach Ware ca. 20%	ca. 1,20	7,25
Umsatzsteuer 8%	0,60	7,85
Luxussteuer 10% (Lederwaren, Uhren)	0,80	8,65
Importeur 15%	1,30	9,95
Grossist 30%	3.—	12,95
Einzelhändler mindestens 40%	5,20	18,15
Im Staate Quebec bes. Verkaufssteuer	0,90	19,05

Badische Minister der letzten zwei Jahrzehnte zur Frage des Südweststaates

Die Freundlichkeit der betreffenden Herren setzt uns in die Lage, von allen Finanz- bzw. Wirtschaftsministern des Landes Baden seit 1930 eine Stellungnahme zur Südweststaatfrage zu erhalten. Wir bringen nachstehend die Ausführungen der Herren Minister a. D. Dr. Mattes, früher Deutsche Volkspartei, jetzt Deutsche Gemeinschaft, des Ministers a. D. Dr. Friedrich Leibbrand (SPD) und des amtierenden Dr. Lais (CDU).

Dank dem besonderen Entgegenkommen des Herrn Staatspräsidenten von Baden, Prof. Wohleb, ist es uns möglich, einen Brief zu veröffentlichen, den der von 1933 bis 1945 amtierende Ministerpräsident Finanzminister und Wirtschaftsminister Walter Köhler, Weinheim, an den Herrn Bundestagsabgeordneten Richard Freudenberg, Weinheim, gerichtet hat, und der seine Stellungnahme zu diesem Problem enthält. Bei der Achtung, die Herr Köhler im Sachlichen und Menschlichen auch bei den politischen Gegnern genießt, stehen wir nicht an, diesen Brief zum Abdruck zu bringen.

Badischer Finanzminister von 1931 bis 1933
Dr. Wilhelm Mattes, Stockach

Der Verfasser vertritt in der Einleitung des nachstehenden Aufsatzes den Standpunkt, daß die Bildung des Südweststaates im Interesse einer gesunden föderalistischen Ordnung des gesamtdeutschen Raumes unerläßlich sei. Nur eine geringe Zahl möglichst gleich großer Länder könne diese Ordnung herbeiführen. Baden sei zu klein und finanziell nicht genügend leistungsfähig, um die geforderten Voraussetzungen zu erfüllen.

Die vielfach vertretene Ansicht, daß auch kleine Länder sich durchsetzen könnten und daß es lediglich auf die Köpfe ankomme, steht im Gegensatz zu den Erfahrungen und Feststellungen, die ich während meiner Tätigkeit in der badischen Politik von 1921 bis 1933 machen konnte. Während dieser Zeit sind die meisten bedeutenden gesamtdeutschen politischen Angelegenheiten zwischen Preußen und Bayern ausgehandelt und dann den übrigen Ländern, vielleicht verbunden mit kleinen Konzessionen, diktiert worden. Daran haben auch die bedeutenden politischen Köpfe, die Baden nach 1918 der deutschen Politik gestellt hat, nichts geändert. Wenn Württemberg im Verhältnis zum Reich während dieser Zeit vielfach gut gefahren ist, so hat es dies vor allem seiner starken Vertretung in zentralen Verwaltungsstellen durch Landsleute zu verdanken, während die badische Bürokratie dazu neigte, das gemütliche Dasein in badischen Dienststellen der härteren Konkurrenz und den schwierigeren Verhältnissen in zentralen Stellen des Reiches vorzuziehen. Dies ist auch für den Südweststaat bedeutsam. In diesem werden für Baden nicht Reservate und separate Behörden, sondern die Vertretung in den zentralen Stellen und die Fähigkeit sich dort durchzusetzen von entscheidender Bedeutung sein. Aus diesem Grunde war auch der 1945 beschrittene Weg der Einrichtung einer besonderen badischen Landesdirektion eine grundsätzlich falsche Lösung. Man hätte vielmehr von Anfang an das entscheidende Gewicht auf die Vertretung in den Stuttgarter Zentralstellen legen müssen. Damit soll natürlich eine vertragsmäßige Sicherstellung einer gleichmäßigen Entwicklung aller Teile des Südweststaates und die Verlegung einer ausreichenden Zahl von zentralen Dienststellen nach Altbaden nicht abgelehnt sein.

Der Südweststaat ist ferner notwendig, weil Altbaden nicht alle seine Teile richtig entwickeln kann. Vielmehr können alle Gebiete, welche östlich des Schwarzwaldes liegen bzw. zum östlichen Odenwald gehören, nur im Zusammenhang mit den angrenzenden württembergischen und hohenzollerischen Gebieten verwaltungsmäßig, wirtschaftlich, verkehrsmäßig usw. voll erschlossen bzw. zweckmäßig organisiert werden. Die Aufteilung des Bodenseegebietes auf mehrere Staaten z. B. hat diesem Nachteile gebracht, die z. T. erst im Laufe von vielen Jahren, z. T. überhaupt nicht mehr gutgemacht werden können. Würde man mit Rücksicht auf den Volkswillen an die Wiederherstellung Altbadens gehen, dann müßte man den Volkswillen auch bei den Teilen von Altbaden respektieren, die nicht bei diesem bleiben wollen. Davon hört man leider sehr wenig. Man spricht nur vom Volkswillen, solange dieser als ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung des Südweststaates erscheint. Nach Erreichung dieses Zieles möchte man aber offenbar ohne Rücksicht auf den Volkswillen alle Teile Altbadens zwangsweise zusammenhalten. Man kann vielleicht mit demokratischen Mitteln den Südweststaat verhindern, aber man könnte Altbaden nur mit undemokratischen Methoden erhalten, da nach Ablehnung des Südweststaates eine Abstimmung innerhalb von Altbaden über die Wünsche seiner einzelnen Teile hinsichtlich ihrer künftigen staatlichen Zugehörigkeit voraussichtlich zu einer weitgehenden Auflösung von Baden führen würde.

Der Südweststaat ist ferner notwendig, weil die Finanz- und Wirtschaftskraft von Altbaden unter dem Durchschnitt liegt und für die Lösung großer Aufgaben nicht ausreicht. Die Entwicklung der badischen Finanzen und Wirtschaft seit dem ersten Weltkrieg zeigt ein langsames aber stetiges Zurückbleiben hinter der durchschnittlichen deutschen Entwicklung. Eine wesentliche Ursache hierfür war die Grenzlandlage Badens. Dies gilt auch für die Gegenwart und für eine liberalisierte künftige europäische Wirtschaft, weil der deutsche Auslandsabsatz immer nur wenige Hundertteile des Gesamtabsatzes betragen wird. Baden hat deshalb alle Ursache sich mit Württemberg, das eine überdurchschnittliche Entwicklung hatte, zusammen zu tun um dadurch einen gewissen Ausgleich zu erhalten.

Von welcher sachlichen Seite man auch das Problem des Südweststaates betrachtet, immer sprechen überwiegende Gründe für diesen, wenn man nur das Ganze ins Auge faßt. Dies ist das Ergebnis meiner Erfahrungen als früherer badischer Politiker und Minister. Die Gegner des Südweststaates appellieren deshalb auch überwiegend an das Gefühl. Dabei ist die Erweckung von Angst vor der angeblichen württembergischen Robustheit, Schlauheit und Überlegenheit das beliebteste Mittel. Es ist überraschend, daß das Unrichtige, das in dieser Begründung liegt, so wenig erkannt wird. Wenn die vorstehend erwähnten Gefahren mit der Wiederherstellung von Altbaden vermieden werden könnten, dann hätten sie früher keine entscheidende Rolle spielen dürfen, da ein selbständiges Baden ja bestanden hat. Aber die Dinge sind doch anders gelaufen. Nur einige Beispiele seien erwähnt. Die Württemberger haben den größten Teil der Neckarkanalisierung bereits fertig, obwohl damit viel später als mit dem Bau von Kraftwerken am Oberrhein begonnen wurde, während die Badener am Oberrhein — trotz ihrer Selbständigkeit — in den letzten 20 Jahren überhaupt nicht weitergekommen sind. Vielleicht wäre die Entwicklung günstiger verlaufen, wenn man am Oberrhein auch die Württemberger hätte interessieren können. Die Württemberger haben die Elektrifizierung eines wesentlichen Teiles ihres zentralen Eisenbahnnetzes erreicht, während in Baden nur ein Teil der eingleisigen Höllentalbahn elektrifiziert wurde. Die Selbständigkeit Badens hat also nicht dazu geführt, daß man mit dem östlichen Nachbar gleichen Schritt halten konnte. Auch hier dürfte sich die alte Lebenserfahrung als richtig erweisen, daß es vor allem für einen schwächeren Partner zweckmäßig ist, sich mit einem stärkeren zu verbinden.

gez. Dr. Wilhelm Mattes.

Badischer Ministerpräsident und Wirtschaftsminister von 1933 bis 1945
Walter Köhler, Weinheim

Wortlaut des Schreibens an Herrn Freudenberg:

Sehr geehrter Herr Freudenberg!

Leider ist mir durch meine Einstufung als Belasteter die Möglichkeit genommen in der Frage Baden—Südwest in der Form Stellung zu beziehen, die meiner Anteilnahme an diesem Problem und meinem Temperament entspricht. Da meine langjährigen Erfahrungen in der badischen Wirtschaftsführung doch vielleicht geeignet sind, meinem Urteil ein besonderes Gewicht zu geben, möchte ich Ihnen als dem ersten Repräsentanten der Südwestlösung meine Ansicht nicht verschweigen. Herrn Staatspräsident Wohleb als dem ersten Exponenten der Gegenseite lasse ich eine Abschrift dieser Zeilen zugehen.

Ich kann mir nicht schmeicheln anzunehmen, daß meine Argumente Sie von einem Südweststaatsaulus zu einem badischen Paulus machen könnten, denn zu gut ist mir bewußt, wie schwer oder fast unmöglich es ist,

Fortsetzung auf Seite 3

nur auf sehr wenige Rohstoffe beschränken. Es scheint nur beabsichtigt zu sein, jedem Rüstungsauftrag Prioritätsrechte gegenüber Zivilaufträgen für die Beschaffung von Rohstoffen zuzubilligen, soweit diese kontrolliert sind, aber eine Zuteilung des restlichen Materials für die übrigen Verwendungszwecke kommt nicht in Frage. Nicht einmal die Beschlagnahme von Produktionsstätten oder Teilen davon für die Durchführung militärischer Aufträge scheint ins Auge gefaßt zu sein. Man ist sich in den USA jetzt ganz allgemein darüber im klaren, was wir an dieser Stelle schon seit einiger Zeit immer wiederholt haben, daß die Durchführung des Rüstungsprogramms nur einen kleinen Teil der Produktionskapazität der US-Industrie in Anspruch nehmen wird. Von maßgebender Seite wurde jetzt in den USA erklärt, daß nicht einmal die Errichtung neuer Produktionsstätten erforderlich sein werde und daß keine Anlage, die zur Zeit mit anderen Aufgaben beschäftigt sei, etwa auf die Erzeugung von Panzern umgestellt zu werden brauche. Nur die Herstellung einiger dauerhafter Verbrauchsgüter für zivile Zwecke, die sich mit dem Verteidigungsprogramm überschneidet, würde einigen Beschränkungen unterliegen, die aber auch kaum einschneidend sein würden.

Deutschlands Peitrag

Was für uns Deutsche als Belastung bleibt, sind die erheblich gestiegenen Rohstoffpreise. Wenn wir heute Kautschuk importieren, müssen wir viermal so viel bezahlen wie im vergangenen Jahr, bei Wolle dürfte sich ungefähr eine Verdoppelung herausstellen, bei Baumwolle eine Erhöhung um 30%, bei Metallen ebenfalls eine wesentliche Verteuerung. Das ist der deutsche Beitrag zur Verteidigung des Westens — vorläufig. Diese Belastung ist schon sehr hoch und muß im wesentlichen aus den Gewinnen der deutschen Industrie getragen werden, wodurch sich die Investitionsmöglichkeiten weiter verringern; denn es wird — und das ist erfreulich — mit allen Mitteln daran gearbeitet, das Preisniveau für den deutschen Konsumenten möglichst nicht zu erhöhen (wenn wir wirklich remilitarisieren müssen, werden wir weitere Belastungen auf uns nehmen müssen, aber keiner hat bisher gefragt, woher wir die Mittel bei der angespannten Lage unserer Etats nehmen sollen).

Export nicht um jeden Preis

Es taucht naturgemäß die Frage auf, ob nicht auch im Export der deutschen Industrie Preiserhöhungen möglich sind. Wir haben uns hier schon oft auf den Standpunkt gestellt, daß die Länder, von denen wir Rohstoffe zu erhöhten Preisen importieren, bereit sein müssen, mindestens die Preiserhöhungen für deutsche Exportwaren in Kauf zu nehmen, die durch die erhöhten Rohstoffpreise entstanden sind.

Es kommt hinzu, daß sich gerade in letzter Zeit folgende unerfreuliche Entwicklung ergeben hat: Die Exporte deutscher Investitionsgüter steigen stetig weiter an, aber die wichtigsten Positionen der in den Handelsabkommen vereinbarten Gegenlieferungen werden unter dem Einfluß der internationalen Marktlage Not leiden. Dies tritt besonders in der Erfüllung der Vereinbarungen mit mittel- und südamerikanischen Ländern in Erscheinung. Es ist kaum damit zu rechnen, daß z. B. Mexiko die vereinbarten 20 Mill. Dollar Ölsaaten und die 13 Mill. Dollar Baumwolle liefern wird. Auch Brasilien wird die vereinbarte Baumwolle im Wert von 25 Mill. Dollar wahrscheinlich nicht liefern können. Es bestehen aber keine vertraglichen Handhaben, einen Partner zur Einhaltung der in einer Warenliste aufgeführten Positionen zu veranlassen. Es wäre daher zu erwägen, ob Deutschland den Export seiner Investitionsgüter auf die Länder umlenkt, die ihre Gegenlieferungen erfüllen. Wir wollen hier auf diese und weitere Möglichkeiten nicht eingehen, sondern wollten nur zeigen, daß der erhebliche Preisauftrieb bei den Weltwarenmärkten zur Zurückhaltung in selbst handelsvertraglich abgemachten Verkäufen geführt hat, und daß wir uns irgendwie dagegen wehren müssen.

Förderung und Sicherung des Exports

Zwei weitere Forderungen hätte die exportierende deutsche Wirtschaft zu stellen: Förderung des Exports durch Steuervergünstigung und Erweiterung der Kurssicherungsmöglichkeiten. Auf den ersten Punkt einzugehen erübrigt sich, aber zu dem zweiten noch ein paar Worte. Der Devisenterminhandel kam den Wünschen der Importeure entgegen, die ja meist nur kurzfristige Kontrakte abschließen. Für die Exporteure genügt diese Sicherung nicht. Es sind heute bereits von westdeutschen Industrieunternehmungen eine große Anzahl langfristiger Exportkontrakte geschlossen worden. Wohl könnten diese Exporteure zunächst auf 3 Monate Terminverkäufe tätigen, aber nach Ablauf dieser Frist dürfte es fraglich sein, ob bei der gegenwärtig labilen Lage der Weltwirtschaft die Möglichkeit einer Prolongation noch gegeben ist. Man sollte bedenken, daß viele Exportabschlüsse heute schon längere Lieferzeiten als 1 Jahr haben. Schließlich ist ja doch die Gefahr nicht ganz von der Hand zu weisen, daß sich infolge der überall steigenden Preise und der ungeheuren finanziellen Belastung der Länder durch die zusätzlichen Verteidigungsausgaben die Notwendigkeit einer neuen Währungsabwertung in dem einen oder anderen Land ergibt.

Wir in Deutschland jedenfalls werden versuchen, soweit wie möglich die deutschen Konsumentenpreise abzuschirmen. Es wird uns dies nicht ganz gelingen; denn auf einzelnen Gebieten, wie Kautschuk und Textil, sind die Rohstoffpreiserhöhungen so gewaltig, daß sie nicht ganz auf dem Weg vom Import des Rohstoffs bis zum Fertigfabrikat aufgefangen werden können. Dazu kommen noch die Lohnerhöhungen. Jedoch könnte man hier eher sagen, daß die Lohnerhöhungen diesmal gleichzeitig, sogar vorzeitig erfolgt sind, so daß ein gewisser Spielraum vorhanden ist.

Weitere Lohnerhöhungen

Die Lohnerhöhungen sind noch nicht beendet. Die Metallarbeiter haben ihre Lohnerhöhung von 10 bis 12 Prozent erhalten, der Verband der Bergarbeiter hat den Tarif gekündigt und wird auch eine Lohnerhöhung durchsetzen. Die Beamten sind ebenfalls in Bewegung geraten und fordern — im Bundesgebiet — das Rückgängigmachen der Brüningschen Sparnotverordnung. Gewisse Kompromißvorschläge sind bereits gemacht worden. Die Gewerkschaft der Chemiearbeiter hat ausdrücklich erklärt, sie werde keine exporthemmenden Lohnforderungen stellen. Von dieser Seite ist ein neuer konstruktiver Plan zu erwarten, über den bisher noch nichts bekannt geworden ist.

Altmieten problematisch

Sehr viel schwieriger ist die soziale Belastung zu werten, die durch die Forderung der Haus- und Grundbesitzer auf Erhöhung der Altmieten entstehen könnte. Es ist auf der einen Seite richtig, daß die Häuser nicht mehr so instandgehalten werden wie es notwendig wäre. Es erscheint tatsächlich unsinnig, daß man auf der einen Seite neue Häuser baut und auf der anderen Seite die alten Häuser verkommen läßt, weil die Mieteinnahmen für die notwendigen Reparaturen nicht ausreichen. Prinzipiell ist dazu noch festzustellen, daß auf dem Gebiet der Wohnungsmieten ein großes Loch in der freien Marktwirtschaft besteht. Preisstop und Preiskontrolle passen in eine freie Marktwirtschaft nicht hinein, und ausgerechnet auf einem so großen und wichtigen Gebiet wie den Wohnungsgrundstücken und den Mieten besteht immer noch Zwangsbewirtschaftung. Wir haben uns alle langsam daran gewöhnt, daß der Mietpreis etwas Unveränderliches ist und haben uns weiter keine Gedanken darüber gemacht, aber es scheint notwendig, daß wir dieses Problem prinzipiell und praktisch angreifen. Jedoch wird man wohl damit warten müssen, bis der leidige Lastenausgleich endlich unter Dach und Fach ist und es ist gut so, daß man auf diese Weise gezwungen ist, noch etwas zu warten; denn in die augenblicklich vorhandenen sozialen Spannungen kann man nun nicht mit der neuen Bombe kommen, die Altmieten zu erhöhen.

Immer noch Demontagen

Der in der vorigen Ausgabe bereits gemeldete Demontagestop in der englischen Zone hat belebend gewirkt, aus der US-Zone kam sofort die kalte Dusche. Es wurde von der amerikanischen Hohen Kommission erklärt, daß für Anfang Oktober die Versandorder für die Anlagen der demontierten Halle 3 des Aluminiumwerk Töging zu erwarten sei. Außerdem sei das Bayerische Wirtschaftsministerium ersucht worden, die Reparationslieferungen bezüglich der Süd-Werke in Kulmbach und der Flußspatwerke in Stulln bis zum 1. Oktober zum Abschluß zu bringen; für die Beendigung der Demontagen in der amerikanischen Besatzungszone sei noch kein Stichtag festgesetzt worden. Es wäre viel erfreulicher gewesen, wenn auch die amerikanische Hohe Kommission die Einstellung der Demontage angeordnet hätte.

Konjunkturanstieg

Der konjunkturelle Aufschwung der westdeutschen Wirtschaft hält an. Die Zahl der Arbeitslosen ist wieder etwas zurückgegangen, und zum erstenmal sind die Zahlen für die Insolvenzen zurückgegangen. Es wäre aber falsch, wenn man, wie es geschehen ist, diesen Konjunkturaufschwung oder auch nur den Impuls dazu allein dem Korea-Konflikt zuschriebe. Die Exportsteigerung hat schon lange vor dem Korea-Konflikt begonnen und auch die innerdeutschen Umsätze sind vor dem Konflikt gestiegen.

Selbstschutz gegen übertriebene Aufträge

Es ist allerdings richtig, daß sich jetzt in einigen Zweigen der Wirtschaft die Auftragseingänge stark vermehrt haben, aber sowohl die Kölner wie die Frankfurter Messe zeigen, daß ein normales Geschäft läuft. Man hört wohl aus dem einen oder anderen Wirtschaftszweig, daß die Bestellungen unwahrscheinlich hoch seien, aber auf den Messen hat sich dieses noch nicht gezeigt. Die Industrie versucht sich übrigens zu schützen. Wenn heute eine Herstellerfirma von einem Großhändler oder Einzelhändler einen Auftrag bekommt, der viel größer ist als der betreffende Abnehmer sonst kauft, dann bestätigt sie den Auftrag erst, wenn der betreffende Großhändler noch einmal schriftlich erklärt, daß er diesen Auftrag nicht stornieren wird. Erst wenn der Abnehmer sich verpflichtet hat, die bestellte Ware abzunehmen und zu bezahlen, wird der Auftrag überhaupt bestätigt und der Reihe nach ausgeführt.

Günstige Kapitalumstellungen

Es ist weiter ein Zeichen echter Konjunktur, daß sie von der Investitionsgüterindustrie ausgeht und daß sie offensichtlich immer weitere Kreise umfaßt. Es ist darum auch nicht verwunderlich, daß die Kapitalumstellungsverhältnisse immer günstiger werden. Bei einer Reihe von Firmen hört man ein Umstellungsverhältnis von 1:1, so bei Sarotti, bei der Degussa, bei Brown, Boveri & Cie., bei der Demag in Duisburg, bei Ilseder Hütte, bei Stolberger Zink, beim RWE und bei der Südd. Zucker. Bei Daimler-Benz wird eine Umstellung von 5:3 erwartet und bei Salzdetfurth 10:7.

Es ist danach ziemlich klar, daß die deutschen Börsen in der vergangenen Woche freundlich, zum Teil sogar fest waren. Am Montag dieser Woche war die Umsatztätigkeit lebhaft und die Tendenz als außerordentlich fest anzusprechen. Besonders stark gefragt waren Textilwerte, aber auch Renten waren insbesondere in München gefragt. Das Geschäft war lebhaft. Einige Kurse vom Montag: Hoesch 75, Klöckner 87¼, Harpener 81, Stahlverein 58½, Gutehoffnungshütte 73, Deutsche Erdöl 57, Wintershall 52, Daimler 52½, AEG 27, Salamander 78½, Bemberg 77, Wttbg. Baumwolle 123¼, Schering 33. H.

Fortsetzung von Seite 1

Badische Min'ster der letzten zwei Jahrzehnte zur Frage des Südweststaates

eine politische Persönlichkeit von dem einmal beschrittenen Weg abzubringen. Ich möchte mir aber für die Zukunft den Vorwurf ersparen, meine Argumente für mich behalten zu haben.

Meine Stellungnahme für Baden ist einerseits gefühlsbetont, andererseits sachlich fundiert. Ich liebe dieses Land und seine Menschen. Ich bin Napoleon nicht gram, daß er es geschaffen hat. Das in fast eineinhalb Jahrhunderten gewachsene badische Gemeinschaftsgefühl ist für mich in einer Zeit, in der Bürokratie und Managertum in immer stärkerem Umfang aus dem Menschen eine Sache machen, in seiner Tiefe wertvoller, wie ein zu schaffender Großraum, dem diese Voraussetzung fehlen wird.

Die politischen Argumente gegen die badische Lösung können mich nicht schrecken. Meine Vergangenheit schützt mich vor dem Vorwurf, unpatriotisch oder kirchlichen Einflüssen unterworfen zu sein. Es scheint mir wenig eindrucksvoll, nationales Pathos bei der Frage zu verschwenden, wie wir unser Haus einteilen wollen. Den Mann, der die hergebrachten Bindungen liebt und verteidigt, des mangelnden Patriotismus verdächtigen zu wollen, erscheint mir geradezu grotesk. **Es hat in Baden noch niemals Separatisten gegeben. Solche Leute gab es in den so gepriesenen großen Ländern.**

Auch die schwarze Gefahr kann mich nicht schrecken. Sicher werden die Kreise um Herrn Wohleb für die nächste Zeit der stärkste politische Faktor im Lande sein. Aber so wenig wie in der Vergangenheit, werden sie auch in der Zukunft das politische Gesicht des Landes allein bestimmen können. Sollten die Südweststaatpolitiker dies befürchten, dann bedaure ich sie ob ihres mangelnden Selbstvertrauens. Ich habe jedenfalls diese Befürchtung nicht. Sie selbst haben Herrn Adenauer durch ihre einzige Stimme zum Bundeskanzler gemacht. Ich habe nicht den Eindruck, daß zwischen den Herren Adenauer und Wohleb optisch erkennbare Unterschiede in der politischen Färbung bestehen.

Nun zu den finanziellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Südwest soll billiger sein. Aus meiner Erfahrung behaupte ich das Gegenteil. Ist die Verwaltung einer kleinen Stadt teurer wie die einer Großstadt? Sicher nein. Die Vergrößerung der Bürokratie vermehrt im Gegenteil die Ausgaben in der Potenz.

Die badische Verwaltung war allezeit vorbildlich sparsam. Ich sehe nicht ein, warum diese Tradition nicht fortgesetzt werden könnte. Man operiert damit, daß das arme Baden durch einen Ausgleich mit Württemberg Vorteile hätte. Nach meiner Meinung hat Stuttgart nichts zu verschenken und es entspricht auch nicht der Tradition schwäbischer Finanzpolitik, Geschenke zu machen. Der Ausgleich für das Handicap unserer Grenzlandlage muß vom Bund kommen. Dabei ist nicht gesagt, ob der Nachteil unserer Grenzlage bei einer positiven europäischen Entwicklung nicht zum Vorteil von morgen werden kann.

Das Land Baden hat in der Vergangenheit gelebt und ist seinen sozialen und kulturellen Verpflichtungen vorbildlich nachgekommen. Es wird auch in Zukunft leben können, und wenn unser Geldbeutel auch kleiner sein sollte wie der unserer schwäbischen Nachbarn, so wird er doch den Vorzug haben, unser eigener Geldbeutel zu sein.

Auf wirtschaftlichem Gebiet bin ich der Meinung, daß die Interessen des Landes nur von einer badischen Regierung mit Nachdruck und Erfolg vertreten werden können. Der **Ausbau der Autobahn Karlsruhe—Basel** ist eine Angelegenheit, die nur von Baden mit Erfolg vertreten werden kann. Der **Ausbau des Hochrheins bis Konstanz** wird in Stuttgart bei den dortigen Neckarkanalinteressen keine Gegenliebe finden. Die Vernachlässigung der **Bahnstrecke Frankfurt-Basel** muß beseitigt werden. Hier besteht ein verständlicher Gegensatz zur Strecke Frankfurt-Stuttgart. Die **Fremdenverkehrsinteressen des Landes** mit den Eckpfeilern Heidelberg-Baden-Baden-Schwarzwald liegen nur bei uns in richtigen Händen. Das ausgeprägte wirtschaftliche **Eigenleben Mannheims und seine Hafeninteressen** stehen in einem natürlichen Gegensatz zu dem traditionellen Stuttgarter Zentralismus und den dortigen Verkehrswünschen. Die **Nachteile der Südwestlösung für Karlsruhe** sind so handgreiflich, daß sich jedes Wort darüber erübrigt. Die Beispiele ließen sich beliebig vermehren.

Wir hatten ja in wirtschaftlicher Hinsicht schon einmal so etwas ähnliches wie einen Südweststaat.

Wir hatten 1939 ein Landeswirtschaftsamt, ein Landesarbeitsamt und eine Rüstungsdienststelle für beide Länder. **Der Zustand war mehr als unbefriedigend.** Der Kampf um die Aufträge, Kontingente und später Arbeitskräfte konnte erst mit Erfolg geführt werden, als unter großen Schwierigkeiten eigene badische Dienststellen für Wirtschaft, Arbeit und Rüstung geschaffen waren. Es scheint mir nicht ausgeschlossen, daß angesichts der durch das Weltrüsten bestimmten wirtschaftlichen Entwicklung Aufträge, Kontingente und Arbeitskräfte wieder eine erhöhte Bedeutung gewinnen. Glauben Sie nicht, daß dann die Interessen der badischen Wirtschaft bei eigenen Dienststellen besser aufgehoben sind?

Ich zweifle nicht daran, daß einige Großbetriebe sich auch im Südweststaat mit ihren Forderungen und Wünschen auf Grund ihrer guten Beziehungen zu den Zentralstellen durchsetzen können. Für die Masse der mittleren und kleinen Industrie, des Handels, des Handwerks sowie der Landwirtschaft trifft dies bestimmt nicht zu. Zum Schluß möchte ich noch feststellen, daß mir jegliche Animosität gegen die Schwaben, die ich ob ihrer Tüchtigkeit besonders schätze, fern liegt. Ich leide allerdings auch nicht unter einem Minderwertigkeitskomplex gegenüber dem wirtschaftlich stärkeren Nachbarn.

Abschließend möchte ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß die gegenwärtige Spaltung der badischen Bevölkerung nach der Lösung des Problems raschestens überwunden wird. Einerlei, ob wir in Baden oder Südwest leben werden, die tiefen Bindungen, erwachsen aus unserer Vergangenheit, die gemeinsamen Sorgen, erwachsen aus einer harten Gegenwart, und die gemeinsamen Hoffnungen im Hinblick auf eine glückliche Zukunft, **müssen die Vertreter der beiden gegensätzlichen Auffassungen raschestens wieder im Willen zur Zusammenarbeit vereinigen.**

In diesem Sinne bin ich mit landsmannschaftlichem Gruß

Ihr ergebener

gez. Walter **Köhler**

Badischer Minister für Wirtschaft und Arbeit von 1946 bis 1948

Dr. Friedrich Leibbrand

Im Kampf um die staatliche Neubildung in der Südwestecke des Bundesgebietes werden im wesentlichen auf zwei Gebieten Gründe für und wider Altbaden und Südweststaat geltend gemacht. Diese sind einmal die mit der staatlichen Umbildung verbundene Änderung der Wirtschaftsstruktur, das andere Mal Gründe mehr gefühlsmäßiger Art, die auf der Wesensverschiedenheit der beteiligten deutschen Stämme Alemannen, Franken und Schwaben beruhen.

Man hat mich schon vor einigen Jahren, als die Frage erstmals auftauchte, von alliierter Seite um eine Stellungnahme zum Südweststaatgedanken ersucht. Ich antwortete: *„Vom wirtschaftlichen Standpunkt gesehen ist der Südweststaat eine glückliche Lösung."* Dies will nicht bedeuten, daß die wirtschaftliche Lebensfähigkeit des alten Badens, die übrigens auch früher nie bezweifelt wurde, verneint wird, aber es ist evident, daß durch die Zusammenfassung der beiden Wirtschaftsgebiete die Schaffung eines starken und homogenen Wirtschaftskörpers erreicht würde.

Wehren muß man sich von seiten Badens gegen die Behauptung, daß hierbei Baden der nehmende, Württemberg der gebende Teil ist. Dies mag in der unmittelbaren Nachkriegszeit im Hinblick auf das Steueraufkommen zutreffen, in Zukunft ist dies bestimmt nicht der Fall. Die etwas einseitige, vorwiegend industriell ausgerichtete Struktur Nordwürttembergs würde durch die wirtschaftlichen Werte, die Baden in den Südweststaat einzubringen hat, aufs glücklichste ergänzt. Ich nenne hier nur den Rhein als größten Verkehrsweg Westeuropas von immer steigender Bedeutung, die Elektrizitätskräfte des Rheins und des Schwarzwalds, die nach Ausbau in der Lage sind, den ganzen Südweststaat mit Kraft zu versorgen, den überaus bedeutenden Fremdenverkehr Badens, der in normalen Zeiten eine Einnahme von 80 Millionen Mark brachte, von denen ein Großteil Deutschland in Devisen zugute kam, wichtige und ertragreiche Blei-, Zink- und Flußspatbergwerke sowie eine Reihe bedeutender Industrien. Ferner werden die hochwertigen Spezialprodukte badischer Landwirtschaft, der Wein und der Tabak, im In- und Ausland immer mehr anerkannt, so daß ihr wirtschaftlicher Wert dauernd im Steigen begriffen ist.

Wenn von seiten der Südweststaatanhänger behauptet wird, Baden sei eine unnatürliche Gründung Napoleons, aus strategischen und dynastischen Rücksichten geboren, so ist demgegenüber zu erwidern, daß eine Landschaft im Tal eines großen Flusses, wie es der Rhein ist, niemals als ein unnatürliches Gebilde bezeichnet werden kann. Die industrielle Entwicklung strebt immer mehr dazu, sich an großen natürlichen Verkehrswegen zu konzentrieren, die bedeutende Großindustrie des Oberrheins, die Industriezentren Karlsruhe und Mannheim, die im Verlauf der letzten hundert Jahre entstanden sind, bestätigen diese Ansicht.

Von einer nicht abzuweisenden Logik, besonders im staatsrechtlichen Sinne, ist der Vorschlag, zunächst einmal die beiden alten Länder Baden und Württemberg, die ja durch ein Diktat der Besatzungsmächte auseinandergerissen wurden, wieder herzustellen, um dann durch Verhandlungen zwischen diesen beiden Ländern, die die Rechte und Pflichten der einzelnen Partner festlegen, den Südweststaat vorzubereiten. Der Einwand, daß damit die Angelegenheit ad infinitum vertagt wäre, ist nicht stichhaltig. Wenn die Entwicklung zu einem Zusammenschluß, der für beide Partner von Vorteil sein muß, drängt, dann wird der Südweststaat auch gebildet werden.

gez. Dr. Friedrich Leibbrand

Amtierender badischer Wirtschaftsminister

Dr. Eduard Lais, Lahr (Baden)

Man propagiert seitens der Südweststaatler den Zusammenschluß Baden-Württemberg vor allem mit dem Argument, daß man erst nach diesem Zusammenschluß in der Lage sei, gegenüber den Bundesländern im Norden das einheitliche politische Gewicht in die Waagschale zu werfen, gleichzeitig sagt man aber auch, daß der Zusammenschluß notwendig sei, um ein Gegengewicht gegen Bayern zu schaffen. Ist diese Argumentation nicht an sich schon widersprechend und brüchig? Im übrigen: in der Demokratie wird noch immer gezählt und nicht gewogen.

Die drei Länder des Raumes Baden-Württemberg besitzen heute im Bundesrat 10 Stimmen, erstehen Altwürttemberg und Altbaden, dann sind es 8 Stimmen, ersteht der Südweststaat, dann besitzt er 4, bestenfalls 5 Stimmen. Nichts steht aber im Wege, daß sich in allen Fragen, die süddeutsche Belange berühren oder in diesem Sinne beeinflußt werden sollen, die Regierungen in Karlsruhe und Stuttgart zusammensetzen, um zu einer einheitlichen Stellungnahme zu gelangen. Man braucht gegenseitig nur eine freund-nachbarliche Politik zu machen, dann wird es auch an diesem Einvernehmen nicht fehlen.

Die wirtschaftliche und finanzielle Schlagkraft würde wachsen, sagt man, wenn die Länder Baden und Württemberg zusammengingen. Noch immer ist es nicht anders als in der Weimarer Republik: Die große Wirtschaftspolitik wird im Bund und nicht in den Ländern gemacht, und der Einfluß der Länder auf diese Politik erfolgt über den Bundesrat. Mit 8 Stimmen kann man aber da — wie gesagt — mehr ausrichten als nur mit 4 oder 5. Aber es gibt darüber hinaus ja auch noch eine selbständige Wirtschaftspolitik der Länder. Und diese möchten wir Badener allerdings in Unabhängigkeit von Stuttgart selbst bestimmen. Wir Badener haben beispielsweise eine andere Auffassung vom Rhein-Neckar-Donau-Kanalprojekt als die Württemberger und diese vermutlich eine andere als wir über unsere Hochrheinprojekte.

Wir sind der Meinung, daß unsere Häfen in Mannheim, Karlsruhe, Kehl durch die Bevorzugung und Subventionierung des Neckarkanals nicht entwertet werden dürfen. Die Württemberger dagegen wollen diese Bevorzugung. Wir sind der Auffassung, daß das wasserarme Württemberg nicht Wasser aus dem Bodensee oder dem Rhein entnimmt als Voraussetzung für den Aufbau und die Erweiterung seiner Industrien, sondern unsere Logik geht dahin, daß die Industrien dort siedeln sollen, wo noch Wasserüberfluß vorhanden ist. Und das ist in Baden der Fall. Wir haben eine andere Auffassung als die Württemberger in der Frage, ob gewisse Eisenbahnstrecken bei uns oder in Württemberg vorrangig elektrifiziert werden sollen. Und so in vielen anderen Dingen. Die Stimmen im Parlament werden noch immer gezählt und nicht gewogen, und wenn in einem kommenden Südweststaat das württembergische Stimmengewicht rund 60%, das badische aber nur 40% betragen wird, dann haben wir die Dinge nicht mehr in der Hand, dann wird man uns an die Wand drücken. Daraus folgt: wir Badener wollen sichergehen, daß wir unser Land nach eigener, auf *unseren* Leib zugeschnittener Fasson verwalten und regieren.

Hinzu kommt, daß wir keinen neuen Zentralismus, den Stuttgarter Zentralismus, wollen.

Wir wollen nicht, daß sich ein weiterer Verwaltungs- und Bürokraten-, Finanz- und Verbandszentralismus in Stuttgart zu einem Wasserkopf aufbläht, und daß wir an der Peripherie zur Provinz herabgedrückt werden. Nein, wir Badener haben nicht das geringste Interesse daran, die Verfilzung von Politik und Geschäft, von Bürokratie und Wirtschaft fördern zu helfen und zuzusehen, wie die Magnaten gewisser Industrie- und Finanztrusts in den Ministerien ein- und ausgehen, während die Klein- und Mittelexistenzen in den Vorzimmern antichambrieren. Wir haben vom ehemaligen Berliner Zentralismus noch hinlänglich die Nase voll, als daß wir uns einen neuen Stuttgarter Zentralismus wünschten.

Aus all diesen Gründen wollen wir Badener den Löffel nicht unbesehen und vorzeitig aus der Hand geben.

gez. Dr. Eduard Lais

Die Schweiz zur Südweststaatfrage

Die

Neue Zürcher Zeitung

nimmt in einem mit K. G. gezeichneten Artikel zur Südweststaatfrage Stellung. Nach einer Einleitung über die Vorgeschichte der Frage und Bemerkungen über die geographische Größe und wirtschaftliche Struktur der Länder heißt es u. a.: „Beide Länder hatten in ‚normalen' Zeiten als Wirtschaftskörper von robuster Vitalität und Gesundheit zu gelten. Beide Länder, staatsrechtlich gesehen gleich alte Schöpfungen der Politik Napoleons I., entwickelten sich nach ihren geographischen Gegebenheiten. Das natürliche Zusammenspiel der Kohle der Ruhr mit den Wassern des Rheins gab Baden die Möglichkeit, sich zum Industrieland zu entwickeln; seit der Inbetriebnahme des damals modernsten europäischen Wasserkraftwerkes in Rheinfelden im Jahre 1898 erhielten Elektrizität, Kohle, Kalk, die chemische und die Schmelzindustrie eine überragende Bedeutung. Der Rhein mit den Rheinhäfen von Mannheim, Karlsruhe und Basel bildete das wirtschaftliche Rückgrat des Landes. Aber auch die rechtsrheinische Grenzseite zwischen Basel und Konstanz wurde intensiv industrialisiert. Denn zahlreiche schweizerische chemische Großbetriebe sowie solche der Metallverarbeitung, der Nahrungsmittel- und der Textilindustrie sowie der Tabakverarbeitung errichteten, um die deutschen Zölle zu vermeiden, auf der badischen Rheinseite Filialunternehmungen; diesen schweizerischen Investitionen verdankte die badische Industrie am Oberrhein einen bedeutenden Aufschwung. Baden hatte infolge seiner geographischen Lage einen natürlichen Anschluß an die Weltwirtschaft. Im Gegensatz zu Baden wies Württemberg von jeher provinziellen Charakter auf: um den Mittelpunkt Stuttgart legten sich zwar ebenfalls im Lauf der Jahre in konzentrischen Kreisen die Jahresringe der Industrie; nicht mit Unrecht wurde Württemberg als verkleinertes Frankreich und Stuttgart als Klein-Paris bezeichnet. Zentrifugale Kräfte gestalteten den badischen, zentripetale Kräfte den württembergischen Raum."

Der Artikel berichtet dann, wie nach dem ersten Weltkrieg und nach dem Zusammenbruch im Jahr 1945 Versuche zum Zusammenschluß unternommen wurden, ferner führt er die provisorische Lösung Nordbaden/Nordwürt-

Fortsetzung auf Seite 3

KARLSRUHER WIRTSCHAFTSVERLAG GmbH., Karlsruhe, Veilchenstraße 25, Telefon 9384. Herausgeber und verantwortlich: G. van Reay, Karlsruhe. Zuständiges Verlagspostamt Ettlingen/Baden. Bezugspreis vierteljährlich 4.— DM zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenannahme: Karlsruhe, Veilchenstr. 25, zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 5 gültig. Satz und Druck: Badendruck GmbH., Karlsruhe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

Wir greifen auf:

Eine moderne amerikanische Division

Die UNO-Truppen — in erster Linie Amerikaner — haben in Korea zum Gegenschlag ausgeholt. Über 250 Schiffseinheiten landeten bei Jinsen an der Ostküste der Halbinsel. Die gelandeten Truppen nähern sich bereits der Hauptstadt Söul, fast 360 Kilometer im Rücken der nordkoreanischen Truppen und bedrohen ihr wichtigstes Nachschubzentrum. Sehr ungeduldig wartete man, allen voran auch die amerikanische Bevölkerung, auf einen Gegenschlag von McArthur, wobei es zuweilen nicht an Bosheiten gegen die amerikanische Führung fehlte, insbesondere als es so aussah, als ob für die UN-Truppen ein „Dünkirchen" bevorstünde. Um sich jedoch ein gerechtes Bild von den ungeheuren Anforderungen machen zu können, die eine Landung in dem Umfange erheischt, wie sie von den Amerikanern jetzt durchgeführt wurde, führen wir die moderne Ausrüstung einer amerikanischen Infanteriedivision an, wie sie in diesen Tagen von einer amerikanischen Wochenschrift angegeben wurde: 15 843 Gewehre, Karabiner und automatische Gewehre, 638 leichte Maschinengewehre, 358 schwere MG, 586 Bazookas (etwa mit unserem Panzerschreck zu vergleichen), 160 leichte und schwere Mörser, 120 leichte und schwere rückstoßfreie Gewehre, 72 Haubitzen (10,5), 1 Panzerspähwagen, 9 leichte, 17 mittelschwere und 133 schwere Panzer, 64 Lafetten für Flieger-Abwehr-MG und -Gewehre, 18 Verbindungsflugzeuge, 1 Motorboot, 1 50-Tonnen-Brücke, 1 5-Sitzer PKW, 6 Motorräder, 1220 ¼-Tonnen-Jeeps, 38 Ambulanzen, 536 Waffentransporter (½ To.), 807 LKW (2,5 To.), 22 Reparaturwagen (2,5 To.), 1 motor. zahnärztlicher Labor, 52 schwere Lastkraftwagen 4 Feldbade-Einheiten, 2 fahrbare Wäschereien, 4 Wasserreiniger, 5 Luftkompressoren, 3 Lastwagen-Krane, 2 Dampfwalzen, 1323 Anhänger, 28 Traktoren, 11 Panzerbergungsfahrzeuge, 34 gepanzerte Fahrzeuge. Bei dieser Aufstellung wurde Munition und Verpflegung nicht einbezogen.

Eine solche Lande-Aktion erfordert selbstverständlich eine längere und sehr sorgfältige Vorbereitung. Verschiedenen Tarnbewegungen folgte nun die für die Nordkoreaner völlig überraschende Landung, die, ebenso wie die laufende militärische Operation, von McArthur persönlich geleitet wird. Er hat nun wieder eine ausgezeichnete Presse und dürfte bald wieder „Held Nr. 1" werden. Er ist ein sehr eigenwilliger, anderseits aber auch ein guter General. Und gerade das letztere müssen vor allem schlechte Politiker, mehr als ihnen lieb ist, respektieren.

Zweierlei Maß

Die Schweizer Eidgenossen sind über die Geschäfte, die westliche Länder mit den Volksdemokratien tätigen, äußerst erbost. Unter anderem weist ein Blatt darauf hin, daß man es nicht für möglich halten sollte, daß die westlichen Superdemokraten es für richtig finden, jetzt noch Stahl nach dem Osten zu liefern und dadurch zur Steigerung des kommunistischen Kriegspotentials beizutragen. Man stellt hier auf die Lieferung von Ruhrstahl nach der Sowjetzone und fragt gleichzeitig, was die Alliierten zu diesen westdeutschen Stahllieferungen nach der Ostzone sagen. Einige Tage später ist das Blatt genötigt, einen dieser Alliierten, dem es auf die „Gemeinheit" der westdeutschen Behörden aufmerksam machte, auch bei den Haaren zu ziehen, nämlich England. „Skrupellos fahren die englischen Sozialistenbonzen fort", heißt es in der „Finanz und Wirtschaft", „ihre russischen Brüder in Marx mit Werkzeugmaschinen und kriegswichtigen Rohstoffen zu versorgen". Durch ihre dunkelrot gefärbte Parteibrille will die objektive sozialistische Presse der Schweiz diese skandalösen Geschäfte natürlich nicht sehen. Denn ausgesprochene Dreckgeschäfte sind bekanntlich ausschließlich den verruchten Reaktionärkapitalisten eigen. Für das Gebaren der englischen Sozialisten gibt es nur eine Bezeichnung: pfui! Ganz in der Labourlogik liegt auch die geplante Sperrung von „Vampyre"-Lieferungen an demokratische Staaten, worunter auch der Schweiz!

Und was liest man im nämlichen Augenblick in der schweizerischen Presse? Nun, die Russen hätten in der letzten Zeit auffallend große Aufträge an die schweizerische Industrie vergeben unter ausgezeichneten Zahlungsbedingungen, Sicherungsgarantien usw. Der Handel mit der Sowjetunion, der außerordentlich zurückgegangen sei, werde sich wieder stark beleben. Der Auftragsbestand der schweizerischen Industrie sei heute so groß, daß die Lieferfristen bereits auf 8 bis 12 Monate hinaufgesetzt werden müßten.

Die deutschen Investitionsvorschläge

Der Arbeitskreis „Investitionen" der Bundesregierung hat auf seiner Sitzung am 12. September volle Einigung über die deutschen Vorschläge der Programmierung der 3. ECA-Tranche einschl. der 300 Mill. DM-Reserve erzielt. Hinsichtlich des gleichfalls zur Beratung stehenden deutschen Investitionsprogrammes stellte der Ausschuß fest, daß aus investitionspolitischen Gründen 300 Mill. DM nicht ausreichen, sondern von seiten der Investitionsnotwendigkeit mindestens ein Betrag von annähernd 1 Mrd. DM erforderlich ist. Die einzelnen Ministerien sind aufgefordert worden, ihre Anforderungen dem Bundeswirtschaftsministerium vorzulegen, das seinerseits eine Koordinierung der Mindestwünsche vornehmen und eine entsprechende Vorlage ausarbeiten wird, die die Mindestforderungen an den Kapitalmarkt für Investitionsmittel darstellt. Es wird dann dem Kabinett überlassen bleiben, zu entscheiden, durch welche Maßnahmen und in welchem Umfange den investitionspolitischen Notwendigkeiten entsprochen werden kann.

An der Umprogrammierung der 3. ERP-Tranche hat sich wenig geändert. Die vorgesehenen Kürzungen bei Wohnungsbau und Landwirtschaft von je 225 Mill. DM auf 200 Mill. DM sollen dem Seeschiffbau zugeführt werden. Von der für Kraftwerke ursprünglich vorgesehenen 275 Mill. DM dürften rund 25 Mill. DM für Gas und Wasser, und von den für Fremdenverkehr vorgesehenen 75 Mill. DM rund 50 Mill. DM für anfinanzierte Projekte verwandt werden, während die deutsche Forschung mit 20 Mill. DM aus dem für Exportindustrien ursprünglich vorgesehenen Betrag von 200 Mill. DM berücksichtigt werden soll.

Die Aufteilung der 300 Mill. DM-Reserve wird deutscherseits wie folgt angestrebt: 80 Mill. DM für den Kohlenbergbau, 75 Mill. DM für Eisen und Stahl, je 30 Mill. DM für Landwirtschaft und Exportwirtschaft, 25 Mill. DM für Wohnungsbau und 50 Mill. DM für Energiewirtschaft einschließlich Gas und Wasser.

Von deutscher Seite wird dazu betont, daß die für die einzelnen Wirtschaftszweige vorgesehenen Beträge noch nicht endgültig sind, da nunmehr erst die einzelnen Memoranden für die ECA-Mission ausgearbeitet werden und es dann der weiteren Verhandlung mit der ECA-Mission bedarf. Aus der zweiten Tranche in Höhe von insgesamt 1150 Mill. DM sind bisher rund 450 Mill. DM erst eingesetzt worden, während weitere 350 Mill. DM vor einigen Tagen abberufen wurden, die in den nächsten 6 Wochen fließen werden. Damit verbleiben noch rund 350 Mill. DM aus der zweiten Tranche, die nach Ansicht zuständiger deutscher Stellen bis zum Jahresende ausreichen werden, um zu vermeiden, daß die Programmierung der dritten Tranche unter Zeitdruck erfolgt.

Ungeklärt ist noch das Wirtschaftsförderungsprogramm der Bundesregierung, dessen gleichzeitige Vorlage die ECA-Mission von der Vergebung der dritten ERP-Tranche abhängig gemacht hat. Obwohl bisher in Verhandlungen mit der ECA-Mission eine gewisse Modifizierung dahingehend erzielt worden ist, daß die Vorlage zunächst auf 500 Mill. DM an Stelle der geforderten 1 Mrd. DM beschränkt sein soll, werden auch hier noch weitere Besprechungen geführt. Von deutscher Seite wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß eine absolute Investitionsnotwendigkeit für die deutsche Wirtschaft besteht, die weit über den Bedarf von 1 Mrd. DM hinausgehe. Die von der ECA bei Ausarbeitung ihres Memorandums für erforderlich erachtete Konjunkturspritze sei zwar heute nicht mehr notwendig, jedoch sei nach wie vor ein großes technisches Investitionsprogramm erforderlich. Die ECA-Mission vertritt anscheinend die Ansicht, daß bei dem generellen Preisauftrieb im Weltmarkt und bei den sich ausweitenden westeuropäischen Haushalten es für die Bundesrepublik schwer werde, im nächsten Frühjahr noch ein entsprechendes Investitionsprogramm „auf die Beine zu stellen". Demgegenüber befürchtet jedoch die Bank Deutscher Länder, daß eine zu starke deutsche Kreditspritze, wie sie sich durch das Junktim zwischen dritter Tranche und deutschem Wirtschaftsförderungsprogramm ergeben könnte, zu unerwünschten inflatorischen Tendenzen innerhalb der deutschen Wirtschaft führen würde. Offensichtlich wird jedoch diese Ansicht nicht in allen Ressorts der Bundesregierung geteilt. Es bestehe vielmehr die Möglichkeit — so wird betont —, wenn es die Lage erfordern sollte, durch eine den Gegebenheiten angepaßte Steuerpolitik entstehende zu große Konjunkturgewinne wegzusteuern.

Ein endgültiger Überblick über das deutsche Wirtschaftsförderungsprogramm wird erst möglich sein, wenn die Anforderungen der einzelnen Ministerien vorliegen und eine absolute Klarheit über den einzuschlagenden Weg besteht.

Das „Deutsche Eigentum" in Österreich

Eine Frage, die dringend der Lösung bedarf

Der sehr rührige „Schutzverband beschlagnahmter deutscher Vermögen in Österreich" bringt in seinen Mitteilungen einen ihm zur Veröffentlichung überlassenen Artikel von Nationalrat Karl Brunner (Österreichische Volkspartei) zur Frage des beschlagnahmten deutschen Eigentums in Österreich. Die Tatsache, daß ein angesehener österreichischer Politiker in so bestimmter Form öffentlich zu diesem Problem Stellung nimmt, verdient Beachtung. Selbstverständlich wissen wir, daß die „gegenseitigen staatlichen Forderungen" ein sehr schwieriges Problem darstellen, dessen Lösung noch dadurch äußerst kompliziert wird, daß die Auffassung der alliierten Besatzungsmächte in Österreich über das „Deutsche Eigentum" unterschiedlich sind. Wesentlich leichter könnte schon die Frage der „gegenseitigen privaten Forderungen" gelöst werden, wenn die Bundesrepublik und Österreich sie selbst lösen dürften.

Nationalrat Brunner unterscheidet in seinen Ausführungen zwei Arten des „Deutschen Eigentums" in Österreich: 1. die gegenseitigen staatlichen Forderungen. Hierbei ist z. B. an das abtransportierte Gold der österreichischen Nationalbank, die abgelieferten Devisen, Reichsschatzscheine usw. zu denken. Demgegenüber stehen die Forderungen Deutschlands an Österreich auf Grund der zwischen 1938 und 1945 getätigten staatlichen Investitionen. Im Zusammenhang mit den gegenseitigen staatlichen Forderungen wird in einzelnen Fällen wohl die Frage der Rechtsnachfolge zu untersuchen sein, deren Lösung nicht immer leicht sein dürfte.

2. Die gegenseitigen privaten Forderungen. Diese setzen sich hauptsächlich einerseits aus kurzfristigen Forderungen (Warenforderungen usw.) und andererseits aus Kapitalinvestitionen zusammen. Bei letzteren dürften sich, besonders wenn Erwerb von Liegenschaften aus zweiter oder dritter Hand vorliegt, gewisse Schwierigkeiten ergeben, derartige Werte standen oft in den Jahren 1938 bis 1945 im Eigentum des Staates oder eines staatlichen oder parteiamtlichen Betriebes.

Beim Ausgleich dieser gegenseitigen Forderungen muß unter Abwägung aller Gegebenheiten eine glatte und objektive Rechnung gemacht werden. Es darf hierbei keinesfalls die Rechnung von Staat zu Staat mit den gegenseitigen privaten Forderungen vermengt und dadurch de facto ein rechnerischer Ausgleich erzielt werden, der aber in Wirklichkeit, wie wir es in Österreich schon beim NS-Gesetz und beim 3. Rückstellungsgesetz erlebt haben, ausgeprägte Ungerechtigkeiten und allgemeine Rechtsunsicherheit nach sich ziehen würde.

Es muß sich daher jeder, der bestimmenden Einfluß auf die Klärung dieser Materie besitzt, mit aller Entschiedenheit dafür einsetzen, daß das deutsche Privateigentum, sofern es vor dem März 1938 in Österreich bestanden hat, dem rechtmäßigen Eigentümer zurückgegeben werde.

Im Hinblick auf die Haager Landkriegsordnung, die eine Beschlagnahme von Privatvermögen für Reparationszwecke zugunsten einer Siegermacht nicht anerkennt, ist es überhaupt fraglich, inwieweit die Beschlagnahme des „Deutschen Eigentums" durch die Siegermächte in Österreich und sohin auch die beabsichtigte Schenkung durch die Westmächte bzw. der beabsichtigte Verkauf durch die Sowjetunion durch die Normen des Völkerrechts gedeckt sind. Da andererseits aber auch die österreichische Verfassung grundsätzlich den Schutz des Privateigentums gewährleistet, wird man wohl — soll Österreich nicht wieder einmal von international anerkannten Normen des Rechtes und der Sittlichkeit abweichen — auf jeden Fall ein Modus gesucht werden müssen, der die Interessen der deutschen Privatpersonen insofern schützt, als die Rückgabe des bereits vor 1938 ehrlich erworbenen Vermögens in Österreich an diese Privatpersonen gewährleistet wird.

Der generelle Verfall des deutschen Privateigentums in Österreich zugunsten der Republik, der in verschiedenen Gehirnen in der Haßpsychose der Nachkriegszeit auftauchte und vielfach auch heute noch erwogen wird, ist grundsätzlich abzulehnen, weil hierdurch ein äußerst gefährliches Präjudiz geschaffen würde.

Da eine endgültige Regelung dieser Materie im Hinblick auf die herrschenden Machtverhältnisse in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist, wäre wenigstens eine Interimslösung anzustreben. Diese könnte in der Form erfolgen, daß diejenigen öffentlichen Verwaltungen, die über deutsche Privatbetriebe nur deshalb verhängt wurden, weil es sich eben um deutsche Betriebe handelt, in den westlichen Zonen in öffentliche Aufsicht umgewandelt würden. Dadurch würde den rechtmäßigen Besitzern dieser Betriebe bereits vor der endgültigen Regelung weitgehender Einfluß auf die Führung und Verwaltung ihrer Unternehmungen eingeräumt werden, ohne daß sie jedoch völlig schrankenlos über die Werte verfügen könnten; daß hierdurch — der Eigentümer wird zwanga-

Fortsetzung auf Seite 4

1. Schau der badischen Landwirtschaft

Am 16. September wurde in Freiburg auf dem Messegelände die 1. Schau der badischen Landwirtschaft 1950 eröffnet, die bis zum 24. September dauert. Schon am Sonntag zeigte die Ausstellung einen Rekordbesuch, am Montag nahm der badische Landwirtschaftsminister Kirchgäßner die Verteilung der Ehrenpreise für Zuchtvieh vor und betonte in seiner kurzen Ansprache, daß er wirklich stolz auf die Leistungen der badischen Viehzüchter sei. In wenigen Jahren hätten sie nach der schweren Zeit der Viehabgabe und anderer Belastungen wieder ihre alte Höhe erreicht.

Es war wirklich ein eindrucksvolles Bild, als die Tiere, die Preise erhalten hatten, in das große Karree geführt wurden, wo die Verteilung der Ehrenpreise vorgenommen werden sollte. Vier prächtige Bullen, etwa 20 Hochleistungsmilchkühe, etwa 20 Pferde, darunter die Hälfte Warmblut, hatten sich auf diesem Platz eingefunden.

Auf dem Außengelände der Ausstellung waren mehrere Großställe nur für die Tiere errichtet. Ein großes Zelt war auf der einen Seite mit Ziegen und Schafen, auf der anderen Seite mit Schweinen gefüllt, darunter einige Eber und einige Sauen mit Ferkeln. Sehr übersichtlich und eindrucksvoll war daneben ein großes Gehege mit Hühnern in mustergültigen neuen Hühnerhäusern mit kleinem Auslauf waren jeweils 4 bis 5 Hühner einer bestimmten Rasse zu sehen und an dem Haus war auf einer Tafel das Alter, die Legeleistung und noch viele andere Merkmale notiert. Der größte Teil der ländlichen Besucher hielten sich bezeichnenderweise in diesen Zelten und diesen Tiergehegen auf.

Auf dem übrigen, sehr großen Freigelände waren die verschiedenen Ackergeräte und Maschinen aufgestellt. An dem einen Ende des Ausstellungsgeländes fanden laufend Vorführungen statt, die nicht etwa nur die Maschinen erklären sollten, sondern auch den Vorteil zu zeigen hatten. Auf der anderen Seite der Straße, ebenfalls im Freigelände, waren eine Reihe bäuerlicher Bauten zu sehen, ein moderner Bauernhaus, ein moderner Schweinestall und auch halbfertige Gebäude in den verschiedensten Bauweisen.

Ein Bauer, der diese Ausstellung besucht, erhält tatsächlich einen Überblick über die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Viehrassen und über die Maschinen, die ihm helfen sollen, die Arbeit leichter und besser zu schaffen. Er kann die verschiedenen Fabrikate in ihrer Leistungsfähigkeit gegeneinander abwägen und damit sicher entscheiden, welche dieser Maschinen für ihn von Nutzen ist. In den 5 großen Hallen sind Geräte für den bäuerlichen Haushalt, Kühlschränke, Herde, Backöfen und vielerlei ausgestellt, was insbesondere die Bauernfrau interessieren kann.

Sehr eindrucksvoll sind die großen Stände, die den Bauern über Saatgut und über die wirtschaftlichen Ergebnisse unterrichten sollen. Wir greifen nur ein kleines Beispiel heraus: da wird dem Bauern erklärt, warum die Statistik sein muß und warum er richtige Angaben machen muß, wenn der Beamte kommt und ihn fragt. Am Beispiel der Eier wird dem Bauer dies klargemacht. Wenn nämlich die Bauern, aus Angst, die früher bereitigt war, die Zahl Hühner, die sie haben, geringer angeben, dann rechnet das Landwirtschaftsministerium weniger Eier als aus der inländischen Produktion kommend ein und beantragt, da man den Verbrauch kennt, einen größeren Import. Kommt dann dieser Eierimport und die deutschen Bauern liefern mehr Eier, dann werden sie diese Eier nicht los.

Es ist schade, daß dieser Teil der Ausstellung nicht so zahlreich besucht war. Auch an einer anderen Stelle hätten wir einen regeren Besuch gewünscht, nämlich dort, wo das Edelobst in vorbildlicher Verpackung gezeigt wurde. Wenn die Bauern sich entschließen könnten, so verpackt ihr Obst auf den Markt zu bringen, würden sie sicher gute Preise erzielen können.

Diese Ausstellung ist sowohl eine Verkaufs- wie eine Lehrschau, was noch durch die vielen Veranstaltungen und Vorträge aufklärenden und lehrhaften Charakters unterstrichen wird.

Man kann wirklich dem Leiter der Ausstellung, Gustav Hinte, Baden-Baden, bestätigen, daß es ihm gelungen ist, eine große mustergültige Schau über die Leistungen der badischen Landwirtschaft zustande gebracht zu haben. Man sah es den bäuerlichen Besuchern an, daß sie Interesse an technischen Neuerungen hatten. Aufmerksam verfolgten sie die Vorführungen, die ihnen Anregung geben sollten für die Rationalisierung in der Landwirtschaft. H.

Fortsetzung von Seite 2

Die Schweiz zur Südweststaatfrage

temberg an die Stellungnahme der Besatzungsmächte, die deutschen rechtlichen Bestimmungen (Artikel 29 des westdeutschen Grundgesetzes). Weiter nennt er die Vorkämpfer der beiden Auffassungen und erwähnt das in Freudenstadt beschlossene „Volksbefragungsgesetz". Der Artikel führt dann aus:

„Will man die Aussichten für das Zustandekommen des Südweststaates beurteilen, dann darf man nicht außer acht lassen, daß sich in beiden Ländern, in Württemberg und in Baden, trotz ihrer relativ kurzen Existenz, ein ausgesprochenes Staatsgefühl entwickelt hat. Die Idee des Südweststaates, seinerzeit übrigens durch keinen Geringeren als den derzeitigen Bundespräsidenten Prof. Heuß, damals Landtagsabgeordneter in Stuttgart und Lizenzträger der Rhein-Neckar-Zeitung, lanciert, ging von rein rationalen Überlegungen aus: man wollte ein Land schaffen, in dem die verschiedenen Industriezweige und zugleich die Landwirtschaft ausgeglichen sind, in dem drei Verwaltungen durch eine einzige ersetzt und daher Einsparungen gemacht werden können. Diese rationalen Argumente wurden von den Gegnern des neuen Staatsgebildes sofort bestritten und mit den lokalpatriotischen Gefühlsbindungen konfrontiert. Diesem Appell blieb der Erfolg keineswegs versagt. Das allzu forsche Vorgehen, mit dem man von Stuttgart aus den Südweststaat forcieren wollte, machte die Badener kopfscheu. Herrschte anfänglich in Nordbaden auf das es bei der Volksabstimmung entscheidend ankommen dürfte, eine gewisse Begeisterung für den Zusammenschluß zum Südweststaat, so muß jetzt ein radikaler Stimmungsumschwung zugunsten der Wiederherstellung Badens festgestellt werden. Nicht einmal der „Franzosendruck" zieht mehr, d. h. die Nordbadener, die befürchteten, mit der Wiederherstellung Alt-Badens in die französisch besetzte Zone eingegliedert zu werden, haben sich davon überzeugt, daß man in der französischen Zone mindestens so gut lebt wie in der amerikanischen. In der Tat hat sich das französische Besatzungsregime in den letzten Jahren bedeutend gemildert; die Besatzungskosten und das Besatzungspersonal wurden reduziert; Franzosen und Deutsche kommen leidlich gut miteinander aus. Besonders spürbar ist der Meinungsumschwung zugunsten Badens in der ehemaligen Landeshauptstadt Karlsruhe. Bei der Wiederherstellung Alt-Badens kann Karlsruhe damit rechnen, seine alte Stellung als Hauptstadt wieder zu erlangen, was auch in Freiburg als selbstverständlich gilt. Im gegenteiligen Falle würde Karlsruhe endgültig zu einer bedeutungslosen Provinzstadt herabsinken. Stuttgarter Ungeschicklichkeiten in der Südweststaatpropaganda — wie etwa die Verwendung von über einer Dreiviertelmillion Staatsgelder für die Abstimmungspropaganda oder die Absetzung von Beamten wegen ihrer probadischen Gesinnung — trugen das Ihre dazu bei, das Wasser auf die Mühle der Alt-Badener abzuleiten.

Ein vielgehörtes Argument gegen den Südweststaat ist auch der Hinweis auf die Schweiz, in der zahlreiche kleine Staatsgebilde ihre wirtschaftliche Lebensfähigkeit seit Jahrhunderten bewiesen haben. Übrigens ist auch in Württemberg selbst die Begeisterung für den Südweststaat nicht allzu groß."

Fermentationstanks aus unserer Penicillin-Großanlage

DIESE 40 TONNEN-FERMENTATIONSTANKS IN UNSERER NEUEN PENICILLIN-GROSSANLAGE

gehören zu den vielen modernen Apparaturen unserer Forschungs- und Produktionsstätten. Unser Streben nach fortschrittlicher Leistung und eine Erfahrung von 87 Jahren sichern unseren Produkten den Weltruf zuverlässiger Qualität.

Aus unserem vielseitigen Produktionsprogramm

Farbstoffe • Färbereihilfsprodukte
Textilveredlungsmittel • Gerbstoffe
Arzneimittel
Chemikalien • Lackrohstoffe
Kunststoffe • Zwischenprodukte
Stickstoffdünger • Pflanzenschutzmittel
Schädlingsbekämpfungsmittel

FARBWERKE HOECHST
vormals Meister Lucius & Brüning
Frankfurt (M)-Höchst

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Berliner Brief:

Berlinhilfe!

150 000 neue Arbeitsplätze werden gebraucht — Lebensmittelversorgung gesichert
Förderung des ostzonalen Handwerks — Schärfste Plandisziplin

Seitdem Berlin die wenig beneidenswerte Rolle eines Zankapfels zwischen den westlichen und östlichen Gewalten spielt und die prekäre Stellung einer Insel im Meer der Politik einnimmt, ist die Frage einer wirksamen Hilfe für die Westberliner Wirtschaft akut. Viel ist seitdem über die Gewährung einer solchen Hilfe geredet und geschrieben worden. Wenn auch nicht verkannt werden soll, daß Westdeutschland bisher schon beträchtliche Opfer gebracht hat, so gingen alle Maßnahmen doch am Kern der Sache vorbei. Als die Blockade aufgehoben wurde, betrachtete die westdeutsche Wirtschaft Berlin als ein willkommenes Absatzfeld für ihre Erzeugnisse, und in der Tat, das ausgehungerte Berlin erwies sich, wie man glaubte, als ein Markt, dessen Aufnahmefähigkeit unerschöpflich schien. Westberlin wurde mit Waren überschwemmt, die die westdeutsche Wirtschaft, unbehindert durch politische Schikanen, in den vorangegangenen Monaten herstellen hatte können. Daß das keine Lösung sein konnte, schien vielen nicht einzuleuchten, sie sahen nur die günstige Absatzgelegenheit. Wie jeder Brunnen sich einmal ausschöpft, so mußte auch die Kaufkraft Westberlins einmal ein Ende nehmen. Jetzt begann man mit finanziellen Zubußen für Berlin, die begreiflicherweise, je länger sie dauerten, um so größeres Mißvergnügen in Westdeutschland auslösten. Man nahm sie aber in Kauf, denn die Westberliner Wirtschaft war kein ernsthafter Konkurrent, und sie ist es auch heute noch nicht in dem Maße, das den Kapazitäten entspricht, die trotz Demontagen immer noch vorhanden sind, oder in Kürze geschaffen werden könnten. Im August ist die Zahl der Arbeitslosen in Westberlin wieder gestiegen. Sie belief sich auf 294 298 Arbeitsuchende, deren Existenz teilweise mit westdeutschen Mitteln gesichert werden muß.

Nach einer Untersuchung von Professor Rudolf Meimberg im neuesten Bericht der Berliner Zentralbank könnte die Berliner Bekleidungsindustrie ihre Lieferungen um 50 bis 60% erhöhen. Die Pharmazeutik könnte in kurzer Zeit ihre Produktion auf das Zwei- bis Dreifache steigern. Bei Seife, Körperpflegemitteln und Lacken werden die vorhandenen Kapazitäten nur zu etwa 30% ausgenützt. Natürlich wirkt eine so geringe Kapazitätsausnützung auf die Gestehungskosten zurück, so daß die Erfolge im Export vorläufig immer noch geringer sind als in Westdeutschland. Betrug der Anteil Berlins 1936 im gesamtdeutschen Export etwa 4%, so stellte er sich im Juni 1950 auf nicht einmal 1,8%. Es ist nach dem Bericht keine Utopie, zu erwarten, daß im Laufe der nächsten Jahre 150 000 neue dauernde Arbeitsplätze in Berlin geschaffen werden können. Dazu ist es aber notwendig, daß die wirtschaftliche Benachteiligung Berlins ein Ende findet, ja, daß Berlin sogar eine Vorzugsstellung eingeräumt wird, die es sich durch seinen Kampf auf dem politischen Feld, der auch im Interesse Westdeutschlands, vielleicht sogar Westeuropas geführt wurde, ehrlich verdient hat. Dazu gehören günstigere Steuersätze, relativ niedrige Zinsen, Betriebsmittelkredite in großem Umfang, Vorzugstarife im Verkehr, Ausbau der Absatzorganisationen im Westen sowie der Ausbau und die Verbilligung im Luftverkehr. Nicht zuletzt gehören dazu auch Aufträge aus dem Westen. Hat Berlin in der ersten Zeit nach der Aufhebung der Blockade den Westen von überschüssigen Verbrauchsgütern entlastet, so liegt es jetzt beim Westen, dafür zu sorgen, daß durch Aufträge die finanziellen Zuschüsse an Westberlin auf ein Mindestmaß herabgedrückt werden. Eine solche Politik läge nicht zuletzt auch im Interesse des Westens.

Nach einer Erklärung des Berliner Oberbürgermeisters Reuter ist die Lebensmittelversorgung Berlins unbedingt gesichert. Das wird dazu beitragen, Hamsterkäufe aus politischen Gründen für die Folge zu unterbinden. Reuter erklärte gleichzeitig, daß eine verschärfte Kontrolle des Warenverkehrs von Westdeutschland nach Berlin durch besondere Zollstellen in „liberaler Weise" dafür sorgen werde, daß Waren, deren Einfuhr nach den Interzonen-Handels-Bestimmungen nicht gestattet ist, unterbleiben. Vielleicht ist es schon auf diese Ankündigung zurückzuführen, daß die östlichen Behinderungen im Postverkehr jetzt aufgehört haben.

Gerüchte über beabsichtigte Enteignungen im Handwerk und Gewerbe wurden von dem Stadtrat für Wirtschaft im ostsektoralen Magistrat, Bruno Baum, als bewußte Fälschungen bezeichnet. Die Enteignungsaktion sei im Mai vorigen Jahres abgeschlossen worden, und man strebe eine neue Blüte des Handwerks und Gewerbes an. Wenig paßt zu diesen Behauptungen eine Leserzuschrift in der „National-Zeitung", in der bittere Beschwerde darüber geführt wird, daß die Handwerker, die die Bergarbeitersiedlung Brieskow-Finkenheerd gebaut haben, heute noch ohne Bezahlung für ihre Leistungen sind, obwohl bereits seit Mai d. J. dort gewohnt und Miete bezahlt wird. Der Einsender fragt, ob der Paragraph 6 der Verordnung über die Preisbildung im Handwerk vom 15. Juni 1950, wonach die Bezahlung handwerklicher Leistungen spätestens 15 Tage nach Rechnungsdatum ohne Abzug erfolgen muß, nur auf dem Papier steht. Ob man eine Enteignung de jure oder de facto durch solche Verzögerungstaktik in der Bezahlung des Handwerks erreicht, dürfte für die davon Betroffenen im Endeffekt gleichbleiben. Sie müssen jedenfalls ihren Verpflichtungen nachkommen, müssen Steuern, Löhne und Sozialversicherung bezahlen, und soweit sie dazu mangels Reserven nicht in der Lage sind, Kredite aufnehmen, für die sie 8% Zinsen zahlen müssen.

Inzwischen hat man mit der Sprengung des Schlosses begonnen. Der älteste Teil, die Hofapotheke und der Grüne Hut, Wahrzeichen Berlins, die der Krieg verschont hatte, sind nicht mehr. Der Lustgarten soll eben zu einer Dependance des Moskauer Roten Platzes werden, was die Titelseite der Bild-Rundschau, einer Beilage der „Täglichen Rundschau" deutlich erkennen läßt, wenn es eines solchen Beweises überhaupt noch bedarf. Ein Mitarbeiter des „Ministeriums für Aufbau" erklärt auf dem Bild an Hand eines Modells die Neugestaltung des Stadtzentrums. Den Mittelpunkt bildet die steinerne Tribüne, die an Stelle des Berliner Schlosses errichtet werden soll. Pikanterweise zeigt das Modell der Tribüne in der Mitte eine Aussparung, die offenbar nach Moskauer Modell für ein Mausoleum bestimmt ist. Berlin zerbricht sich den Kopf, wen es aufnehmen wird, wenn sein Bau eines Tages Wirklichkeit wird.

Apropos Handwerk! Es spricht nicht gerade für die Schätzung handwerklicher Leistungen, wenn die „Tägliche Rundschau" auf der Titelseite ihrer Ausgabe vom 6. 9. ein Foto veröffentlicht, auf dem in ziemlich verworrener Weise Steinhaufen, Mauerteile und eine Anzahl Personen zu sehen sind, die anscheinend nicht übermäßig beschäftigt sind, und dieses Bild mit der folgenden Unterschrift versieht: „Blitzbrigaden im Dienste der Bauaktion. In Sachsendorf im Oderbruch nahmen am 2. September morgens 13 Volkspolizisten und 27 Angehörige der Landesregierung Brandenburg, die sich unter Leitung von Baufachleuten zu einer Brigade zusammengeschlossen hatten, Spaten und Mörtelkelle in die Hand. Sie hatten sich verpflichtet, in 36 Stunden zwei Einfamiliensiedlungshäuser fertigzustellen. Nach dreieinhalbstündiger Arbeit standen bereits Fundament und Grundmauer." So einfach ist das. Man braucht nur „Blitzbrigaden" aus Volkspolizisten und Behördenangestellten zu bilden. Damit ist natürlich das Handwerk bis auf die Fachleute für die Anleitung überflüssig.

In der „TR" geht Hans W. Aust unter der Spitzmarke „Schärfste Plandisziplin" nochmals auf die ungenügende Erfüllung der Investitionspläne ein und erwähnt, daß durch die Vornahme vieler außerplanmäßiger Bauten durch undisziplinierte Betriebe vordringlichen Investitionen wertvolle Baustoffe, Maschinen und Geldmittel entzogen wurden, daß die verantwortlichen Ministerien der Republik und der Länder die notwendige Aufmerksamkeit fehlen ließen, und daß durch den „Betriebsegoismus" beispielsweise 3,2 Mill. DM in Sachsen in die Verbesserung von Bierbrauereien gesteckt wurden. Ob das nur Betriebsegoismus war? Wer kennt nicht die durstigen Kehlen der östlichen Befreier. Nach Aust hat eine erste nicht einmal gründliche Überprüfung der Leichtindustrie ergeben, daß für eine Milliarde DM mehr produziert werden könne als vorgesehen, ohne neue Maschinen anzuschaffen. Und wir haben immer geglaubt, daß die östliche Wirtschaft nach einem Plan arbeite. Es handelt sich jedoch offenbar um eine ziemlich planlose Planwirtschaft. Die Ergebnisse sind denn auch, soweit es sich nicht um Reparationslieferungen handelt, danach.

Westdeutschlands Außenhandel im Juli

und in den ersten sieben Monaten 1950

Die Einfuhr und Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland im Juli und in den ersten sieben Monaten 1950 wird im folgenden auf Grund der Angaben des Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, aufgegliedert nach den wichtigsten Ländern in Mill. DM wiedergegeben:

	Einfuhr Juli	Einfuhr Jan.-Juli	Ausfuhr Juli	Ausfuhr Jan.-Juli
insgesamt:	848,5	5062,3	730,2	4030,8
Europa	454,2	2668,7	538,4	3120,4
Belg.-Luxemburg	35,8	180,3	56,8	343,4
Dänemark	27,8	228,4	30,5	143,8
Finnland	6,7	41,5	7,4	37,8
Frankreich	69,3	365,6	49,4	341,8
Saargebiet	13,7	60,2	11,8	78,5
Griechenland	4,2	23,4	11,2	60,2
Großbritannien	27,3	209,3	42,7	200,3
Irland	0,3	5,6	1,6	8,4
Italien	38,8	213,8	44,4	269,5
Jugoslawien	2,4	45,7	14,3	104,3
Niederlande	99,5	673,1	95,7	666,1
Norwegen	19,5	108,6	10,9	61,1
Österreich	13,7	79,0	27,4	170,3
Polen	2,7	21,8	4,7	34,2
Portugal	3,3	9,0	3,7	19,2
Schweden	69,5	319,3	38,2	221,4
Schweiz	23,5	189,5	41,6	227,4
Spanien	2,6	30,2	9,6	30,5
Tschechoslowakei	6,9	53,6	6,7	38,4
Ungarn	6,7	40,0	10,7	63,8
Afrika	60,0	403,4	30,2	137,3
Ägypten	6,6	36,0	10,2	42,8
Belgisch-Kongo	8,2	41,8	1,2	5,5
Brit.-ägypt. Sudan	3,2	6,7	0,2	1,6
Kenya u. Uganda	2,7	18,8	0,3	4,2
Goldküste	13,2	49,5	0,7	5,5
Nord-Rhodesien	1,3	13,7	0,1	1,6
Südafrikanische Union	4,8	73,3	8,8	31,2
Algerien	3,4	40,9	0,5	3,7
Franz.-Marokko	13,9	101,4	1,5	5,6
Franz.-Westafrika	7,6	21,3	0,6	3,6
Mozambique	3,2	8,8	1,8	3,6
Portug.-Westafrika	1,8	10,3	0,4	2,2
Kanarische Inseln	3,5	3,3	0,1	1,4
Deutsch-Kamerun	2,4	10,2	0,1	0,8
Asien	89,8	524,0	78,7	321,3
Arabien	3,2	29,1	0,7	5,4
China	7,8	13,3	3,0	7,7
Hongkong	0,2	0,3	5,7	17,8
Irak	3,4	21,6	—	0,3
Iran	3,6	18,9	3,1	20,6
Japan	4,5	14,8	0,1	26,2
Türkei	5,9	62,2	20,3	119,2
Indien	6,6	67,2	4,9	26,9
Pakistan	4,9	34,8	4,2	18,8
Brit.-Malaya	11,1	63,0	1,4	12,8
Ceylon	3,9	24,2	0,5	3,9
Indonesien	30,5	177,3	6,9	222,4
Amerika	201,3	1336,1	61,8	402,5
USA	200,4	1069,7	39,5	139,2
Kanada	8,7	22,3	3,5	17,9
Kuba	7,9	39,6	2,9	10,4
Mexiko	0,8	6,5	3,6	13,5
Argentinien	18,2	101,1	7,2	92,2
Bolivien	1,3	3,7	0,3	1,7
Brasilien	8,4	46,2	8,9	97,1
Chile	4,3	30,6	1,9	10,5
Columbien	3,7	30,1	8,8	42,7
Ecuador	4,3	8,4	0,8	5,6
Uruguay	1,1	13,5	3,6	18,8
Venezuela	2,4	18,7	4,3	39,3
Gebiete der USA in Mittelamerika	33,7	56,9	0,1	0,8
Australien u. Polynesien	33,9	236,8	7,5	46,3
Austral. Bund	33,2	173,5	7,2	43,4
Neuseeland	10,5	63,8	0,3	0,8

Zweiter Deutscher Uhrmachertag

Vom 8. bis 11. Oktober findet auf dem Messegelände der Stadt Frankfurt (Main) der zweite Deutsche Uhrmachertag nach dem Kriege statt. Die Tagung, zu der der Zentralverband der deutschen Uhrmacher eingeladen hat, bringt in ihrem reichhaltigen Programm Referate und Diskussionen über die Fragen, die für die gesamte Uhrmacherschaft von Interesse sind. Zugleich mit dem Treffen der deutschen Uhrmacher öffnet die große Uhrenfachmesse zum zweiten Male nach 1947 ihre Tore. Weit über 100 Aussteller aus dem In- und Ausland werden in den Frankfurter Messehallen 2 und 3 ihre Erzeugnisse zur Schau stellen. Auch Werkzeug-, Kartonagen- und Lederfabriken sind vertreten.

Aus der deutschen Wirtschaft

Französische Zone

Eine Entscheidung des Bundeswirtschaftsministeriums über die Holzpreise steht nach Mitteilung der faserholzverarbeitenden Industrie Südwestdeutschlands bevor. Der Preisrat hatte Ende August einen Antrag des BEM auf Aufhebung der Verordnung über das Verbot von Brennholzverkäufen nach dem Meistgebot und über die Preisbildung bei Brennholz vom 21. Januar 1939 angenommen. Eine derartige Maßnahme erscheint nach Ansicht der holzverarbeitenden Industrie unmittelbar vor Beginn der Heizungsperiode und wegen der im allgemeinen in Bewegung geratenen Preise bedenklich. Trotz gegenteiliger Feststellungen werde Holz weiterhin eine Mangelware bleiben. Es sei bisher nicht gelungen, den Brennholzverbrauch durch ausreichende Brikettabgabe wesentlich einzudämmen. Die Folge einer Aufhebung der Preisbegrenzung und des Versteigerungsverbots für Brennholz werde eine Preisbewegung dieser Holzart gemäß der auf dem Rohholzmarkt allgemeinen Entwicklung sein. Davon werde in erster Linie der kohleentfernte Süden des Bundesgebietes betroffen. Nachteilig wird sich eine Preissteigerung des Brennholzes nach Ansicht der holzverarbeitenden Industrie aber auf die übrigen Holzsortimente auswirken, weil die zwischen diesen bestehende Preisrelation gestört und Holz anderer Gattung als Brennholz verkauft werden würde. Das Bundeswirtschaftsministerium solle sich ein für seine eigene Wirtschaftspolitik so gefährliches Experiment gründlich überlegen.

Im Lande Baden, in welchem das große und vielbesuchte Reisegebiet des Schwarzwaldes und wesentliche Teile des Bodenseeufers liegen, wurden die Beherbungsbetriebe und die Gastbetten gezählt: In 1331 Beherbergungsbetrieben (Hotels, Gasthäuser, Hospize, Pensionen, Kuranstalten, Heilstätten, Sanatorien und Erholungsheimen) stehen insgesamt 30 860 Betten zur Verfügung. Durch die Besatzungsmacht sind noch 94 Betriebe ganz und 103 Betriebe mit insgesamt 5061 Betten teilweise beschlagnahmt. Mit Flüchtlingen, Evakuierten und eingewiesenen Mietern sind 14 Betriebe ganz und 125 Betriebe teilweise belegt mit insgesamt 881 Betten. Auf sonstige Art zweckentfremdet sind 46 Betriebe ganz und 150 Betriebe teilweise. 3037 Betten sind dadurch dem Reiseverkehr entzogen. Für den Fremdenverkehr sind nach Abzug dieser Inanspruchnahme frei verfügbar: 850 Betriebe ganz und 338 Betriebe teilweise mit insgesamt 21 800 Gastbetten. Dazu kommen im Lande noch rund 1700 Betten in Privatquartieren. In zwanzig Jugendherbergen stehen wieder 1150 Betten zur Verfügung.

Am 13. September 1950 fand in Rastatt nach längerer Pause eine Versammlung des Bezirks Baden-Baden-Rastatt-Bühl der Fachvereinigung für das Graphische Gewerbe statt, an der der Landesvorsitzende, Herr Poppen-Freiburg, teilnahm. Nach dem Referat des Geschäftsführers Gahl über Korporation und Ausbildungsfragen wurde der Baden-Badener Druckereibesitzer Franz W. Wesel zum Vorsitzenden der Bezirksvereinigung und Druckereibesitzer Streckel, Rastatt, zum stellv. Vorsitzenden von der Versammlung gewählt.

Die Annahme, daß die Historische Uhrensammlung in Furtwangen, die vor einigen Wochen nach grundlegender Neuordnung wieder eröffnet wurde, guten Besuchs sich würde erfreuen können, bestätigt sich erfreulicherweise. Das so sehenswerte Museum wird von sehr vielen Reisegästen aufgesucht.

Der Verlauf der deutschen Musikalienmesse in Boppard ist befriedigend. Es werden laufend gute Umsätze erzielt. Auch der Besuch aus dem Ausland hat zugenommen. Zahlreiche Ausländer vertraten nach Besichtigung der Messe die Ansicht, daß die deutschen Musikverleger und Musikalienhändler den Anschluß an den Weltmarkt wiedergewonnen haben. Es liege jetzt nur an den deutschen Firmen, diesen Anschluß zu festigen und auszubauen. Am Montag trafen sich die Vertreter deutscher, holländischer, österreichischer, schwedischer, norwegischer und britischer Verlegerverbände zu einer ersten internationalen Fühlungnahme mit dem Ziel eines Zusammenschlusses der Musikverleger. Es wurde vereinbart, eine Parallelorganisation zur „Union Paris" (Internationaler Musikalienhändlerverband) zu bilden, die auf einer späteren Tagung, zu der auch die nicht auf der Messe erschienenen ausländischen Verbände eingeladen werden, gegründet werden soll. Die deutschen Schallplattenhändler haben sich in Boppard zu einem eigenen Verband zusammengeschlossen und sind neben den Verbänden der deutschen Musikverleger und der deutschen Musikhändler als dritte Organisation dem deutschen Musikalien-Wirtschaftsverband beigetreten. 1949 konnten in Deutschland sechs Mill. Schallplatten — davon nur 600 000 mit ernster Musik — verkauft werden gegenüber einem Umsatz von 30 Mill. 1929. In Deutschland kauft gegenwärtig jeder siebente Einwohner eine Schallplatte im Jahr. Die deutsche Langspielplatte übertrifft in ihrer technischen Vollkommenheit nach Mitteilung der Produzenten jedes ausländische Fabrikat, da keine besonderen Apparaturen zu ihrem Abspiel benötigt werden. Hierdurch ergeben sich große Exportmöglichkeiten. Ebenso sind die Studioplatten, die alte Musik auf Originalplatten wiedergeben, höchste Leistung auf dem Gebiet der Schallplatte. Auf der Messe in Boppard sind von der deutschen Schallplattenindustrie die Austrophon-GmbH. Hamburg, die Grammophon-Gesellschaft, Hannover, und die Philips-Ton-GmbH Hamburg, vertreten.

Amerikanische Zone

Maßgebende Vertreter der Strumpfindustrie des Bundesgebietes hielten in Stuttgart eine Arbeitstagung ab. Da es sich bei den Strumpffabriken zum großen Teil um Flüchtlingsbetriebe aus der Sowjetzone handelt, die ihre Produktionsstätten im Bundesgebiet nun aufbauen müssen, stand die Frage der Maschinenbeschaffung und der Ansiedlung von Facharbeitern im Vordergrunde der Beratungen. Bezüglich der im Ausland mit Hilfe von ERP-Mitteln zu erwerbenden Cotton-Maschinen bemühte man sich, einen Kompromiß zu finden, inwieweit neue oder gebrauchte Maschinen gekauft werden sollen. Gegen eine Liberalisierung der Strumpfeinfuhr sprachen sich die Tagungsteilnehmer vor allem aus preislichen Gründen aus. Sie fordern eine wirksame Förderung ihres Industriezweiges, u. a. durch die Gewährung entsprechender Kredite, die zum Auf- und Ausbau der Produktionsstätten ebenso wie zur Ansiedlung von Facharbeitern in der Nähe der neu entstehenden Betriebe dringend erforderlich sind.

Zu den in letzter Zeit laut gewordenen Befürchtungen über eine Erhöhung der Preise für Rundfunkempfänger erklärt die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Rundfunkwirtschaft in Stuttgart, daß ihr von einer generellen Heraufsetzung der Preise nichts bekannt sei. Die Annahme, daß die auf der Düsseldorfer Funkausstellung bekannt gegebenen niedrigeren Preisen höchstens bis zum Beginn des nächsten Jahres gehalten werden können, wird als unbegründet zurückgewiesen. Auch in der Rundfunkindustrie werden zur Zeit, wie in fast allen Industrie- und Gewerbezweigen, Forderungen der Arbeiterschaft auf Lohnerhöhungen beobachtet. Auch die Rundfunkindustrie sei von den Preisbewegungen für Zellulosеerzeugnisse, Bleche, NE-Metalle und andere Rohstoffe am Weltmarkt abhängig. Es sei jedoch zur Zeit nicht möglich, die Preisentwicklung für einen längeren Zeitraum vorauszusehen.

In der hessischen Metallindustrie sollen nach Mitteilung des Frankfurter Metallgewerkschaftsvorsitzenden August Krieghäuser jetzt keine Überstunden mehr geleistet werden. Vor mehr als 20 000 Frankfurter Metallarbeitern betonte Krieghäuser am 13. September auf dem Römerberg, daß jeder, der gegen diesen Beschluß der Gewerkschaft verstoße, als Streikbrecher angesehen und aus der Gewerkschaft ausgestoßen würde.

Auf Anregung verschiedener Stadtverwaltungen und Verkehrsverbände, bei denen der Wunsch nach einem leichteren und schnelleren Stadtomnibus besteht, fertigt die Daimler-Benz A.-G. den „O 3500" auch in der Variante als Stadtomnibus serienmäßig im Werk Mannheim. Der Aufbau enthält 1/33 Sitzplätze und 23 Stehplätze. Mit Rücksicht auf die Betätigung der Türen beim Stadtomnibus, wird das Fahrzeug mit einer Druckluft-Bremsanlage ausgestattet. Der Gesamtpreis beträgt 23 900 DM inkl. Druckluftbremse. Mit der Fertigung wird im Oktober 1950 begonnen. — Der Mercedes-Benz Typ „170 S" ist dank seiner vorzüglichen Fahreigenschaften der ideale Wagen für lange Reisestrecken. Um den besonderen Ansprüchen entgegenzukommen, hat die Daimler-Benz A.-G. vier verschiedene Möglichkeiten zur Ausgestaltung und Ausnützung des Kofferraumes geschaffen. In der Normalausführung befindet sich der Kofferraum über dem Zwischenboden, Reserverad und Reservekanister darunter. Durch einen schwenkbaren Halter kann ein zweites Reserverad außen aufmontiert werden, oder auch der Kofferraum ausschließlich für Gepäck mit und ohne Zwischenboden Verwendung finden.

Die Auto-Union G.m.b.H. produzierte im Monat August 1950 in ihrem Werk Ingolstadt 2513 DKW-Motorräder RT 125 und 338 DKW-Schnell-Laster ¾ Tonnen. Im Werk Düsseldorf ist im Monat August die Serienfertigung des neuen DKW-Personenwagens Typ Meisterklasse termingemäß angelaufen.

Mit Gesamtumsätzen von 2,23 Mill. DM wurden die Erwartungen auf der am 10. September beendeten 2. deutschen Musikinstrumentenmesse in Mittenwald weit übertroffen, wie die Messeleitung mitteilt. Die Umsätze, die bei 5000 Besuchern mit 1390 Einkäufern des In- und westlichen Auslandes getätigt wurden, betrugen ein Mehrfaches der Vorjahresmesse. Im Export wurden 0,22 Mill. Dollar ausgesetzt und zwar meist für Musteraufträge, so daß der wirkliche Exporterfolg der Messe für die Folgezeit mit dem Drei- bis Fünffachen angenommen wird. Neben Abschlüssen mit einer größeren Anzahl europäischer Länder wurden Geschäfte vor allem mit USA, Kanada, Argentinien und Ekuador getätigt.

Ein Institut für Fachtechnik und Betriebswirtschaftslehre wird voraussichtlich am 1. Oktober dieses Jahres von der Arbeitsgemeinschaft des Bekleidungshandwerkes der Bundesrepublik in München gegründet werden. Dieses Institut wird sich vor allem mit der Schnitt-Technik und der Verarbeitungstechnik unter dem Gesichtspunkt der rationellen Betriebsführung befassen. Zu diesem Zweck wird eine Lehr- und Forschungswerkstätte in Zusammenarbeit mit den führenden deutschen Firmen des Bekleidungshandwerks als dauernde Einrichtung geschaffen.

Englische Zone

Auf Antrag der SPD-Fraktion des Bundestages soll die Bundesregierung mit größtem Nachdruck bei den Hohen Kommissionen dafür eintreten, daß dem früheren Fischer-Tropsch-Werk in Bergkamen die Aufnahme einer seit längerem vorbereiteten Ersatzproduktion gestattet wird, wie sie den anderen früheren Fischer-Tropsch-Werken bereits längere Zeit gestattet worden ist.

Der Beirat der deutschen Kohlenbergbauleitung (DKBL) verabschiedete einstimmig den bergmännischen Plan zur Neuordnung des Steinkohlenbergbaus. Der Plan ist auf der Grundlage optimaler wirtschaftlicher, technischer und sozialer Erfordernisse aufgebaut. Nach Mitteilung der Kohlenbergbauleitung konnte das Problem Kohle-Eisen dabei noch nicht berücksichtigt werden. Die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen AG und die niedersächsischen Zechen wurden in den Neuordnungsplan nicht einbezogen. Soweit ein Einbeziehen von C-Gesellschaften (Anlagen zur Erzeugung und Leitung von elektrischem Strom für den Kohlenbergbau und Bergbau-Nebenbetriebe) in Aussicht genommen ist, liegen die im Artikel zwei des Alliierten Gesetzes Nr. 27 über die Neuregelung der Verhältnisse im Kohlenbergbau vorgesehenen Einverständniserklärungen der Eigentümer noch nicht vor, weil sich die Alliierte Kohlenkontrollgruppe ausdrücklich vorbehalten hat, Meinungsäußerungen der Eigentümer von sich aus einzuholen.

Zu den Klagen des Zementhandels in Nordrhein-Westfalen über ungewöhnliche Preisunterbietungen und unlauteren Wettbewerb gewisser Konzernfirmen in der Zementindustrie erklärt der Fachverband Zement e.V. in Frankfurt, daß ihm nichts über eine derartige Entwicklung auf dem Zementmarkt bekannt sei. Es wird darauf hingewiesen, daß der Zementpreis ziemlich stabil geblieben ist und im Vergleich zu anderen Erzeugnissen der Bauwirtschaft nur unwesentlich gestiegen ist. Zur Zeit liegt der Index für Zementerzeugnisse bei 145 (1936 = 100). Die geringen Preiserhöhungen bei Zement sind lediglich auf Aufschläge bei Löhnen, Frachten und allgemeine Betriebskosten zurückzuführen. Im übrigen wird darauf hingewiesen, daß die Preisgestaltung auf dem Zementmarkt noch der Kontrolle der Alliierten unterliegt und auch aus diesem Grunde die angeblichen Klagen über nicht gerechtfertigte Preisunterbietungen in Nordrhein-Westfalen der Grundlage entbehren dürften.

Im 1. Halbjahr 1950 wurden in Nordrhein-Westfalen 10,7 Mrd. kWh Strom erzeugt, teilt das Statistische Landesamt mit. Davon entfielen auf die industriellen Eigenanlagen 5,6 Mrd. und auf die öffentlichen Kraftwerke 5,1 Mrd. kWh. Die Industrie in Nordrhein-Westfalen verbrauchte im 1. Halbjahr 1950 7,5 Mrd. kWh, davon wurden 77% in Eigenanlagen erzeugt. Vergleichsweise belief sich im 2. Halbjahr 1947 die gesamte Stromerzeugung in Nordrhein-Westfalen auf 7,3 Mrd. kWh.

Die Einzelhandelsumsätze in Nordrhein-Westfalen stiegen im Juli 1950 erheblich an, teilt das Statistische Landesamt mit. Diese Entwicklung war zum Teil saisonbedingt, zum Teil aber auch auf die zeitweiligen Hortungskäufe zurückzuführen. Sie wirkte sich besonders bei Möbeln, Teppichen und anderen Gegenständen des Wohnbedarfs aus (plus 21% gegenüber Juni 1950, plus 50% gegenüber Juli 1949). Ebenfalls erhöhte Umsätze verzeichnete der Einzelhandel in kleinem Hausrat wie Eisen- und Stahlwaren, Porzellan usw. (plus 16% gegenüber Juni 1950, plus 25% gegenüber Juli 1949). Der Umsatz von Nahrungsmitteln lag im Juli 1950 gegenüber dem Vormonat um 13% höher.

Auf Beschluß der Verwaltungsräte und Vorstände der öffentlichen Sparkassen Bremen und Hamburg wurde am vergangenen Wochenende in Hamburg der „Hanseatische Sparkassenverband" mit Sitz in Hamburg gegründet. Zweck des Verbandes ist es, den hanseatischen Sparkassen Mitwirkung und Einflußnahme im deutschen Sparkassenwesen zu sichern. Damit werden die Bremer und Hamburger Sparkassen zugleich in der Arbeitsgemeinschaft deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen, Frankfurt, vertreten sein.

Die Spezialfabrik für Schwerlastwagen und Trambusse Büssing Nutzkraftwagen GmbH in Braunschweig hat am 12. September 1950 den Bau des 10 000. Wagens ihrer Nachkriegs-Fertigung vollendet. In Würdigung dieses Tages waren in der festlich hergerichteten Werkshalle Vertreter aus Verkehr und Technik sowie die Belegschaft um das mit Blumen geschmückte Fahrzeug versammelt. Unter den prominenten Gästen befanden sich Bundesverkehrsminister Dr. Seebohm, Vertreter der Landesregierung Niedersachsen, der Technischen Hochschule Braunschweig und der Stadt Braunschweig sowie Herren der Tages- und Fachpresse. In Ansprachen wurde die besondere Leistung der letzten 5 Jahre gewürdigt und der Dank an die Belegschaft und den Mitinhaber der Firma Büssing, Herrn Rudolf Egger-Büssing, ausgesprochen. Seiner Initiative war es zu danken, daß der Neuaufbau des Unternehmens durchgeführt und die heutige Stellung der Büssing-Werke als bedeutendste Spezialfabrik Deutschlands für den Bau von schweren Nutzfahrzeugen erreicht werden konnte.

Die Hamburger Reederei Ernst Russ hat bei der deutschen Werft (Hamburg) zwei Motorschiffe mit je 4100 BRT (7000 t dw) in Auftrag gegeben, die bis Ende nächsten Jahres fertiggestellt sein sollen.

Vom 10. bis zum 14. November findet in Düsseldorf die Ausstellung „Büromaschinen, Büromöbel u. Organisationsmittel" statt. Träger der Ausstellung ist wie im vergangenen Jahr die aus der Bezirksfachgruppe des Gesamtverbandes Büromaschinen, Büromöbel, Organisationsmittel, Düsseldorf, und der Fachgruppe Büromaschinen der Mechaniker-Innung Düsseldorf gebildete Arbeitsgemeinschaft Büromaschinen.

Am 10. und 11. Oktober 1950 findet in Köln die Delegiertenversammlung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels statt. Sie wird sich mit der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Situation befassen und zu einer Reihe aktueller Fragen wie Preisgestaltung, Sozialpolitik, Mitbestimmungsrecht, Gewerbezulassung, Regelung der Ladenzeiten Stellung nehmen. Der offizielle Teil der Tagung wird unter dem Motto „Einzelhandel und Kommunalpolitik" stehen. Maßgebende Vertreter des deutschen Städtetages werden dazu sprechen.

Fortsetzung von Seite 3

Das „deutsche Eigentum" in Österreich

läufig rationeller arbeiten als der öffentliche Verwalter — auch der österreichischen Wirtschaft im allgemeinen ein guter Dienst erwiesen wird, liegt klar auf der Hand.

Die vorliegenden Ausführungen stellen nur eine persönliche Meinung dar, die die Grundlage für einen freien und unbeeinflußten Gedankenaustausch geben soll, denn nur auf diese Weise kann sich in aller Sachlichkeit eine positive und für alle Interessenten befriedigende Lösung ergeben ...

Da die Republik Österreich bei all ihren Maßnahmen leider weitgehend von den Weisungen der Alliierten beeinflußt wird, wird es auch in der Frage des „Deutschen Eigentums" Aufgabe der österreichischen Regierung sein, sich von den Alliierten nicht vom Wege des Rechts abdrängen zu lassen."

Erdbohrer, Brunnenbohrer „TALPA"
eigener Bauart, auch für Horizontalbohrungen ... mit konischer Gewindeverbindung
Friedrich Wehrenberg, gegr. 1913, München 15, Postf. Tel. 30 539, Tel.-Adr. Wehrenberg München

Postwurfsendungen!
Fordern Sie ausführl. Druckschriften von
C. F. Westermann, Nürnberg, Schlachthofstraße 107

Kontrolle von Preis und Kredit in den USA

Bereits vor dem Korea-Konflikt waren inflationäre Tendenzen in den USA unbestritten vorhanden. Die Kreditausweitung war beträchtlich und die Preise sind seit Juni im Anstieg. Die Verkündung des Rüstungsprogramms hat nunmehr die Kreditnachfrage und die Preissteigerung ebenso weiter verstärkt, wie sich das Tempo der Geldausgabedispositionen der Konsumenten von neuem erhöht hat. Diese Entwicklung hat Präsident Truman schon am 8. 7. veranlaßt, Weisung zu geben, daß die Bedingungen für den mit Bundesunterstützung gewährten Kredit verschärft werden. Die vom Kongreß erbetenen Notstandsvollmachten des Präsidenten enthalten ebenfalls eine Reihe von Maßnahmen, die dem inflationären Druck entgegenwirken sollen. Das Mitglied des Board of Governors des Federal Reserve System in Washington, M. S. Szymczak, hat kürzlich in einem Vortrag in der Universität von Wisconsin in Madison über „Die Geldpolitik in einer freien Wirtschaft" die beiden hauptsächlichsten Mittel herausgearbeitet, die zur Verhinderung unbegrenzter kommulativer Preissteigerungen in den USA befürwortet worden sind:

1. Den Erfolg eines umfassenden Systems von direkten Kontrollen einschließlich von Preis- und Lohnfestsetzungen sowie Rationierungen bezweifelt Szymczak, weil diese Kontrollen sich nur gegen die Auswirkungen, aber nicht gegen die Ursachen der Inflation richten. Der Grund für diese Erscheinung aber sei die anhaltende schnelle Ausweitung des Kredit- und Geldvolumens, die durch die gegenwärtige Defizitwirtschaft der Regierung begünstigt werde. Wenn der Inflation Nahrung zugeführt werde, so vermöchten alle direkten Kontrollen lediglich den inflationären Druck in unterirdische Kanäle abzudrängen und einige seiner Auswirkungen hinauszuschieben.

2. Die Inangriffnahme eines energischen Planes auf dem Gebiete des Kredit- und Finanzwesens zur Begrenzung der Gesamtfrage nach Gütern sei auch im Falle direkter Kontrollen notwendig, um solche überhaupt wirksam werden zu lassen. Denn die Aufgabe solcher Kontrollen, nämlich den Druck des militärischen Bedarfs auf das Waren- und Dienstleistungsangebot zu mildern und die verfügbaren Konsumgüter zu einigermaßen normal gelenkten Preisen zu verteilen, könne auch nur erfüllt werden, wenn ein Teil der zivilen Nachfrage durch höhere Besteuerung ausgeschaltet und die Schöpfung neuen privaten Kredits verhindert wird. Deshalb wäre nach Szymczak das Programm zur Bekämpfung der Inflation in den USA zu gründen auf einschneidende Maßnahmen im Finanzwesen, vor allem auf durchgreifende Erhöhungen der Steuersätze auf persönliches und Körperschaftseinkommen, sowie auf den Verbrauch und auf Kriegs- und Spekulationsgewinne. Daneben müßte die Regierung versuchen, sich ein möglichst großes Volumen von verfügbaren privaten Investierungsmitteln dienstbar zu machen. Nichtmarktfähige Schuldverschreibungen und Steuersparscheine wären an Einzelpersonen und Geschäfte abzusetzen, um auf diese Weise Geld abzuschöpfen. Hierdurch würde es auch möglich werden, den Umfang der inflationistisch wirkenden Finanzhilfe der Regierung über die Banken zurückzuschrauben. Die geld- und kreditpolitischen Kontrollmaßnahmen müßten die Anwendung von wirksamen Beschränkungen des Konsum- und Realkredits einschließen. Seit Ende 1945 seien die Konsumkredite jährlich um etwa drei Milliarden Dollar gestiegen, die Zunahme im Mai und Juni d. J. betrage sogar rund eine Milliarde Dollar. Ende Juni hätte die Gesamtheit der Heimstätten-Hypothekenschulden 40 Milliarden Dollar überschritten und damit mehr als das Doppelte der bei Kriegsende ausstehenden Schuld betragen. Szymczak begrüßt weiter die seit Anfang August laufenden Bestrebungen der amerikanischen Bankenorganisationen, den nichtlebenswichtigen Kredit zu beschränken. Auf der gleichen Linie liege die Erhöhung des Diskontsatzes der Bundesreservebanken von 1½ auf 1¾% Mitte August.

Wenn all diese Kreditrestriktionen im Interesse der Verteidigungsanstrengungen sich nicht als wirksam erweisen sollten, müßte die Geldpolitik noch zu den anderen der Kreditkontrolle zur Verfügung stehenden Mitteln greifen, d. h. zu Operationen am offenen Markt, weiteren Änderungen des Diskontsatzes und zu einer Neufestsetzung der Mindestreserven für die Banken. Schließlich habe es der Kongreß in der Hand, noch zusätzliche Vollmachten zur Kontrolle der Bankkreditausweitung in der Form von ergänzenden Mindestreservevorschriften, welche die Schaffung von Neben- oder Sonderreserven zum Ziele haben könnten, zu erteilen.

Diese Stellungnahme zu einer gegen inflationäre Tendenzen gerichteten Geldpolitik unter Beibehaltung wesentlicher Elemente einer freien Wirtschaft hat weit über den unmittelbaren Anwendungsbereich in den USA Bedeutung. Die Gefahren eines inflationären Druckes sind überall dort gegeben, wo eine private oder öffentliche Kreditausweitung den durch die Friedensproduktion des Landes abgesteckten Rahmen sprengt. Westdeutschland hat nicht zuletzt deshalb bisher diese Klippen umschiffen können, weil sich das Zentralbanksystem als äußerst wachsamer Hüter der Währung erwiesen hat. Wenn nicht alle Zeichen trügen, so steht ihre Abwehrkraft gegen überspannte Forderungen in Richtung auf eine Kreditausweitung vor neuen Bewährungsproben. Die Probleme, vor denen sich die USA durch die Umstellung ihrer Wirtschaft auf Rüstung gestellt sehen, haben im Bundesgebiet nicht das gleiche Gewicht, sie entbehren aber auch hier nicht ganz der Aktualität. Deshalb ist es für diejenigen, die eine freie Marktwirtschaft auch unter der Bedrohung schwerwiegender Störungen aufrechtzuerhalten wünschen, notwendig, die Mittel zu kennen, die in der wirtschaftspolitischen Strategie etwa zur Verhinderung kontinuierlicher Preissteigerungen und damit schließlich auch inflationärer Tendenzen zur Verfügung stehen.

Mehr ECA-Mittel zum Ankauf strategischer Rohstoffe

Die Marshallplanverwaltung wird während des laufenden Finanzjahres im Rahmen des amerikanischen Beschaffungsprogramms über 136 Mill. Dollar — zum größten Teil in ausländischen Währungen — für den Ankauf strategischer Rohstoffe sowie für die Durchführung von Bergbauprojekten in Deutschland, Griechenland, Belgisch-Kongo und in den britischen und den französischen Überseebesitzungen bereitstellen. Von dem Betrag entfallen allein auf die Bergbauprojekte über 70 Mill. Dollar. Bisher hat die ECA im Rahmen des amerikanischen Bevorratungs-Programms über 61 Mill. Dollar in ausländischer Währung für den Ankauf strategischer Rohstoffe ausgegeben. Die ECA hat ferner bisher über 300 Mill. Dollar für territoriale Erschließungsprojekte in Afrika freigegeben.

Deutsche Beteiligung an der Industrialisierung Australiens?

Man beabsichtige, deutsche Arbeiter zur Errichtung von Brikettfabriken bei Morwell zu beschäftigen, erklärte der stellvertretende Direktor der staatlichen Kommission für die Elektrifizierung in Australien nach seiner Europareise. Er habe mit einer Reihe führender Persönlichkeiten der deutschen Industrie die Möglichkeit der Verwendung deutscher Arbeitskräfte in Australien besprochen. Seiner Ansicht nach sei die Einwanderung deutscher Arbeiter nach Australien wünschenswert, weil der deutsche Arbeiter die 48-Stunden-Woche gewöhnt sei und häufig bereit sei, sich durch Überstundenverdienste zusätzliche Einnahmen zu verschaffen. Das Projekt sei von der Genehmigung des Ministers für Einwanderung abhängig.

Starke Ausdehnung des Außenhandels Finnlands

Finnlands Außenhandel steht in diesem Jahre im Zeichen einer starken Ausdehnung, die sich sowohl in der Einfuhr wie im Export bemerkbar macht. Über die mengenmäßige Entwicklung wichtiger Erzeugnisse unterrichtet die folgende Übersicht, die die sieben Monate Januar bis Juli umfaßt.

	Einfuhr (in t) 1950	1949
Kaffee	7 760	5 238
Zucker	57 165	50 533
Weizen	82 358	151 317
Steinkohle	733 317	260 461
Koks	301 123	98 289
Benzin	131 060	115 423
Düngemittel	149 569	225 081
Baumwolle	5 279	8 234
Stabeisen und Stahl	42 084	46 100
Stahl- und Eisenbleche	34 337	37 824

	Ausfuhr (in t) 1950	1949
Rundholz (m³)	1 445 000	1 017 000
Sägeholz (Stds.)	314 000	192 000
Furniere (m³)	128 000	123 000
Holzschliff	111 065	79 658
Zellulose	553 927	358 233
Karton	17 371	16 049
Zeitungspapier	227 009	181 009
Roheisen	10 873	6 836
Kupfer	3 403	2 103

Der Import hatte sich von den ersten sieben Monaten vorigen zum gleichen Zeitraum dieses Jahres von 33,4 Mrd. fmk auf 47,8 Mrd. fmk und der Export von 29,5 Mrd. fmk auf 41,7 Mrd. fmk erhöht, der Einfuhrüberschuß war mithin von 3,9 Mrd. fmk auf 5,8 Mrd. fmk gestiegen.

*

Die finnische Einfuhr erreichte in den ersten acht Monaten dieses Jahres einen Wert von 54,6 Mrd. fmk gegenüber 38,2 Mrd. fmk im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Mit 50,83 Mrd. fmk lag die finnische Ausfuhr um 15,73 Mrd. fmk höher als in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Für die ersten acht Monate dieses Jahres ergibt sich ein Einfuhrüberschuß von 3,77 Mrd. fmk im Vergleich zu 3,13 Mrd. fmk in 1949.

Staatsbank übernimmt Kursrisiko für Holzabschlüsse nach England

Im finnischen Holzlieferabkommen mit Großbritannien sind unterschiedliche Preise für Kiefer und Tanne vereinbart worden, für letztere liegen die Preise niedriger. Während sich die Preise für 7-inch-Kiefer-Battens zwischen 48 und 50 Pfund Sterling je Standard halten, je nach den Qualitäten, stellen sich die Preise für Tanne auf zwischen 45,16 und 47,15 Pfund Sterling je Standard. Von den ursprünglich vereinbarten 267 000 Standards sollen 90 000 Standards auf das nächste Jahr zur Lieferung übernommen werden. Die Timber Control hat sich verpflichtet, 60% zinsfrei auf Vorschuß auf die gesamte Liefermenge zu bezahlen, ist weiter zu erfahren. Gleichzeitig hat die Finnlands Bank die Valutakursgarantie für die Lieferanten für den Fall einer Veränderung des Pfund-Kurses übernommen. Die finnischen Lieferanten haben sich verpflichtet, mindestens 38% ihrer Ausfuhr dieses Jahres für Großbritannien zu reservieren mit dem Vorbehalt, daß in diesem Jahre davon nicht mehr als 25% verschifft werden müssen. In finnischen Exportkreisen wird darauf hingewiesen, daß die vereinbarten Preise unter den niederländischen Notierungen liegen, die sich z. B. für Tanne auf ca. 49 Pfund Sterling je Standard belaufen, während für die gleiche Qualität Finnland nur 45,16 Pfund Sterling je Standard bewilligt worden sind.

Indexgebundene Staatsanleihe aufgegeben

Seit längerem diskutierte Pläne der Auflegung einer indexgebundenen finnisch. Staatsanleihe sind von der Regierung abgegeben worden, erfährt VWD aus Bankkreisen. Das Projekt ist in der Hauptsache bei den Banken auf stärkste Ablehnung gestoßen, aus der Erwägung, daß eine Index-Anleihe geradezu zur Spekulation auf eine Verschlechterung des Geldwertes anreizen würde. Zur Behebung der staatsfinanziellen Schwierigkeiten wird die finnische Postsparkasse dem Staat sehr wahrscheinlich eine Anleihe von 3 Mrd. fmk zur Verfügung stellen. Die Postsparkasse ist seit langem einer der bedeutendsten Kreditgeber des Staates.

Italienische Zölle

Die deutsche Export-Industrie hegt die Befürchtung, daß die neuen italienischen Zölle die italienische Freiliste, die ein wesentlicher Bestandteil des am 12. Juli in Rom paraphierten deutsch-italienischen Handelsabkommen ist, in beträchtlichem Maße entwerte. Auch sei der italienische Zolltarif geeignet, die Erfüllung der im Abkommen festgesetzten Kontingente für die italienische Einfuhr aus Westdeutschland erheblich zu behindern. Das Abkommen enthalte entgegen allen Erwartungen keine Zolltarifabreden. Da der italienische Zolltarif in seiner jetzt angewendeten Fassung erst nach Abschluß der Verhandlungen in Rom fertiggestellt worden sei, hätte von deutscher Seite eine vorherige Prüfung der Frage nicht stattfinden können, ob die Zollbelastung nicht den Wert der Vereinbarungen auf der deutschen Exportseite in starkem Umfange herabsetze.

Errichtungskontrolle in der Industrie

Im italienischen Industrieministerium wird zur Zeit erwogen, wieder eine Errichtungs-, Erweiterungs- und Übertragungskontrolle für Industriebetriebe einzuführen. Zur Begründung wird angeführt, daß eine solche Investitionskontrolle erforderlich sei, um sicherzustellen, daß Kapitalien nicht dort investiert werden, wo es „spekulative Gesichtspunkte" zweckmäßig erscheinen ließen, sondern dort, wo es die „Allgemeininteressen" gebieten. Grundsätzlich sollen nur Investitionsobjekte im Werte von mindestens 50 Mill. Lire betroffen werden. „24 Ore", Mailand, lehnt die Investitionskontrolle ab. Es handele sich entgegen den Erklärungen von amtlicher Seite um einen überaus drastischen Eingriff in die freie Marktwirtschaft, ohne daß heute diejenige gutachtliche Mitwirkung der Selbstverwaltungsorganisation der Wirtschaft sichergestellt sei wie in der korporativen Wirtschaft.

Nebiolo (Turin) in Schwierigkeiten

Die führende italienische Maschinenfabrik Nebiolo, Turin, befindet sich seit einiger Zeit in ernsten finanziellen Schwierigkeiten. Angesichts der Bedeutung des Unternehmens für die italienische Wirtschaft hat das Schatzministerium die Gewährung eines Kredites von 700 Millionen Lire durch eine staatliche Kreditanstalt (IMI) an die Nebiolo empfohlen. Ein weiterer Kredit von zunächst 400 Millionen Lire oder eine zusätzliche Rate von weiteren 300 Mill. folgen soll, soll durch ein privates Konsortium italienischer Industrieller aufgebracht werden, da man die Absatzlage des Unternehmens in der jetzigen internationalen Situation optimistisch beurteilt.

Schwedens Holzexport

Obwohl das für dieses Jahr zur Verfügung stehende schwedische Holzexportkontingent von ca. 690 000 Stds. praktisch bereits Anfang August placiert gewesen ist, sind seitdem noch gewisse Streupartien nach Dänemark, den Niederlanden und Westdeutschland abgeschlossen worden, wobei es sich aber ausschließlich nur um geringere Qualitäten gehandelt hat. Bemerkenswert ist, daß die an der Halbjahreswende von verschiedenen Ländern aufgenommenen Gespräche über Verkäufe zur Lieferung 1951 inzwischen wieder verstummt sind, was auf die unsicheren politischen Verhältnisse zurückgeführt wird, welche seit Ausbruch des Korea-Krieges eingetreten sind.

Bei den letzten Verkäufen, welche zum größeren Teil aus den Vorräten der Sägewerke effektuiert werden dürften, und die sich teilweise auch nach Ländern des Mittelmeers, nach Südafrika und Australien gerichtet haben, sind die erzielten Preise ausgesprochen fest gewesen. Die Notierungen bewegen sich gegenwärtig etwa folgendermaßen, einschließlich üblichen Skonto: Basis fob 54—55 L per Std. für 7" o/s Kieferbattens, 69—70 L Std. für 7" o/s Kieferbretter, sowie 48—50 L per Std. für 7" o/s Kieferquinta. Für 9" o/s Kieferplanken sind im allgemeinen ca. 64 L per Std. bezahlt worden. Demgegenüber weisen die Preise für Tanne seit Juni/Juli wesentlichere Veränderungen nicht auf, sie liegen für Battens bester Qualität von 7" zwischen 705 sKr. und 715 sKr. per Std. Infolge sehr knappen Angebots von Quinta sowie o/s-Spezifikationen sind in den letzten Wochen in größerem Maße als bisher auch Ausschußsorten in die Abschlüsse aufgenommen worden, welche hauptsächlich nach Dänemark gegangen sind.

In der kommenden Saison werden die Holzeinschläge in Schweden im Vergleich zum Vorjahr in wesentlich größerem Umfang vorgenommen werden, teilt die Staatliche Domänenverwaltung Schwedens mit. Wie weiter verlautet, wird in den nördlichen Distrikten bei den bevorstehenden Holzauktionen das Angebot an Rohholz gegenüber 1949 um 6,8% auf 1,14 Mill. cbm erhöht werden. Über die neuen Preise ist noch nichts verlautet, doch hält man in Kreisen des schwedischen Holzhandels weitere Erhöhungen für unvermeidlich.

Starke Devisenverluste

Die Schwedische Reichsbank (Sveriges Riksbank) hat in der ersten September-Woche 43 Mill. sKr Devisen abgeben müssen, bedingt dadurch, daß das Institut mit dem Aufhören des Clearing-Ausschusses (Clearing-nämnden) zum 1. September die Clearingkonten mit Spanien, Italien und der UdSSR übernommen hat. Die Devisenbestände betragen hiernach 845 Mill. sKr., die Goldvorräte 356 Mill. sKr.

Schweden gewährt Japan Einfuhrlizenzen

Die schwedische Handels- und Industriekommission macht bekannt, daß sie Japan Lizenzen für die Einfuhr verschiedener Waren im Werte von 9,5 Mill. sKr. gewähren werde. Außerdem wird sie für bestimmte japanische Gewebe und Garne Lizenzen ohne Begrenzung genehmigen.

Mangel an Uhren

Die Versorgung des skandinavischen Marktes mit Taschenuhren, Reserveteilen und in kleinerem Ausmaß auch mit Wanduhren, Weckern usw. ist unverändert knapp, weil die Einfuhr bisher nicht in dem an und für sich wünschenswerten Umfang erhöht werden konnte, wurde auf dem Jahreskongreß des Skandinaviska Urmakarförbundet (Skandinavischer Uhrmacherverband) in Stockholm erklärt. Der Grund dafür liegt in handelspolitischen Schwierigkeiten, ein sehr großer Teil des Uhrenimports könne nur in Hartwährungsländern gedeckt werden. Im besonderen gilt das für Taschen- und Armbanduhren. Die knappe Versorgung habe zu einem weitverbreiteten Schmuggel geführt, hieß es weiter. Der Verband hoffe indessen, daß nach Ausdehnung der Freilisten auf die Schweiz, Westdeutschland und Belgien zumindest für Schweden eine bessere Marktversorgung möglich wird.

Großer Elektroauftrag nach Tasmanien

Der schwedische Elektrokonzern ASEA (Allmänna Svenska Elektriska A/B) in Västeras hat einen bedeutenden Auftrag auf Generatorenausrüstung für die Kraftwerkstation Trevallyn erhalten, die der staatlichen „Hydro-Electric Commission" in Tasmanien gehört. Der Auftrag umfaßt drei vertikale Generatoren von je 25 000 kW, die Auftragssumme beträgt ca. 2,5 Mill. sKr., die Lieferung erfolgt erst ab 1953.

Werften für drei Jahre beschäftigt

Die drei großen schwedischen Werften in Gotenburg Eriksberg, Lindholmen und Götawerke haben zur Zeit Auftragsbestände, welche eine volle Beschäftigung noch für drei Jahre sicher stellen, erfährt VWD von maßgebender Seite. Es macht sich indessen bereits jetzt ein gewisser Mangel an Material, im besonderen gewalzten Blechen bemerkbar, so daß die Durchführung der Aufträge teilweise auf Schwierigkeiten stößt. Außerdem behindert der chronische Mangel an Facharbeitern die volle Ausnutzung der Kapazitäten. Es müßten mindestens 1500 Arbeiter neu eingestellt werden, wenn die Leistungsfähigkeit ganz in Anspruch genommen werden soll. Die Beschaffung einer für schwedische Verhältnisse so relativ großen Zahl von Arbeitern dürfte indessen als unmöglich anzusehen sein.

Neue Staatsanleihe

Im Spätherbst d. J. ist die Auflegung einer neuen schwedischen Staatsanleihe vorgesehen, erfährt VWD aus Finanzkreisen. Der staatliche Finanzbedarf befindet sich in anhaltendem Anstieg und kann nur auf dem Wege über eine Anleihe gedeckt werden. In Kürze soll ferner eine ältere Anleihe von 30 Mill. sKr. konvertiert werden.

Großer Telefonauftrag Venezuelas für Schweden

Der schwedische Telefonkonzern L. M. Ericsson hat mit der Regierung von Venezuela einen Zusatzauftrag über 5,2 Mill. Dollar (ca. 27 Mill. sKr.) abgeschlossen, erfährt VWD von unterrichteter Seite. Damit erhöhten sich die Gesamtkontrakte der schwedischen Gesellschaft für die Modernisierung und den Ausbau des Telefonnetzes in Venezuela auf 8 Mill. Dollar (ca. 41 Mill. sKr.).

Diskonterhöhung in Belgien

Die Erhöhung des belgischen Diskontsatzes von 3¼ auf 3¾% p. a. ist nach Ansicht gut unterrichteter Kreise als Maßnahme zur Bekämpfung der Hortungskäufe anzusehen. Diese Hortungskäufe, die in einem erheblichen Umfange rein spekulativen Charakter tragen, haben in den vergangenen Wochen sehr zur Verknappung in Belgien beigetragen.

Gleichzeitig mit der Erhöhung des innerbelgischen Diskontsatzes hat die belgische Nationalbank auch den für die Warenausfuhr in Anwendung kommenden Diskontsatz von 2½ auf 3% p. a. und den für die Wareneinfuhr geltendenen Satz von 3¼ auf 3¾ heraufgesetzt.

In den Zinssätzen für Leihgeld und Kontokorrent-Kredite gegen kurzfristige Schatzanweisungen von höchstens 120 Tagen, 8 Monaten oder zwölf Monaten Laufzeit sind keine Veränderungen eingetreten. Kontokorrent-Kredite gegen Schatzanweisungen von mehr als 12 Monaten Laufzeit sind in Zukunft jedoch mit 5½% anstatt bisher 5% zu verzinsen.

Wiedereinführung von Exportlizenzen in Belgien und Luxemburg

Die Wiedereinführung von Exportlizenzen für 50 Warengruppen mit Wirkung vom 11. September 1950 wurde von den Regierungen Belgiens und Luxemburgs beschlossen. Diese Maßnahme wurde ergriffen, um die Versorgung des Inlandsmarktes mit diesen Waren sicherzustellen. Exportlizenzen sollen u. a. für folgende Waren wiedereingeführt werden: Seife, Streichhölzer, Gummi, Leder, Öle und Fette, Eisen- und Stahlfertigwaren, sowie für eine große Anzahl von chemischen Erzeugnissen.

In Verfolg dieser Meldung werden nachstehend die von dieser Lizenzierung betroffenen 50 Warengruppen wiedergegeben (bei den vor den Positionen erwähnten Zahlen handelt es sich um Zoll-Tarif-Nummern): 103 Fischfette und Öle, 104 Lanolin und Knochenfett, 106 Ölsäuren, 107 oxydierte oder flüchtige Öle aller Art, 108 natürliche oder synthetische Fette, 109 Fettsäuren, 110 Glyzerin, 177 feuerbeständiger Ton und Kaolin, 216 andere chemische Elemente, anderweitig nicht genannt, 219 Schwefelsäure, 264 a „Persels", Perboral, 269 a Fuselöl, 284 Terpentinöl, 303 Kolophonium und Kumaro-Harz, 308 Mineralfarben, unbearbeitet, auch untereinander oder mit Streckmitteln gemischt (a) Bleiweiß, (b) Zinkoxyd (Zinkweiß und -grau), (d) Lithophon, (e) Titanweiß, (f) Bleioxyd, anderweitig nicht genannt, 320 Seifen, 346 Streichhölzer, 350 gegerbtes Leder von großen Tieren, 369 Gummi, Guttapercha und ihre Substituten, 370 Abfälle und Schnitzel aus Gummi, Guttapercha, Balata und ähnlichen Stoffen, sowie Altwaren aus Weichkautschuk, 372 Platten, Blätter und Bänder aus nichtvulkanisiertem Kautschuk, (b) Fäden aus Weichkautschuk mit Garnen aus Spinnstoffen überzogen, 378 Hartkautschuk in Stücken, Platten, Blättern oder Rohren; (a) Hartkautschuk, roh, unbearbeitet, 419 e, Zeitungspapier oder anderes Papier, in Naturfarbe, weiß oder farbig, anderweitig nicht genannt, 482 Kunstseidengarn für den Großhandel, 483 synthetische Textilfasern in Bündeln oder lose, 486 Kunstseidenabfall oder synthetische Textilfasern, gekämmt oder Streichgarn, 487 Abfälle von Kunstseidengarn oder synthetischen Textilfasern, nicht nur für den Einzelhandel bearbeitet, 493 Wolle, lose, 494 Pferdehaar, 496 Abfall von Wolle oder feinen Haaren, 497 Abfall von Pferdehaar und Grannen, auch in Mischung mit pflanzlichem Material, 500 Wolle oder Haar, gestrichen oder gekämmt, in Strängen, 502 Wollgarn, gekämmt, 503 aus feinem Haar hergestellte Garne, 504 Garn aus Wolle oder feinem Haar, 505 Garn aus Grannen oder Pferdehaar, auch in Mischung mit pflanzlichem Material, 522 einfaches Baumwollgarn, 523 doppeltes Baumwollgarn, 524 Baumwolltwist, 525 gemischtes Baumwollgarn, 541 Flachs, 544 Gewebe aus anderen pflanzlichen Spinnstoffen, anderweitig nicht genannt, unbearbeitet oder gekämmt, einschließlich Werg, 547 Jutegarn, 548 Garne aus anderen pflanzlichen Spinnstoffen, anderweitig nicht genannt, 549 Garne aus Flachs, Hanf und Jute und aus anderen pflanzlichen Spinnstoffen aus Position 544, 550 modisches Papiergarn, 641 Asbesterzeugnisse, 701 c Eisen- und Stahlbarren, gezogen oder kaltgewalzt, 708 b Eisen- und Stahlbänder, gezogen oder kaltgewalzt.

Immer noch Angstkäufe

In Luxemburg sind infolge der anhaltenden Hamsterpanik Streichhölzer, Waschseife und Waschpulver zu begehrten „Mangelartikeln" geworden. Infolge der Angstkäufe von Haushaltskohle in Belgien erwägt die belgische Regierung, die besseren Sorten Kohle wieder zu rationieren, wie vom Wirtschaftsministerium am Montag inoffiziell verlautete.

HOCHTIEF
VORM. GEBR. HELFMANN
HOCHTIEF
Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbauten
vorm. Gebr. Helfmann
FRANKFURT AM MAIN
Hochbau - Tiefbau - Brückenbau
Eisenbetonbau - Montagehäuser

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Industriegebiete in Sibirien

Die Ostwanderung der sowjetischen Industrie

Die Stalinschen Fünfjahrespläne haben die wirtschaftsgeographische Struktur des russischen Raumes gänzlich verändert. Im Zuge der planmäßigen Industrialisierung der Sowjetunion fand die systematische Verlagerung des Schwerpunkts des Wirtschaftspotentials der UdSSR aus dem Westen in den Osten statt.

Im Ergebnis wird der Osten der Sowjetunion, d. h. das Gebiet des Urals und die östlich davon liegenden Gebiete bereits im Jahrzehnt 1950/1960 das Schwergewicht der sowjetischen Wirtschaftskapazität ausmachen. Die „Kolonie" des Zaren-Reiches, „Sibirien" ist heute in wichtigen Teilen nicht mehr ein wirtschaftsfernes, industriell unentwickeltes Gebiet. Mit unerhörten Opfern und Anstrengungen sind im Osten der Sowjetunion mehrere Industriegebiete von einer Ausdehnung entstanden, die es der UdSSR ermöglichten, im zweiten Weltkrieg ihre Riesenarmeen zu bewaffnen und bisher vielfach unbekannte wirtschaftliche Kräfte zu entwickeln.

Während der Osten der Sowjetunion im Jahr 1926 nur 3 % der russischen Gesamtproduktion von Kohle, Eisen, Stahl und Erdöl lieferte, stieg dieser Anteil bis zum Jahre 1940 schon auf 28 %, um im laufenden Kalenderjahr (1950) bereits auf 44,5 % zu klettern. So lassen — selbst bei einer kritischen Würdigung — die oft verschlüsselten Zahlenangaben der Sowjetstatistik die sprunghaft steigende Bedeutung des Ostens innerhalb der Gesamtwirtschaft der Sowjetunion erkennen. Die Politik des Kremls macht dabei keinen Hehl daraus, daß die Industrialisierung Sibiriens nur ein Teilabschnitt eines weitreichenden Planes ist, nur einen Hebel zur wirtschaftlichen Erschließung und Durchdringung des ganzen asiatischen Raumes, darunter Chinas, Koreas usw. darstellt.

Man kann im sowjetischen Osten vier in schneller Entwicklung befindliche Industriegebiete unterscheiden. 1. d. i. Ural-Kusnezkgebiet (UKK), 2. das Industriegebiet am Baikalsee mit Irkutsk als Mittelpunkt, 3. das Industriegebiet am Amur (Schwerpunkt: Komsomolsk) und schließlich 4. das durch seine Bodenschätze (Kupfer, Erdöl u. a.) besonders wichtige Industriegebiet Kasachstans. Alle diese 4 neuen Industriegebiete tragen dazu bei, daß die vom sowjetischen Fünfjahresplan aufgestellten Produktionsziele von 250 Mill. t Kohle und 25 Mill. t Stahl in diesem Jahr, auch nach Auffassung kritischer ausländischer Sachverständiger, erreicht werden dürften.

Der frühere Chef der obersten staatlichen Planungsbehörde der Sowjetunion, Wosnessenski, hat, noch ehe er in der Versenkung verschwand, eine Schrift über „Die Kriegswirtschaft der UdSSR" veröffentlicht, die interessante Einblicke in den wehrwirtschaftlich bestimmten Industrialisierungsprozeß des Ostens der Sowjetunion vermittelt. Er betont, wie im zweiten Weltkrieg zur Sicherung der Rohstoffgrundlage eine forcierte Steigerung der Produktion von Eisen und Stahl, von Kohle und Erdöl, ferner ein Ausbau der Kupfer- und Aluminiumindustrie, in erster Linie im Ural-Kusnezkkombinat, ferner im Gebiet von Kasachstan stattfand. Es entstanden viele neue große Kraftwerke, um den Strombedarf der Hunderte aus dem Westen der UdSSR in den Osten verlagerten Panzer-, Munitions-, Maschinen-, Flugzeug- und Automobilwerke zu befriedigen. Um die bei der Ostwanderung der Industrie anfallenden großen Transportaufgaben zu meistern, wurde planmäßig die Leistungsfähigkeit des östlichen Eisenbahnnetzes gesteigert. Es wurde die Verkehrsdichte erhöht, die Gleisanlagen erweitert und neue Bahnlinien geschaffen, darunter der Bau der neuen südsibirischen Bahn vorangetrieben, die inzwischen den Jenissei erreicht hat.

Die bereits vor dem zweiten Weltkrieg eingeleitete Ostwanderung der Sowjetindustrie erhielt durch den Krieg und die Spannungen der Nachkriegsjahre immer neue Impulse. Nach sowjetischen Angaben wurden allein im Herbst 1941 mehr als 1350 Industriebetriebe, vor allem aus der Ukraine nach dem Osten verlagert. Von diesen Betrieben wurden 455 im Ural, 210 in Westsibirien, in erster Linie im Raum des Kusnezker Kohlenbeckens und 250 in Kasachstan neu angesetzt. In den 3 Kriegsjahren 1942, 1943 und 1944 sind in den Ostgebieten der UdSSR — nach sowjetischen Angaben — rund 2250 große Industriebetriebe neu aufgebaut bzw. in Betrieb genommen worden. Der relativ schnelle Wiederaufbau der verlagerten Industriebetriebe wurde wesentlich durch den Umstand gefördert, daß die wehrwirtschaftlich ausgerichtete sowjetische Fünfjahresplanung die festen Grundlagen für eine Industrialisierung bereits geschaffen hatte. Wenn auch die Unterbringung der verlagerten Arbeitskräfte oft außerordentlich primitiv war und die Wohnungsnot in den rund 300 neuen Industriestädten, die in den Jahren 1926—1941 entstanden sind, auch heute noch nicht überwunden ist, so war doch die Rohstoffgrundlage in der Regel vorhanden.

Obgleich mit der Evakuierungswelle schätzungsweise 15 Millionen Arbeitskräfte nach Sibirien kamen, ist das Arbeitskräfteproblem noch immer das brennendste für die im Osten der Sowjetunion entstandene Industrie. Der Osten der Sowjetunion ist relativ dünn bevölkert. Daher hat die Sowjetregierung u. a. in den Kriegs- und Nachkriegsjahren zu Hunderttausenden deutsche und japanische Kriegsgefangene und eigene Zivilgefangene in der Industrie der Ostgebiete eingesetzt. Die Meldungen der amerikanischen Presse über einen starken Einsatz chinesischer Arbeitskräfte in der sibirischen Industrie scheinen, besonders im Ergebnis des bekannten Bündnisvertrages zwischen Mao und Stalin — durchaus glaubwürdig.

Vor dem zweiten Weltkrieg hat die Sowjetunion beim Aufbau der Industrie der Ostgebiete bis 1933 auch deutsche, später vor allem amerikanische Hilfe herangezogen. Der Wert der amerikanischen Lieferungen allein auf Grund des Pacht- und Leihvertrages für die Industrie des sowjetischen Ostens wird von Sachverständigen auf rund 2 Milliarden Dollar geschätzt. Heute liefert die sibirische Industrie, wenn auch im begrenzten Umfang, bereits nach Rotchina, Korea und die Äußere Mongolei!

Der Leitgedanke des Ural-Kusnezkkombinats ist eine Verbindung der erzreichen, relativ kohlenarmen Urals mit den auf 450 Milliarden t geschätzten Kohlenvorkommen des Kusnezkbeckens. Durch einen streckenweise bereits elektrifizierten Pendelverkehr (über 2000 km!) des Uralerzes zur westsibirischen Kohle und umgekehrt werden die Hochöfen-Giganten besonders in Magnitogorsk im Ural und Stalinsk im Susnezkbecken gespeist. Weitere industrielle Schwerpunkte dieses Kombinats sind u. a. Swerdlowsk, Zlatoust, Tscheljabinsk, Nischnij-Tagil, Krasnouralsk im Westen und Nowosibirsk und Kemerowo im Osten.

Das Industriegebiet am Baikalsee birgt wertvolle Kohle- und Erzvorkommen, darunter Kupfer, Zinn und Wolfram. Besondere Beachtung verdienen die vier gewaltigen Kraftwerke, die an dem vom Baikalsee gespeisten Angarafluß entstanden sind. Sie haben ausländische Beobachter zu der Vermutung veranlaßt, daß hier einer der wichtigsten Standorte der sowjetischen Atomindustrie zu suchen sei.

Das Industriegebiet am Amur ist durch den Koreakonflikt in den Brennpunkt der Aufmerksamkeit gerückt. Hier liegen standortlich günstig gelagert, wertvolle, industriell bereits erschlossene Eisen-, Kohle-, Kupfer-, Gold-, Silber-, Blei- und Zinnvorkommen. In Sachalin und im Gebiet von Chabarowsk ist auch Erdöl vorhanden. Der Umfang der nur zum Teil erschlossenen Kohlenvorkommen wird auf 1,2 Milliarden t geschätzt.

Die Sowjetunion setzt sehr große Erwartungen auf die industrielle Entwicklung Kasachstans, das im Kohlenbecken von Karaganda und den reichen Kupfergruben im Gebiet des Balchaschsees mit seinen Buntmetallvorkommen bereits einen ins Gewicht fallenden Beitrag zur Rohstoffversorgung der Sowjetunion liefert.

Handel der Tschechei passiv

Die Tschechoslowakei importierte im August Waren im Werte von 2,96 Mrd. kcs (Juli: 3,1) und exportierte für 2,36 Mrd. kcs (2,9). Es ergibt sich somit ein Passivsaldo von 0,6 Mrd. kcs gegenüber 0,2 Mrd. kcs im Vormonat. In den ersten 8 Monaten dieses Jahres erreichte die Einfuhr einen Wert von 22,89 Mrd. kcs, während die Ausfuhr 22,81 Mrd. betrug. Der Ausfuhrüberschuß stellt sich somit auf 70 Mill. kcs.

Rotchinesischer Außenhandel wird über Privathandel abgewickelt

Der größte Teil des Außenhandels des kommunistischen Chinas wird nach einer Meldung von Radio Peking weiterhin über den privaten Handel abgewickelt werden. Die Regierung wird jedoch den Handel mit gewissen Metallerzen und Schweineborsten monopolisieren und außerdem bis zu einem gewissen Grade den Handel mit „wichtigen Warenarten" übernehmen.

Starker Rückgang des britischen Einfuhrüberschusses

Mit 180,3 Mill. Pfund Sterling erreichte die britische Ausfuhr im Aug. einen neuen Höchststand, wie aus den vorläufigen vom Handelsamt bekanntgegebenen Ziffern hervorgeht. Sie liegt um 19,9 Mill. Pfund Sterling höher als der Monatsdurchschnitt für das 2. Vierteljahr 1950. Bei einem Import von 214,8 Mill. Pfund Sterling (Juni: 225,3) und eine Wiederausfuhr von 7,4 Mill. Pfund Sterling, ergibt sich ein Einfuhrüberschuß von nur 18,1 Mill. Pfund Sterling, das ist der niedrigste Passivsaldo seit Februar 1949.

Frankreichs Außenhandel leicht passiv

Der französische Außenhandel brachte im August wieder einen leichten Einfuhrüberschuß von 10,39 Mrd. ffrs, nachdem er im Juli einen Ausfuhrüberschuß von rund 1,0 Mrd. ffrs erreicht hatte. Dies ist hauptsächlich auf einen Rückgang der Ausfuhr auf 49,24 Mrd. ffrs gegenüber 53,10 Mrd. ffrs im Juli zurückzuführen. Die Importe zeigten im August eine leichte Erhöhung und betrugen 59,63 Mrd. ffrs im Vergleich zu 52,12 Mrd. ffrs im Juli. — Der Exportrückgang wird mit der Urlaubszeit in vielen Exportindustrien begründet. Vor allem in der Motorenindustrie sind die Ausfuhren auf 1,65 Mrd. ffrs gegenüber 2,95 Mrd. ffrs im Juli zurückgegangen. Auch die Ausfuhr an Metallen zeigt eine rückläufige Tendenz, was auf einen stärkeren Bedarf im Inland zurückzuführen ist. Dagegen hat der Export von Textilwaren zugenommen, und zwar betrug er 10,44 Mrd. ffrs im Vergleich zu 9,99 Mrd. ffrs im Vormonat.

In den ersten 8 Monaten dieses Jahres erreichte die Einfuhr einen Gesamtwert von 521,11 Mrd. ffrs, während die Ausfuhr 402,00 Mrd. ffrs ausmachte. Es ergibt sich somit für die ersten 8 Monate 1950 ein Einfuhrüberschuß von 119,11 Mrd. ffrs gegenüber 172,56 Mrd. ffrs im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Südafrika erhöht Einfuhrzölle

Die südafrikanische Regierung hat eine Erhöhung der Zölle für die Einfuhr von verschiedenen Waren, hauptsächlich Textilien, mit Wirkung vom 23. August 1950 verfügt. Nur die Einfuhr aus den folgenden Ländern ist von dieser Zollerhöhung ausgeschlossen: Großbritannien und Nordirland, seine Kolonien, Protektorate und Mandate, USA, Australien, Kanada, Belgien, Luxemburg, die Französische Union mit Ausnahme von Französisch-Marokko, Irland, die Niederlande, Neuseeland, Schweden, die Schweiz, Angola, Argentinien, Brasilien, Burma, Ceylon, Chile, Kolumbien, Costarica, Kuba, Tschechoslowakei, Dänemark, Dominikanische Republik, Ägypten, Finnland, Griechenland, Haiti, Italien, Jordanien, Libanon, Liberia, Marokko, Mozambique, Nicaragua, Norwegen, Nord- und Südrhodesien, Syrien und Venezuela.

Die Zollerhöhung findet auf die Einfuhr der folgenden Waren Anwendung: Kaffir-Tücher, Kleider, bestimmte Typen von Strickkleidern, nicht gezwirntes Baumwollgarn zur Verspinnung, Wollgarne, neue Hüte, Strümpfe, Mode- und Kurzwaren, Stückgüter aus Baumwolle, Kunstseide und Wolle, Garne zum Nähen, Stricken, Sticken und Häkeln usw., Strickwolle, andere Baumwollgarne, Glaswaren, Zitronensäure, Weinsäure, Perlen. Die Zollerhöhung wird sich vor allem auf Importe aus Japan auswirken.

Die Schweiz erwägt wieder Preiskontrolle

Der Konjunktur-Auftrieb, in den die schweizerische Wirtschaft seit den Ereignissen in Korea eingetreten ist, hat die Frage akut werden lassen, ob die Schweiz die staatliche Preiskontrolle, deren Reste erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit abgebaut worden waren, wieder in Kraft setzen solle. Rein technisch wäre das kein großes Problem, da der Apparat der Preiskontrollstelle nie aufgehoben worden ist. Aus Kreisen der Arbeitnehmer und Verbraucher-Organisationen wird die Preiskontrolle als Schutz gegen eine schnelle Erhöhung der Lebenshaltungskosten vielfach schon wieder gefordert. Industrie- und Großhandel widersetzen sich diesem Begehren. Das Organ der Vereinigung des schweizerischen Import- und Großhandels macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß die Preisbewegung der wichtigsten Lebensmittel ohnehin noch unter staatlicher Kontrolle steht und daß bisher auf keinem Gebiet eine Versorgungslücke oder ein wirklicher Warenmangel aufgetreten sei. Würde es zu einer Wiedereinführung der Preiskontrolle auf größeren Gebieten des Wirtschaftslebens kommen, müßten, so wird weiter angeführt, auch wieder Vorkehrungen für einen gewissen Lohnstopp getroffen werden. Besprechungen in dieser Hinsicht haben zwischen den wirtschaftlichen Spitzenverbänden zwar stattgefunden, vorläufig aber zu keinem bestimmten Resultat geführt.

Schweizer Einfuhr aus Deutschland auf bisher höchstem Stand

Die Schweizer Einfuhr aus Deutschland erreichte im August mit 50,9 Mill. sfrs den bisher höchsten Stand und liegt damit noch 8,7 Mill. sfrs über dem schon ausnahmsweise hohen Einfuhrwert im Juli. Die Einfuhrziffern des August 1949 wurden im August dieses Jahres sogar verdoppelt. Von den 50,9 Mill. sfrs entfallen höchstens 1—1,5 Mill. sfrs auf die deutsche Ostzone. Die Einfuhrerhöhung verteilt sich auf alle Branchen, wobei jedoch die Einfuhr von Kohlen, Koks und Briketts mit 10,3 Mill. sfrs den höchsten Anteil hat (8,6 Mill. sfrs im August 1949).

Besonders günstig haben, wie schon in den letzten Monaten, Maschinen (8,0 Mill. sfrs) und Fahrzeuge (4,8 Mill. sfrs) abgeschnitten. Der Import von Eisenhalbfabrikaten und Eisenwaren betrug 5,7 Mill. sfrs, während sich die Einfuhr von Chemikalien und Pharmazeutika auf 7,3 Mill. sfrs und die von Farbwaren auf 1,5 Mill. sfrs stellte. Auch bei Lederwaren, Holzwaren, Papierwaren und Kautschuk sind beträchtliche Umsatzsteigerungen zu verzeichnen. Die Umsätze auf dem Textilsektor haben sich gegenüber dem August 1949 fast verdoppelt. Zweifellos stellt die seit dem Korea-Konflikt eingetretene Änderung der allgemeinen Konjunkturlage in der Schweiz, die zu einer starken Steigerung der schweizerischen Einfuhr geführt hat, die Hauptursache für diese Umsatzsteigerung dar. Man wird jedoch aus den ungewöhnlich guten August-Ergebnissen keine zu weitgehenden Schlüsse ziehen dürfen, zumal die Schweizer Importeure in den letzten Wochen bei ihren Aufträgen in verschiedenen Artikeln bereits auf Lieferschwierigkeiten oder auf wesentlich längere Lieferfristen gestoßen sind. Das gleiche gilt auch für die Rangordnung der westdeutschen Lieferungen im Rahmen der Schweizer Gesamteinfuhr. Deutschland steht im August an der Spitze der Lieferländer der Schweiz und hat sogar die Schweizer Bezüge aus den USA übertrumpft.

Notenkurse in Zürich am 15. 9. 1950

1 $ USA	4.28 /	4.30
1 £ England	10.90 /	11.—
100 ffr Frankreich	1.15 /	1.17
100 bfrs Belgien	8.63 /	8.65
100 hfl Holland	105.— /	106.—
100 skr Schweden	65.50 /	66.50
100 nkr Norwegen	43.— /	45.—
100 dkr Dänemark	44.— /	45.—
100 Lire Italien	0.65 /	0.67½
100 Escudos Portugal	14.70 /	14.90
100 skr Tschechoslowakei	1.— /	1.30
100 arg. Pesos Argentinien	33.— /	35.—
100 türk. £ Türkei	1.— /	1.10
100 österr. Schilling Österr.	14.40 /	14.75
1 israel. £ Israel	3.25 /	4.—
100 DM Deutschland	**79.50 /**	**81.—**

Produktion der Philippinen steigt

Exportkapazität soll erhöht werden

Die Produktion auf den Philippinen nähert sich bereits dem Vorkriegsstand und überschreitet sie auf manchen Gebieten. Die Reiserzeugung liegt z. B. bereits 10 Prozent über dem besten Vorkriegsjahr, jedoch reicht sie noch nicht zur Deckung des Bedarfs für die wachsende Bevölkerung aus. Gegenwärtig fehlen hierzu etwa 8 Prozent, die bis zum Jahre 1954 ebenfalls durch eigene Erzeugung gedeckt werden sollen. Nachdem die Kopra-Produktion in den Jahren 1946 und 1947 jeweils etwa 1 Mill. t erreicht hatte, ist 1949 infolge verheerender Taifune ein Rückgang auf 700 000 t erfolgt, was etwas unter dem besten Vorkriegsjahr liegt, in dem die Erzeugung 730 000 t betrug. Der Ananas-Export hatte im Jahr 1949 einen Wert von 11,8 Mill. Pesos, was doppelt soviel ist als im besten Vorkriegsjahr. Im Jahre 1950 wird eine weitere Erhöhung des Exports auf 24 Mill. Pesos erwartet. Die Maiserzeugung betrug 600 000 t in diesem Jahr gegenüber 534 000 t im Vorkriegsdurchschnitt. Die Zuckerproduktion hat noch nicht das gesteckte Ziel erreicht. Das Jahr 1950 brachte eine Produktion von 687 000 tons, von den 450 000 tons exportiert wurden. Ende des Landwirtschaftsjahres 1950/51 hofft man, die Vorkriegserzeugung von 1 Mill. tons bereits überschreiten zu können. Im Laufe des Krieges war das meiste Tabakland auf Lebensmittelproduktion umgestellt worden und die Zigarrenfabriken waren zerstört. Ende des Wirtschaftsjahres 1949/50 hat die Tabakernte aber doch bereits wieder 26,9 Mill. lbs erreicht gegenüber 36,4 Mill. lbs im Erntejahr 1939/40. Die Schätzung für 1950/51 beträgt 32,0 Mill. lbs. Am weitesten zurück ist noch die Erzeugung von Manila-Hanf und Abaka, die jetzt im 6. Jahre nach Kriegsende erst etwa die Hälfte des Vorkriegsdurchschnittes von 1,3 Mill. Ballen erreicht hat. Auch die Mineralproduktion ist noch verhältnismäßig zurück. Die Goldproduktion beträgt erst ein Drittel des Vorkriegsstandes, die Kupferproduktion weniger als 30 Prozent, die Erzproduktion dürfte wahrscheinlich in diesem Jahr auf 30 Prozent des Jahres 1940 kommen. Lediglich die Chromerzproduktion war mit 253 000 t in diesem Jahre wesentlich höher als vor dem Kriege, wo sie 190 000 t betragen hat.

Der Schwerpunkt des philippinischen Außenhandels lag in den ersten Nachkriegsjahren recht einseitig auf der Einfuhr. Auch im Jahre 1949 war die Handelsbilanz mit 622 Mill. Pesos negativ. Bis jetzt wurden die Handelsbilanzdefizite durch den Kriegsschädenfonds und die Wiederaufbauhilfe der Regierung der Vereinigten Staaten gedeckt. Diese Fonds sind jetzt wesentlich herabgesetzt worden und um eine Krise zu verhindern, wurden Einfuhr und Ausfuhr einer Kontrolle unterworfen. Der Erfolg dieser Maßnahme tritt in einem Rückgang der Einfuhr von 1134 Mill. Pesos im Jahre 1949 auf 378 Mill. Pesos im 1. Halbjahr 1950 zutage. Die Ausfuhr erhöhte sich im gleichen Zeitraum um etwa 10 Prozent, so daß eine Schrumpfung des Außenhandelsdefizit auf 96 Mill. Pesos erreicht werden konnte.

Die Regierung der Philippinen sieht es aber immer noch als eine ihrer Hauptaufgaben an, den Außenhandel ganz ins Gleichgewicht zu bringen und durch Erhöhung der Produktion die Exportkapazität zu steigern. Dem steht ein Defizit des Staatshaushalts in Höhe von 400 Mill. Pesos im Wege. Die Lösung dieses Problems liegt weitgehend in den Händen einer Wirtschaftsabordnung der US-Regierung (Bell Mission), die gerade nach sechswöchiger Prüfung der wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten des Landes einen Bericht mit Empfehlungen ausarbeitet. In offiziellen und Wirtschaftskreisen hofft man, daß die Wirtschaftsabordnung dem amerikanischen Kongreß die Gewährung einer Anleihe oder ausreichender Subventionen empfehlen wird.

Auslandsbörsen

Nach offiziellen Erklärungen ist damit zu rechnen, daß das Abkommen über die Europäische Zahlungsunion in der nächsten Woche, voraussichtlich am 19. September, in Paris unterzeichnet wird. Die ECA hat durchblicken lassen, daß sie der Zahlungsunion 350 Mill. Dollar als Kapitaleinlage zur Verfügung stellen werde. Durch diese Sicherung des Operationsfonds ist der wichtigste Engpaß, dem sich diese Währungsunion der europäischen Marshallplanländer gegenüber sah, beseitigt. Wie verlautet, wird die Unterzeichnung unverzüglich erfolgen, sobald die Türkei zu dem Entschluß der ECA Stellung genommen hat. Der Verwaltungsrat der Europäischen Zahlungsunion ist wie gleichfalls von offizieller Seite verlautet, noch nicht gewählt worden. Er dürfte sich jedoch aus Vertretern Frankreichs, Großbritanniens, der Niederlande, Italiens, Dänemarks, der Schweiz und Westdeutschlands zusammensetzen.

Auch die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in den Internationalen Währungsfonds wird, wie man in Paris annimmt, innerhalb der nächsten 8 Monate erfolgen. Auf der 5. Jahresversammlung des IWF und der Weltbank wurde die Mitgliedschaft der Bundesrepublik bereits in informellen Gesprächen erörtert, obwohl sie die Aufnahme bisher nicht beantragt hat. Das wesentliche Ergebnis der Tagung ist, die bisherige Goldpreispolitik weiterhin zu verfolgen und den offiziellen Goldpreis von 35 Dollar je Feinunze nicht zu verändern. Diese Haltung kam bereits in dem Jahresbericht des IWF zum Ausdruck, in dem die Forderung der Südafrikanischen Union, den Goldpreis zu erhöhen und die Hälfte ihrer Goldgewinnung an den freien Märkten zu höheren Preisen verkaufen zu dürfen, zurückgewiesen wurde. Allerdings darf nicht verkannt werden, daß sich die Gegensätze unter den 49 Mitgliedsstaaten des Internationalen Währungsfonds in dieser Frage vertieft haben, wozu der Korea-Konflikt und die damit verbundene Aufrüstung der westlichen Welt beitrugen. Vielfach vertritt man die Ansicht, daß die Durchführung der einzelnen Rüstungsprogramme zwangsläufig eine Veränderung des Goldpreises zur Folge haben werde. Schließlich darf auch nicht übersehen werden, daß eine Goldpreiserhöhung der inflatorischen Entwicklung in den Vereinigten Staaten durchaus entsprechen würde. So haben sich insbesondere Frankreich und Belgien im Gegensatz zu ihrer früheren Haltung gegen eine Fortsetzung der bisherigen Goldpreispolitik ausgesprochen. Frankreich forderte ferner eine Kontrolle der inflationistischen Tendenzen, der Preise und der internationalen Devisenmärkte. Der Kampf um Frieden und Freiheit verliere weitgehend seinen Sinn, wenn die soziale Gerechtigkeit hierdurch beeinträchtigt würde, erklärte der französische Vertreter im Direktorium der Weltbank, Pierre Mendes-France, in diesem Zusammenhang. Die größte Gefahr läge in dem bewußten oder unbewußten Versuch, die Aufrüstung dadurch finanzieren zu wollen, daß die Notenpresse in Bewegung gesetzt wird.

Die Verfahrensausschüsse der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds setzen sich aus Vertretern folgender 12 Nationen zusammen: Österreich, Belgien, Kanada, Chile, China, Kuba, Frankreich, Indien, Italien, Pakistan, Großbritannien und USA. Der Vorsitzende, stellvertretende Vorsitzende und das berichterstattende Mitglied eines jeden Verfahrensausschusses werden von Kanada, Italien und Kuba gestellt. Die nächste Jahresversammlung wird in Washington abgehalten.

PARIS: fest

Bei lebhafter Geschäftstätigkeit setzte sich an der Pariser Effektenbörse in der letzten Berichtswoche eine kräftige Festigung durch. Die Meldungen vom Kriegsschauplatz in Korea boten neben den Berichten aus der heimischen Wirtschaft in erster Linie Anregung. Vorübergehend erfolgten zahlreiche Gewinnmitnahmen, die jedoch an der festen Grundtendenz nichts zu ändern vermochten. Stark gefragt waren amerikanische Eisenbahnaktien, jedoch war auch in heimischen Rüstungswerten die Kauflust rege. Außerdem fanden Goldminenaktien, Kautschuk- und Ölanteile starkes Interesse. Am Markt der Auslandsanleihen lagen in japanischen Bonds teilweise zur Kaufaufträge vor, wofür Gerüchte über eine Einführung der japanischen Anleihen an der New Yorker Börse maßgebend waren. Argentinische Werte wurden durch Meldungen aus Buenos Aires entscheidend beeinflußt, denen zufolge zwischen der französischen und argentinischen Regierung die Frage des Zinsentransfers aus Kapitalinvestitionen in Argentinien geregelt worden ist. Eine Sonderbewegung wiesen ferner Suezkanal-Aktien auf, die nunmehr einen Kursstand von 90 000 erreicht haben. Zu erwähnen ist ferner die feste Verfassung der deutschen Anleihen. Französische Renten hatten überwiegend ruhiges Geschäft und wiesen keine einheitliche Kursentwicklung auf.

	15. 9. 50	8. 9. 50
3%ige Ewige Rente	5 730	5 740
Credit Lyonnais	1 580	1 565
Caoutchouc-Indochine	555	530
Kuhlmann	1 495	1 376
Schneider Creusot	6 650	6 575
Canadian Pacific	6 885	6 300
Shell	2750	2 600
De Beers	3 265	2 395
Rio Tinto	17 300	17 100
Suez-Kanal	90 000	88 750

SCHWEIZ: fest

Die Schweizer Börsen, die am 11. September geschlossen waren, erzielten gegenüber dem vergangenen Berichtsabschnitt bedeutende Kurssteigerungen. Das Geschäft war lebhaft und konzentrierte sich in der Hauptsache auf amerikanische Eisenbahnwerte, in denen auch größere Posten auf Termin gekauft wurden. Auch Bankaktien waren rege gefragt und wurden erheblich höher bewertet, jedoch machte sich in diesen Werten später stärkere Realisationsneigung geltend. Die günstige Dividendenerklärung bei Elektrowatt — es wurden 8 gegenüber 4½ im Vorjahr ausgeschüttet — führte zu einer weiteren Kurssteigerung, jedoch schien die Ausschüttung durch die kürzliche Festigkeit dieses Titels zum Teil bereits eskomptiert zu sein. Auch Trust- und Industriepapiere standen mit im Vordergrunde. Die in Kürze zu erwartende Unterzeichnung des Abkommens über die europäische Zahlungsunion und die Ausführungen des Bundespräsidenten Petitpierre anläßlich des offiziellen Tages der Comptoir Suisse über die Notwendigkeit einer internationalen Zusammenarbeit, waren die Hauptstimmungsfaktoren.

	15. 9. 50	8. 9. 50
3½proz. Young-Anleihe	16.90	14½ G
3½proz. Albbruck-Dogern	101¾	101⅝
Conti-Linoleum-Union	217	212 G
Elektrowatt	731	719
Interhandel	881	893
Brown Boveria	915	900
Ciba	2 235	2 235 G
Nestle	1 438	1 415
Licht und Kraft	39½	39½ G
AEG	33¼	33½

(G = Geld)

LONDON: sehr fest

Lebhafte Umsätze kennzeichneten auch den Verlauf der Londoner Effektenbörse während des letzten Berichtsabschnitts. Die Makler berichten über eine regere Beteiligung des Publikums am Geschäft, durch die innerhalb eines Börsentages 9000 Umsätze offiziell registriert wurden, womit die höchste Zahl seit Beginn des Korea-Konflikts erreicht wurde. Obwohl am Schluß der Berichtswoche die Unternehmungslust nachließ, war kursmäßig kein nennenswerter Rückschlag zu verzeichnen. Die Hausse-Bewegung wurde durch die Ankündigung einer Verstaatlichung der britischen Stahlindustrie zum 1. Januar 1951, die einen Mißtrauensantrag Winston Churchills zur Folge hatte, unterbrochen. Über den Antrag wird am 18. September abgestimmt, so daß es bei der geringen Mehrheit der Labourregierung möglicherweise zu Neuwahlen kommen kann. Man hatte erwartet, daß die Verstaatlichung im Hinblick auf die weltpolitischen Spannungen zurückgestellt werden würde. Durch sehr feste Verfassung fielen deutsche Bonds auf. Der nordamerikanische Vorschlag, westdeutsche Truppen an einer europäischen Armee zu beteiligen, gab zu spekulativen Käufen Veranlassung. Britische Staatspapiere unterlagen mehrfachen Schwankungen, wiesen aber gleichfalls eine feste Grundstimmung auf. Südafrikanische Goldminen wurden höher bewertet, obwohl der Internationale Währungsfonds die bisherige Goldpreispolitik beibehalten wird. Auch australische Minenanteile fanden stärkere Beachtung, wofür Gerüchte über eine Aufwertung des australischen Pfundes ursächlich waren. Von Diamantenaktien gaben De Beers Consolidated Mines zum Wochenschluß auf 49/3 nach, da die Beibehaltung einer Interimsdividende von 38⅓ enttäuschte.

	15. 9. 50	8. 9. 50
5½proz. Canada	71½	71½
7proz. Dawes-Anleihe	21	17¼
5½proz. Young-Anleihe	18	13¼
7proz. Deutsche Kali-Anleihe	62	59
6½proz. Deutsche Kalianleihe	59¼	56
Rio Tinto	17½	17⅛
Royal Dutch	23¼	23⅛
Anglo Iranian	130/—	114/4½
Courtaulds	38/7½	38/4½
Imperial Chemicals	42/9	42/7½
Reuters Index für		
Goldgeränderte	93,4	93,4
Industriewerte	130,0	130,2
Kaffirwerte	109,5	104,7

NEW YORK: sehr fest

Günstige Gesellschaftsabschlüsse, die Verschärfung der inflationistischen Tendenzen und insbesondere die Entwicklung auf dem Kriegsschauplatz in Korea waren für die New Yorker Effektenbörse die Hauptstimmungsmomente. Demgegenüber traten die Befürchtungen über Bewirtschaftungsmaßnahmen und Steuererhöhungen zur Zeit in den Hintergrund. Die Landung der UN-Streitkräfte hinter der Front der Nordkoreaner gab zu zahlreichen Erwägungen über die möglichen Auswirkungen dieser Entwicklung auf die geplanten Industriekontrollen Veranlassung. Das Geschäft war während der Berichtswoche durchweg lebhaft, teilweise wechselten bedeutende Aktienpakete ihren Besitzer. Vorübergehende Rückschläge wurden von den Maklern als normale Kurskorrekturen auf die vorangegangenen Steigerungen bezeichnet. Bedeutende Kursgewinne erzielten Eisenbahnwerte, durch die sich der Durchschnittskurs für 20 Eisenbahnaktien dem Höchststand des Jahres 1931 näherte. In Börsenkreisen ist man der Auffassung, daß die Hausse-Bewegung der Börse noch keineswegs zum Abschluß gekommen ist, was naturgemäß gelegentliche Rückschläge nicht ausschließe.

	15. 9. 50	8. 9. 50
Durchschnittskurse für:		
30 Industriewerte	225,85	220,93
20 Eisenbahnwerte	66,74	64,29
40 Industrieanleihen	102,12	102,13
15 Versorgungsbetriebe	39,21	38,87
Moodys Index	475,1	477,1

Hier abtrennen und einsenden:

An den

Karlsruher Wirtschaftsverlag GmbH
Karlsruhe i. B., Veilchenstraße 35

Probe-Bezug

Senden Sie mir die „Wirtschaftsrevue" kostenlos einen Monat zur Probe.

Name

Ort

Straße und Hausnummer

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Welt-Warenmärkte

Grundtendenz: weiter fest

Bei Wolle und Kautschuk scheint der Höhepunkt erreicht — Baumwolle, Metalle, Kaffee und Kakao weiter fest Getreide, Öle und Fette schwächer

Bei im allgemeinen stetiger bis fester Tendenz hat sich der Preisstand an den internationalen Rohstoffmärkten in der Woche zum 14. September wieder leicht gehoben.

Getreide

An der Chikagoer Getreidebörse notierte Weizen, September-Kontrakt am 14. September 222¾ cts je Bushel, gegenüber 222¼ am 7. 9. Mais 155¼, gegenüber 154⅛ und Hafer 81 gegenüber 79¾ cts je Bushel. Die Notierungen unterlagen verhältnismäßig geringen Schwankungen; die Tendenz war zumeist stetig. Das Ausfuhrgeschäft hat sich kaum belebt. Einige größere Abschlüsse in Weizen kamen für mexikanische Rechnung zustande. Die Preisgestaltung berücksichtigte in den letzten Tagen wieder mehr die Wetterlage in den nordamerikanischen und kanadischen Anbaugebieten, die zur Zeit unter einer Kältewelle leiden. Die Befürchtungen, daß sich die Frostperiode in Kanada und zwar insbesondere in der wichtigen Provinz Saskatchewan im August dieses Jahres in einer Ertragsminderung um 60 bis 100 Mill. Bushel Weizen auswirken würde, haben sich nicht bestätigt. Die am 14. September veröffentlichte amtliche kanadische Ernteschätzung veranschlagt den Ertrag bei Weizen immer noch auf 480 Mill. Bushel, das sind rund 130 Mill. Bushel mehr als im Vorjahre. Da gleichzeitig die nordamerikanische Weizenerwartung um rund 18 Mill. Bushel heraufgesetzt wurde, werden die Weizenernten der beiden Länder des nordamerikanischen Kontinents in Höhe von rund 1,5 Mrd. Bushel annähernd das gleiche Ergebnis wie im Vorjahre bringen.

Doch darf man bei einer Bewertung der kanadischen Ernteschätzung, — die Bedeutung Kanadas zur Versorgung der Welt mit Weizen ist unbestritten, — nicht bei einem rein zahlenmäßigen Vergleich stehen bleiben. Das ungünstige Wetter im August und im September dieses Jahres hat nicht nur eine Ertragsminderung zur Folge gehabt, sondern, und das scheint uns vielleicht von noch größerer Bedeutung zu sein, auch die Qualität hat außerordentlich stark gelitten. Nach einer Erklärung des Leiters des kanadischen Weizenamtes, die nach der Ertragsschätzung vom 15. September abgegeben wurde, wird die kanadische Weizenernte in diesem Jahre von sehr schlechter Qualität sein. Fachleute behaupten sogar, sie wird die schlechteste der 15 Jahre sein, und man wird sie zum Teil nur als Futtergetreide verwenden können. Man mag diese Angaben so hinnehmen wie sie gemeint sind. Aber aus Erfahrung weiß man, daß solche Erklärungen immer „cum grano salis" gelten. Angesichts der wahrscheinlich sehr beachtlichen Unausgeglichenheit zwischen Angebot und Nachfrage am Weltweizenausfuhrmarkt wird selbst durch eine erhebliche Qualitätsverschlechterung die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß Kanada seine Überschüsse nur mit Schwierigkeiten wird unterbringen können.

Eine führende Getreidehandelsfirma des Londoner Platzes veranschlagt nach der kanadischen Ernteschätzung den Weltausfuhrüberschuß in Weizen für das laufende Wirtschaftsjahr auf 1,236 Mrd. Bushel, dem bestenfalls eine Abnahme durch Einfuhren von 740 Mill. Bushel gegenübersteht. Unter diesen Umständen gewinnt die Entwicklung der Preise eine besondere Bedeutung. Vielleicht sind in den verschiedenen Preiskorrekturen der Kanadier für Nicht-IWA-Weizen der letzten Wochen und in der Erklärung, Weizencharter für Verschiffungen nach Großbritannien in Zukunft am freien Markt auszuhandeln, schon gewisse Symptome für die Zukunft zu erblicken. In Argentinien machen die Weizen- und Leinsaatkulturen nach den kürzlichen allgemeinen Regenfällen gute Fortschritte. Viele Farmer haben infolgedessen, und zwar insbesondere im westlichen und im südlichen Buenos Aires, zusätzlich Weizen ausgesät. Auch Sonnenblumen wurden in größerem Umfange angebaut als im Vorjahr und man rechnet mit einem erheblich höheren Ertrag. Die Bodenvorbereitung für die Maisaussaat ist in den nördlichen Provinzen sowie im Nordwesten und Westen von Buenos Aires in vollem Gange. Die Bodenfeuchtigkeit wird als ausreichend bezeichnet. Auslandsverkäufe in Getreide kamen in der Berichtszeit nicht zustande.

Getreidenotierungen

Weizenpreise in Chikago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 24,2 kg.

	8. 9. 50	15. 9. 50
September	222¾	222¾
Dezember	226¾	226½
März	232¼	229¼

Maispreise in Chikago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 24,2 kg.

	8. 9. 50	15. 9. 50
September	154⅛	154
Dezember	148⅛	146
März	153⅞	149¼

Haferpreise in Chikago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 21,7 kg.

	8. 9. 50	15. 9. 50
September	80⅞	80⅞
Dezember	83⅛	82¼
März	83¼	83¼

Roggenpreise in Winnipeg in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 25,4 kg.

	8. 9. 50	15. 9. 50
Oktober	148¾	146
Dezember	146⅞	144¾
Mai	151¼	149¼

Gerstenpreise in Winnipeg in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 21,7 kg.

	8. 9. 50	15. 9. 50
Oktober	120⅞	122⅛
Dezember	119¼	120¼
Mai	121¾	119⅝

Öle und Fette

An den nordamerikanischen Märkten für eßbare Öle und Fette sowie für Ölsaaten entwickelte sich, zumeist infolge von Liquidationen, eine nachgebende Tendenz. Das nordamerikanische Landwirtschaftsministerium schätzt den Ertrag der Sojabohnenernte auf 274,703 Mill. Bushel, was die Neigung zur Zurückhaltung bei den Käufern verstärkte. Daran konnten auch größere Abschlüsse für westdeutsche Rechnung — man spricht von 1 bis 1,5 Mill. Bushel — nichts ändern. Das Auslandsinteresse an nichteßbaren Ölen und Fetten, insbesondere solchen für Seifenherstellung war, im Vergleich zu den Vorwochen, weniger lebhaft.

In Argentinien wurden 1000 t Leinsaat nach Italien verschifft.

Kaffee

An der New Yorker Kaffeebörse notierte Santos „D"-Kontrakt, September-Termin, am 14. September 54,80 cts je lb gegenüber 54,65 am 7. September, Santos „S" 55,27, gegenüber 55,75 und „U"-Kontrakt, Dezember-Termin, 54,60, gegenüber 55,00. Das Geschäft vollzog sich in verhältnismäßig ruhigen Bahnen. Da die nordamerikanischen Großröstereien offensichtlich zur Zeit über größere Vorräte verfügen, sind sie an neuen Käufen nicht unmittelbar interessiert. Diese Zurückhaltung veranlaßte gegen Wochenende die brasilianischen und kolumbischen Verschiffer, ihre Offerten leicht herunterzusetzen. Sie ließen gleichzeitig durchblicken, daß sie an Gegenofferten interessiert seien. Wenn diese größere Abgabeneigung auch vielleicht nur eine vorübergehende Erscheinung bleiben wird, so scheint an Hand der letzten Schätzungen über den Ertrag der Kaffee-Ernte in den wichtigsten lateinamerikanischen Produktionsländern doch festzustehen, daß die zu Anfang dieses Jahres verschiedentlich laut gewordenen Befürchtungen einer Verknappung von Kaffee unbegründet waren, obwohl sich für Brasilien, Kolumbien, Guatemala, Mexiko und El Salvador für 1950/51 ein Ausfuhrüberschuß von nur 30,6 Mill. Sack Kaffee errechnet, gegenüber 33,7 Mill. Sack im Vorjahre.

Bei der derzeitig günstigen Marktlage für die Kaffeepflanzer ist es verständlich, daß man sich in den für den Kaffeeanbau geeigneten Gebieten bemüht, diese Kultur stärker zu pflegen. So wird aus Paris berichtet, daß die französische Regierung 38 Mill. ffrs zur Verstärkung des Kaffeeanbaues an der Elfenbeinküste zur Verfügung gestellt hat. Es handelt sich hierbei um die erste Teilzahlung eines auf insgesamt 183 Mill. ffrs veranschlagten Beitrages des französisch-westafrikanischen Kaffee-Fonds zur Entwicklung von Kaffeeplantagen.

Kakao

Bahia-Kakao, loko, notierte in New York am 14. September 43,25 cts je lb, gegenüber 41,50 am 7. September; Accra, loko, 44,25, gegenüber 42,75. Die New Yorker Kakaobörse war in der Tendenz fest, die Notierungen zogen stetig an. Dabei war es nicht so sehr die nordamerikanische Nachfrage, die die Preisgestaltung in New York beeinflußte, sondern das von europäischen Käufern bekundete Interesse für Bahia-Kakao trieb die Preise in die Höhe. So soll beispielsweise Frankreich eine größere Menge Bahia-Kakao zu 41 cts je lb fob Bahia-Ilheus, gegen Wochenschluß erworben haben, während die gleiche Qualität noch zu Ende der Vorwoche zu annähernd 38½ cts zu haben war. Der Wettbewerb bei der Beschaffung von Kakao zwischen den nordamerikanischen und europäischen Interessenten verlieh dem Welt-Kakaomarkt in der Berichtszeit das Gepräge. — Hervorgehoben zu werden verdient von den Ereignissen in der Berichtswoche die Entscheidung der britischen Regierung, die Einfuhr von Kakao in die Hände des Privathandels zurückzulegen und von dem bisherigen System der Großkäufe durch das britische Ernährungsministerium abzugehen. Das Entscheidende hierbei dürfte wahrscheinlich sein, daß sich die Preise, die die britische Schokoladenindustrie für Kakao bezahlt, dem Weltmarktniveau anpassen müssen.

Tee

Während sich die Preisgewinne an den südostasiatischen Teemärkten in engen Grenzen hielten, war die Amsterdamer Teeauktion vom 14. September fest. Die Preise zogen gegenüber der letzten Versteigerung vor drei Wochen um 5 bis 20 cts je ½ kg an.

Zucker

Die Notierung für Weltkontrakt Nr. 4, Januar-Termin, zog in New York von 5,60 am 7. September auf 5,63 cts je lb am 14. September leicht an. Die Haltung der Zuckerbörse war im allgemeinen fest, und an einigen Tagen gut behauptet.

Wolle

Nach der fieberhaften Hausse der Vorwoche an den australischen Wollauktionen, den ersten der diesjährigen Saison, gewinnt man den Eindruck, daß sich das Preisniveau etwas stabilisiert hat. Größere Preisveränderungen waren selten, ja in einigen Fällen kam es sogar zu kleinen Abstrichen bis zu 5%, die allerdings gegenüber den Gewinnen an den ersten Versteigerungen dieses Jahres in Höhe von 40 bis 50% nicht sonderlich ins Gewicht fallen. Immerhin kann festgestellt werden, daß viele Käufer vorsichtiger geworden sind, denn man weiß nicht, wie der Verbraucher auf eine Preiserhöhung der Fertigwaren reagieren wird.

In Buenos Aires hat sich das Interesse für Wolle neuer Schur nicht verringert. Zwischen 200 und 300 t sehr schöner Kreuzzuchten, Vorschur-Wolle aus der Provinz Buenos Aires, leicht verklettet, wurden zu einem Preise von 130 arg. Peso je 10 kg angeboten. Die Käufer nannten eine Gegenofferte von 115 arg. Peso je 10 kg. Leicht fehlerhafte grobe Wollen erzielten bis zu 88,20 arg. Peso je 10 kg. Großes Interesse wird der Aktion von Entre Rios-Wollen entgegengebracht, auf der 750 t ausgewählte Kreuzzuchtwollen unter den Hammer kommen werden. Man rechnet mit Preisen in der Höhe von 200 arg. Peso je 10 kg. Dem Vernehmen nach sollen besonders Frankreich und Belgien, und wahrscheinlich auch Westdeutschland und Japan an dieser Versteigerung interessiert sein. Der Markt in Montevideo lag fest; das Geschäft war jedoch nur klein. Nicht ganz 600 t wurden an nicht nordamerikanische Märkte verkauft. Aus Boston verlautete in bezug auf den Wollmarkt in Montevideo, daß man die weitere Entwicklung abwarten möchte.

Baumwolle

Baumwollnotierungen

New York	8. 9. 50	15. 9. 50
Disp.	41,60	42,07
September	40,97	—
Oktober	40,90	41,07
November	41,01	41,15
Dezember	41,06	41,15
Januar	41,05	41,14
März	41,04	41,18
Mai	40,83	40,89
Juli	40,27	40,21
Oktober	38,86	38,88

An der New Yorker Baumwollbörse stellte sich die Notierung für den Oktober-Termin am 14. September auf 40,89 gegenüber 40,60 am 7. September, die für den Dezember 1950 auf 40,87, gegenüber 40,65 und die für den Dezember 1951 auf 38,45, gegenüber 38,94 cts je lb. Zu Beginn der Berichtszeit setzten die Notierungen infolge von starken Käufen der Spinnereien, gestützt auf die Aussicht einer Verknappung von Baumwolle, ihre Aufwärtsbewegung fort, zumal da die überraschenderweise sehr niedrig ausgefallene Baumwollschätzung des Ernteberichtsbüros diese Aussicht unterstützte. Im späteren Verlaufe entwickelte sich eine rückläufige Bewegung, da die Zunahme der Anlieferungen aus der neuen Ernte zu bedeutenden Sicherungsabgaben anregte. Außerdem wurden Gewinnmitnahmen durchgeführt, nachdem sich herausgestellt hat, daß die von der Regierung angeordnete Lizenzpflicht für die Ausfuhr von Baumwolle die Zuteilungen der ECA an die westeuropäischen ERP-Länder nicht berühren wird. Als Beweis für diese Ansicht wird angeführt, daß seit Einführung der Lizenzpflicht fast 28 Mill. Dollar an drei Marshallplanländer zum Ankauf von nordamerikanischer Baumwolle zugeteilt worden sind. Die Baumwolle muß bis zum 31. Dezember dieses Jahres verschifft sein. Baumwollfachleute der Washingtoner Regierung sind der Ansicht, daß durch die Einführung der Lizenzpflicht in erster Linie diejenigen Länder berührt werden, die bisher Baumwolle gegen freie Dollar in den USA kauften, d. h. also die hinter dem „Eisernen Vorhang" liegenden Staaten. Bemerkenswert war der starke Rückgang der Vorräte der Commodity Credit Corporation. Aus Beleihungsbeständen des Jahres 1948 verblieben der Commodity Credit Corporation nach dem Stande vom 11. September noch 1,37 Mill. Ballen.

An der Alexandriner Baumwollbörse verzeichneten die Notierungen ansehnliche Gewinne. In gut unterrichteten Kreisen führt man diese Entwicklung in erster Linie darauf zurück, daß die britische Rohbaumwollkommission wieder die führende Stellung unter den Käufern am Alexandriner Markt eingenommen hat. In diesem Zusammenhang bemängelt und kritisiert der Alexandriner Markt scharf das Ungesunde der britischen Kaufpolitik. Eine Rückkehr zu dem vor dem Kriege geübten System, ägyptische Baumwolle durch die Vertreter der Verschiffer in Liverpool zu kaufen, würde die Beunruhigung, die die Bulk-Käufe der britischen Rohbaumwollkommission notwendigerweise zur Folge haben, vermeiden.

Am Bombayer Lokomarkt für Baumwolle war der Geschäftsumfang wegen des Feiertages verhältnismäßig gering. Die Verkäufe beliefen sich auf nur 800 Ballen. Der Streik bei den Spinnereien scheint sich abzuschwächen. Von insgesamt 62 durch den Streik betroffenen Betrieben haben bereits 10 die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen. Über den Handel in Baumwolle neuer Ernte hat die Regierung noch keine Entscheidung getroffen. Der Felderstand machte im allgemeinen gut Fortschritte, und zwar vor allen Dingen im Bezirk Bomra. Im östlichen Punjab und in Patiala sind durch bedeutende Niederschläge ernste Schäden verursacht worden.

Kautschuk

An der New Yorker Kautschukbörse stieg die Notierung für Nr. 1 RSS-Kontrakt, September-Termin, von 54,20 am 7. September auf 57 Geld und 57,50 Brief am 14. September. Die Haltung der Börse war überwiegend fest. Die Preisgestaltung unterlag bedeutenden Schwankungen. Bei der Beurteilung der Entwicklung an den Kautschukmärkten sollte auf lange Sicht gesehen, nicht vergessen werden, daß sich notwendigerweise eine Entspannung der Versorgungslage einstellen muß, sofern sich aus der internationalen Lage nicht besondere Überraschungsmomente ergeben. Trotz des erneuten Anziehens der Notierungen dürften die Kautschukpreise ihren höchsten Stand, wenn nicht überschritten, so doch erreicht haben.

Auch an der Londoner Kautschukbörse zeichnete sich das Geschäft durch sehr bedeutende Schwankungen in den Notierungen aus. Auf den anfänglichen Rückgang, in Anlehnung an die Entwicklung in Singapur, bewirkten einige Kaufaufträge ein Ansteigen der Notierungen. Da außerdem die Verkäufer geringe Abgabeneigung zeigten, festigte sich die Haltung weiter. Andererseits fehlte es an Unterstützung durch die nordamerikanischen Kaufinteressenten, und Gerüchte über eine Beendigung des Streiks der Plantagenarbeiter in Indonesien hatten sodann einen scharfen Rückgang zur Folge. Diese Gerüchte bewahrheiteten sich indessen nicht. Gegen Wochenschluß war die Tendenz zumeist fest, und die Notierungen schlossen im Schnitt um 2 d je lb höher als zu Ende der vorigen Woche. Die Händler sind indessen zurückhaltend und gegenüber dem derzeitigen Preisstand recht mißtrauisch.

Häute und Felle

Die Tendenz an den internationalen Märkten für Häute und Felle war weiterhin fest. Argentinische Frigorificos und Municipales stiegen um etwa 10%. Am uruguayschen Häutemarkt wurden 1750 Montevideo Extremes Rejects auf Basis eines Preises von 32,84 d je lb c&f an Westdeutschland verkauft. Die britischen Interessenten zeigen größere Zurückhaltung gegenüber den derzeitigen Notierungen. Dem Vernehmen nach hat Brasilien ein Gebot von 17 d je lb c&f für San Paulo naßgesalzene Stiere zurückgewiesen. Der brasilianische Häutemarkt war sehr fest. Aus Paraguay lagen keine neuen Vorgänge vor.

NE-Metalle in New York

Die Charakteristiken des Geschäftes am New Yorker NE-Metallmarkt waren auch in diesem Berichtsabschnitt die drängende Nachfrage auf der einen und das knappe Angebot auf der anderen Seite. Im übrigen warten Produzenten, Händler und Verbraucher auf eine Entscheidung der Washingtoner Regierung in der Angelegenheit der Zuteilungen nach Prioritäten und der Preiskontrollen. Am „Grauen Markt" in New York haben sich die Spannen zu den „amtlichen Preisen" vergrößert, obwohl die letzteren, das gilt für Blei und Zink, in der Woche zum 15. September heraufgesetzt worden sind. Bei Kupfer hält die Zweigleisigkeit der Preise an. Straitszinn beschloß die Woche mit einem Gewinn von rund 2¾ cts auf 102¾ cts je lb nominell.

Diamanten

In der letzten Zeit standen Diamant-Aktien stärker im Vordergrunde des Börsengeschehens. Diese Entwicklung ist verständlich, wenn man berücksichtigt, daß die Nachfrage nach Diamanten das Angebot um das Fünf- bis Zehnfache übersteigt. Diese beispiellose Konjunktur erstreckt sich auf sämtliche Diamantenarten für jeglichen Verwendungszweck. So werden Industriediamanten für die Aufrüstung, den Maschinen- und Bergbau benötigt. Der Bedarf der Juweliere an Edeldiamanten ist gleichfalls gestiegen, ferner erfolgen umfangreiche Anlagekäufe als Sicherheit gegen inflationistische Entwicklungen und Währungsabwertungen sowie von Flüchtlingen. Hierdurch stiegen schlifacettige Diamanten innerhalb eines Zeitraums von drei Wochen um über 30%. Die zentrale Verkaufsorganisation, die in ungeschliffenen Diamanten das Weltmonopol besitzt und bei der es sich im wesentlichen um die südafrikanische De Beers Consolidated Mines handelt, hat eine scharfe Rationierung vorgenommen und den Preisauftrieb gebremst. Trotzdem kam es weiterhin zu Preissteigerungen, die in London im letzten Monat 2 bis 12½% betrugen, wobei sich die durchschnittliche Preiserhöhung etwa auf 5% stellte. Die zentrale Verkaufsorganisation, die unter der Leitung von Sir Ernest Oppenheimer steht, hat die erforderlichen Maßnahmen getroffen, um den Bedarf an Industriediamanten zur Durchführung des Rüstungsprogramms der USA und für die strategische Vorratshaltung sicherzustellen. Im letzten Krieg hatte die nordamerikanische Regierung derartige Vorkehrungen nicht getroffen, so daß das Syndikat plötzlich vor einer schwierigen Aufgabe stand, diese aber erfolgreich löste.

Metalle

Die letzte Entwicklung an den Weltmetallmärkten hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Preise der letzten Wochen mehr oder minder auf dem Papier standen. Das gilt sowohl für die amerikanischen Notierungen als auch für die westdeutschen. Nur das englische Versorgungsministerium hat einen Versuch unternommen, Panikkäufe der Verbraucher zu unterbinden, indem es für spätere Lieferung die Aufgelder bedeutend erhöht hat. Offenbar hat diese Maßnahme gewirkt, denn es wird aus London über eine normale Kauftätigkeit berichtet. Andererseits haben die amerikanischen Stockpilingbehörden ihre Ankaufspolitik geändert. Sie werden für die Folge bei Materialien, bei denen die Einlagerung der vorgesehenen Mengen noch nicht beendet ist, die aber für die nationale Verteidigung benötigt werden, bis zu 20½% über den Exportpreis bezahlen, wenn es sich um Rohstoffe handelt, die normalerweise aus den Vereinigten Staaten auch exportiert werden. Natürlich muß eine solche Maßnahme preistreibend wirken. Im grauen Markt sind die offiziellen amerikanischen Metallpreise schon seit Wochen beträchtlich überholt worden, und wenn die Erzeuger den Markt in der Hand behalten wollten, müßten sie sich der Entwicklung eben anpassen, d. h. die Notierungen wenigstens etwas den tatsächlich gezahlten Preisen anpassen. So kam es für Blei und Zink zu weiteren Preiserhöhungen, denen London und Westdeutschland folgte. In Westdeutschland sind die Notierungen aber trotz beträchtlicher Heraufsetzungen heute nur als nominell anzusehen. So wird z. B. alter Kupferdraht mit 260—280 DM gehandelt, während die Notierung für Elektrolytkupfer nur 228,50 DM beträgt. Die Kabelindustrie, die feinmechanische und optische Industrie, sowie die Akkumulatorenwerke haben jede Menge Kupfer und Blei zu kaufen gesucht. Hinzu kamen, wie nicht anders zu erwarten war, spekulative und Angstkäufe.

Die Bundesbehörden sind bemüht, alle Bestrebungen zu unterstützen, die darauf abzielen, den Metallbedarf der verarbeitenden Industrie sicherzustellen. Die deutschen Metallimporteure stoßen dabei aber auf große Schwierigkeiten, weil im Ausland kaum Abgeber zu finden sind. Natürlich stürzt man sich auf die Altmetalle, deren Aufkommen immer spärlicher wird, und so kommt es zu solchen Preisanomalien, wie einleitend verzeichnet. Die letzte Entwicklung hat nicht nur auf dem Weltmarkt, sondern besonders in Westdeutschland Formen angenommen, die beträchtliche Gefahren in sich bergen, denn ein Zusammenbruch dieser künstlich geschürten Hausse kann nicht ohne Rückwirkungen auf das Angebot bleiben. Es besteht nämlich in der Welt keine echte Metallknappheit.

Kupfer: In den Vereinigten Staaten verkauft die Kennecott Copper immer noch zu 23,50 cts je lb an ihre regulären Kunden, während andere Erzeuger 24,50 cts verlangen und zwar sowohl im Inlandsgeschäft als auch für Export. Nimmt man den Exportpreis als Weltmarktpreis, so müssen die amerikanischen Verbraucher einschließlich des Zolls von 2 cts je lb für Importkupfer heute 26,50 cts bezahlen. Die Kupfernachfrage am amerikanischen Markt ist weiter sehr lebhaft. Wenn auch der amerikanische Kupferverbrauch für Juli mit nur 97 983 sh/t angegeben wird gegen 132 308 sh/t im Juni und 61 209 sh/t im Juli des Vorjahres, so betrug er doch für die ersten sieben Monate nicht weniger als 806 254 sh/t gegen 550 067 sh/t in der Vergleichszeit des Vorjahres. Die Kupfervorräte lagen mit 160 654 sh/t Ende Juli zwar um 34 900 sh/t höher als Ende Juni, doch stiegen die Aufträge, die noch auszuliefern sind, im Juli auf 300 430 sh/t gegen 213 400 sh/t im Juni. Man kann also weiter von einer außerordentlich angespannten Lage des amerikanischen Kupfermarktes sprechen. In Chile ist auf den Gruben in Portrerillos ein Streik ausgebrochen. Die Mine gehört der Andes Copper Mining Co., einer Tochtergesellschaft der amerikanischen Anaconda Copper Mining Co. 2000 Bergarbeiter haben hier die Arbeit niedergelegt und verlangen eine 40%ige Lohnerhöhung und eine Anpassung der Lebenshaltungskosten. In einem Zusatzantrag zur General Tax Bill ist jetzt die Suspendierung des amerikanischen Kupferzolls für ein Jahr vorgeschlagen worden. Die „Kupfersenatoren" des Westens sind jedoch anscheinend entschlossen, diesen Antrag zu sabotieren.

Zinn: Der Zinnmarkt wird schon seit Wochen von der Spekulation beherrscht. Das zeigt sich an den ständigen Preisschwankungen, denen dieses Metall unterliegt, und die in den letzten Wochen beträchtliche Ausmaße annahmen. Natürlich hat auch die Reconstruction Finance Corporation mit ihrer Offerte von 10 000 lg/t Zinn zu dem Preiseinbruch beigetragen, von dem der Markt sich jedoch schnell wieder erholte. Die Weltzinnerzeugung wird im laufenden Jahr höher sein als im Vorjahr. Die Zinnstudiengruppe gibt die Erzeugung von metallischem Zinn im ersten Halbjahr mit 86 100 lg/t an gegen 83 300 lg/t in der gleichen Zeit 1949. Die Zinnverschiffungen aus den Malayenstaaten erreichten im August 7500 lg/t. Davon gingen 3781 lg/t nach den USA, 1886 lg/t nach Europa, 160 lg/t nach Großbritannien, 1335 lg/t nach Ländern des britischen Weltreichs und 430 lg/t nach anderen Ländern. Die Zinnvorräte in den Malayenstaaten haben sich im Juli auf 13 886 lg/t verringert gegen 15 250 lg/t Ende Juni. Selbst unter der Annahme, daß im laufenden Jahr etwa 40 000—45 000 lg/t Zinn dem amerikanischen Stockpile zugeführt werden, sollte bei einer Erzeugung von wahrscheinlich rund 170 000 lg/t zuzüglich Abgaben des englischen Versorgungsministeriums und der REFICO von 30 000 lg/t und einem Weltzinnverbrauch von rund 140 000 lg/t noch ein Überschuß von etwa 20 000 lg/t verbleiben. Man kann also, wie an dieser Stelle wiederholt betont, von keiner Zinnknappheit im Weltmaßstab sprechen. Damit kennzeichnen sich die gegenwärtigen Zinnpreise als das, was sie sind, als Spekulationspreise.

Blei: Der Bleimarkt liegt trotz der letzten Preiserhöhungen weiter sehr ruhig. Besonders in England sind die Verbraucher eher zurückhaltend. Man betrachtet Blei nicht in gleichem Maße als strategisch wichtig, wie z. B. Kupfer und Zink. Außerdem ist das Stockpilingprogramm der amerikanischen Regierung für dieses Metall nahezu abgeschlossen. In Westdeutschland besteht lebhafte Nachfrage nach Blei. Es zeigt sich jetzt, daß die Bleiexporte der vergangenen Monate zum mindesten vom Versorgungsstandpunkt nicht gerade von einer wirtschaftlichen Weitsicht sprachen. Die Bleinotierungen in den USA bleiben immer noch hinter den Zinknotierungen zurück. Daß sich die Bleiimporte der USA im ersten Halbjahr 1950 auf 202 138 sh/t steigern konnten gegen 140 866 sh/t in der gleichen Zeit des Vorjahres, ist auch kein Anzeichen dafür, daß Blei besonders knapp wäre.

Zink: Dieser Markt ist weiter außerordentlich fest. An der New Yorker Börse wurden für Septemberlieferung 20,50 cts je lb geboten, ohne daß es zu einem Abschluß gekommen wäre. Jeder Abgeber kann heute in den USA und wahrscheinlich auch in Europa beträchtlich mehr als den offiziellen Preis erzielen. Die Beilegung des Hafenarbeiterstreiks in Antwerpen läßt erwarten, daß die Lieferungen belgischen Zinks wieder in Gang kommen werden. Die Zinkerzeuger haben sich in den USA bisher geweigert, den Preis offiziell zu erhöhen, konnten jedoch letzten Endes diese Maßnahme nicht mehr vermeiden.

Aluminium: Aus den Vereinigten Staaten wird über eine sehr angespannte Versorgungslage in diesem Metall berichtet. Die Industrie ist dazu übergegangen, von sich aus ein Zuteilungssystem einzuführen. Auf dem grauen Markt wurden zuletzt bis zu 28 cts je lb für Aluminium bezahlt. Man rechnet damit, daß für militärische Zwecke in der nächsten Zeit etwa 15% der amerikanischen Produktion benötigt werden.

Metallpreise vom 13. 9. 1950

	England in £ je lg/t	USA in cts je lb	Westd. in DM je 100 kg
Kupfer	202/0/0	23,50—24,50	228,50
Blei	120/10/0	16,00	157,50
Zink	147/10/0	17,50	171,50
Zinn	775/0/0	103,00	985,00
Aluminium	114/10/0	17,50	—

Deutsche Börsen

Frankfurt	25. 8. 50	1. 9. 50	8. 9. 50	15. 9. 50
AEG	33	33½	—	—
Brown, Boveri	84	85	88	103
Buderus	71½	71½	70½	74½
Chem. Albert	53	53¼	58½	65
Degussa	65	64¼	65½	79½
Deutsche Erdöl	54½	54½	55½	57½
El. Licht u. Kr.	31½	30	30½	31½
Frankf. Masch.	87	87	87	90
Heidelb. Zement	92	95	101½	111
Holzmann	27	26½	27	28
Kupferberg	45	45	—	46
Lahmeyer	79	79¼	89	84
Lanz	28	27	30½	30½
Linde's Eis	79½	80½	79	83
Metallges.	61	61	61	65
Rheinmetall	25½	25¼	25¼	27
Schöfferhoff	50	50½	51	51½
Siemens & Halske	43½	44½	44½	46½
Voigt & Haeffner	130	135	133	133
Wayss & Freytag	118	118	118	118
Zellst. Waldhof	35½	35	35½	37½
Commerz-Bank	20½	21	22	23
Deutsche Bank	20½	20½	22½	23½
Dresdner Bank	20	19½	19½	21½
4% Frft. Hyp. Bk.	7½	7½	7½	7½
4% Pfälz. Hyp. Bk.	7½	7½	7½	7½
4% Degussa	8½	8½	8½	8½
Hamburg	25. 8. 50	1. 9. 50	8. 9. 50	15. 9. 50
Ascam.	68	67	69	71
Bekula	23½	23	23	23
Bremer Wolle	90	97	103½	103
Demag	88	86	82½	88
Deschimag	47½	47½	47	47
Dynamit Nobel	38	38	38	38
Feldmühle	74	73	73	73
HEW	54	54	57	60
Hamb. Hochb.	41	40	44½	47½
Hamb. Hyp. Bk.	16	16	15	16
Hansa Mühle	15	18½	18½	20
Harburg. Gummi	108	113	113	113
Hoffmann Stärke	83	87	88	104
Ilse St. A.	15	14½	14½	14
Ilse Genuss	10	10½	8½	13
Karstadt	67	70½	69½	73
Phrix Inh. A.	27½	28	28½	31
Rütgers	40	40	40	38
Schering	28½	30½	32½	31
Hapag	22	22	24	28
Nordd. Lloyd	18	18	19½	20
4% Hbg. Hyp.	7½	7½	7½	7½
4% Hbg. El. W.	7¼	7¼	7½	7½
Hannover				
Conti Gummi	111	108½	108	110
Hackethal	60	62	65	66
Ilseder Hütte	76	78½	79	80
Mech. Web. Linden	46	48	50	58
Salzdetfurth	65	65	65	69½
Wollw. Döhren	56	67	57	67
Wintershall	47	49	49½	50½

Düsseldorf	25. 8. 50	1. 9. 50	8. 9. 50	15. 9. 50
Alexanderwerk	66	66	66	66
Balcke Masch.	83	83	83	83
Basalt AG.	34	34	35	35
Dortm. A.-Brau	54½	53	55	54
Felten & G.	64	64	65	66½
Ford	79½	79½	—	80
Gerresh. Glas	92	89	90	98
Goldschmidt	—	51	52	—
G. H. H.	66½	68	68	72
Harpen	—	—	72	80
Hoesch	61½	63	62	65½
Kabel Rheydt	54	54	53	53
Klöckner	61½	64½	63½	67½
Mannesmann St.	59½	62½	61½	64½
Mülh. Berg	51	53	53	53
Rheinbraun	81½	94	93	93
Rhein. Kunstseide	42	43	40	48
Rhein. Zellwolle	41	43	41	48
Rheinstahl	57½	57½	58	—
RWE	—	—	72	73½
Verein. Stahlwerke	52	54½	56	—
Westwaggon	51½	51½	—	56
Westd. Kaufhof	73	78	—	—
Rhein. Westf. Boden	27	26½	26½	26½
4% Rh. W. Bd	7½	7½	7½	7½
4% Gelsenberg	7½	7½	7½	7½
5% Klöckner	7½	7½	7½	7½
München	25. 8. 50	1. 9. 50	8. 9. 50	15. 9. 50
Amperwerke	88½	89	86½	87½
Augsb.-Nbg. Masch.	89½	90	89½	93
BMW	30	31¼	32½	34
Dismalt AG.	106	106	106	106
Dierig	74½	73	73	73
Hackerbräu	73	76	79	79
Hanfw. Füssen	127	127	127	127
Hutschenreuther	66	66½	66	66½
Krauss Maffei	71½	73½	73½	76
Lech El.	66	66	66	66
Löwenbräu	58	58½	59	59½
Mech. Baumw. Sp.	118	118	118	118
Rathgeber	96	96	96	96
Rosenthal	—	69½	78	71
Spinn. u. Web. Kott.	136	136	136	136
Südd. Zucker	93	93½	94	98
Tucherbräu	47½	48	48	48
Würzburg. Hofbr.	49	48	50	49
Bayr. Hyp. u. W. Bk.	33	33	33	33
Südd. Boden	35	35	35	35
Allianz Leben	44	43	41	40
Allianz Vers.	61	61	61	61
4% Bayer. Hyp. Bk.	7½	7½	7½	7½
4% Augsb. Nbg.	7	7	7	7
Stuttgart				
Brauerei Wulle	69	68	65	68
Daimler	48	48½	49	51½
Junghans	66	70	70	77
Knorr	67½	73	68	71
Salamander	76	77	76	77
Württ. Bank	28	28	28	28

Seit nahezu 100 Jahren besteht unser Werk
eine der ältesten Maschinenfabriken des Kontinents
WIR BAUEN:
Wasser- und Dampfturbinen, Turbopumpen und Kompressoren
für jede Leistung
Papiermaschinen
zur Herstellung sämtlicher Papiere, bis zum feinsten Banknotenpapier
Trocknungsanlagen und Industriezentrifugen
für die Nahrungsmittel-, chemische und pharmazeutische Industrie
Moderne, leistungsfähige Graugießerei
für Hand- und Formmaschinenguß im Stückgewicht bis 25 to
ESCHER WYSS
Maschinenfabrik GmbH, Ravensburg

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Hochrhein- oder Neckarausbau?

Die Auseinandersetzungen über die Frage Baden oder Südweststaat haben schon in den vergangenen Monaten den Bau des Neckarkanals und in der letzten Zeit auch die Frage der Schiffbarmachung des Hochrheins in den Vordergrund gerückt. Um unseren mit Kanalprojekten und Kraftwerkbauten nicht vertrauten Lesern ein ungefähres Bild zu geben, seien hiermit die wichtigsten Tatsachen kurz dargelegt.

Baden ist ein wasserreiches Land, Württemberg ist ein wasserärmes Land. Während Wassersorgen in Baden unbekannt sind, muß sich die württembergische Wirtschaft für den weiteren Ausbau ihrer Industrie ernsthafte Sorgen um die künftige Wasserbeschaffung machen. Es wird nicht still um Projekte, wie beispielsweise aus dem Bodensee eine Wasserleitung nach Württemberg zu legen, etwa um die notwendige Wasserbeschaffung zu sichern. Es ist unter diesen Umständen selbstverständlich, daß von einer nennenswerten Energiegewinnung aus in Württemberg noch nicht ausgebauten Wasserkräften praktisch nicht die Rede sein kann. Umgekehrt harren seit Jahrzehnten die im Hochrhein von Basel bis Konstanz vorhandenen Wasserkräfte der Erschließung.

Daß also von der Seite der Energiegewinnung her eine Verwendung öffentlicher Mittel für die Hochrheinregulierung richtig und für die Neckar-Energiegewinnung falsch ist, bedarf keiner weiteren Begründung. Selbst die günstigsten Berechnungen lassen beim weiteren Ausbau des Neckars keinesfalls mehr als 20 000 kW-Leistung erwarten, während die zuverlässig zu erwartende Leistung beim Ausbau der fehlenden Hochrhein-Kraftwerke rund das Zehnfache, nämlich 230 000 kW, beträgt.

Diese Verschiedenheit der Größenordnungen geht auch eindeutig aus einer Gegenüberstellung der Leistungsfähigkeit der bereits in Betrieb befindlichen Werke hervor.

Wasserkraftwerke am Hochrhein*)

Bestehende Kraftwerke	Mittlere Jahreserzeug. in Mill. Kilowattstd.
August-Wyhlen	310 Mio kWh
Rheinfelden	170 „ „
Ryburg-Schwörstadt	760 „ „
Laufenburg	430 „ „
Albbruck-Dogern	530 „ „
Reckingen	212 „ „
Eglisau	229 „ „
Gesamte mittl. Jahreserzeug.	2 641 Mio kWh
Davon badischer Anteil	1 371 „ „

Wasserkraftwerke am Neckar*)

Bestehende Kraftwerke	Mittl. Jahreserzeug. in Mill. Kilowattstd.
Ladenburg	32 Mio kWh
Wieblingen	35 „ „
Heidelberg	3 „ „
Neckargemünd	16 „ „
Neckarsteinach	21 „ „
Hirschhorn	20 „ „
Rockenau	25 „ „
Gutenbach	21 „ „
Neckarzimmern	21 „ „
Gundelsheim	15 „ „
Neckarsulm-Kochendorf	25 „ „
Horkheim	26 „ „
Lauffen	27 „ „
Pleidelsheim	19 „ „
Marbach	14 „ „
Aldingen	6 „ „
Münster-Hofen	16 „ „
Cannstatt	12 „ „
Untertürkheim	7 „ „
Obereßlingen	10 „ „
Gesamte mittl. Jahreserzeug.	372 Mio kWh

*) Abgerundete eigene Angaben der Werke

Um auch dem Laien diesen klaffenden Unterschied verständlich zu machen, sind in der nebenstehenden Skizze die Flußbreiten so gezeichnet, daß 1 Millimeter Flußbreite einer mittleren Wasserführung pro Sekunde von 100 cbm entspricht. Bei Wasserführungen unter 50 cbm pro Sekunde sind die Flußläufe gestrichelt. Wenn man nun überlegt, daß die mittlere Wasserführung bei Plochingen 35 cbm und bei Heidelberg 100 cbm pro Sekunde ist, so genügt ein Blick auf die Karte, um festzustellen, daß der Hochrhein die 10- bis 20fache Menge laufend zuverlässig mit sich führt. Hinzu kommt, daß beim Neckar ein Absinken der mittleren Wasserführung in weitaus stärkerem Maße in Erscheinung tritt wie beim Rhein. In ganz wasserarmen Zeiten führt der Neckar bei Plochingen etwa 7 cbm pro Sekunde. Beim Rhein wirkt sich der Bodensee, der das Hochwasser und Schmelzwasser sammelt, als Regulativ aus. Beim Neckar fehlt dieser Ausgleich, weshalb das Hochwasser des Neckars ungenutzt abfließen muß.

Wasserführung von Hochrhein und Neckar

Hochrhein	Größtes Hochwass. cbm/sec	Mittl. Wasserführ. cbm/sec	Niedrigwasser cbm/sec
Schaffhausen	1080	367	100
Waldshut	3200	930	250
Basel	4300	1063	350
Neckar			
Plochingen	1700	35	7
Heidelberg	4800	100	20

Am Ausbau des Hochrheins ist nicht nur Deutschland und somit Baden, sondern in starkem Ausmaß die Schweiz interessiert. Beide Länder haben in den letzten Jahrzehnten die Aufgabe Stück um Stück vorwärts getrieben, so daß lediglich noch die Modernisierung einiger bestehender Werke sowie neu 4 Kraftwerke zu errichten sind, um alle Möglichkeiten der Energiegewinnung auszuschöpfen.

Nun zur Frage der Schiffbarmachung beider Ströme: Das ursprüngliche Neckarkanal-Projekt, das eine Schiffbarmachung des Neckars bis Plochingen vorsah und seinen Niederschlag in einem Staatsvertrag im Jahr 1921, dem Neckar-Donau-Vertrag, fand, gründete sich auf die Absicht, eine Schiffahrtsverbindung Rhein-Donau zu schaffen. Wenn auch heute noch von diesem Projekt in interessierten Kreisen gesprochen wird, so haben doch unsere Erkundigungen bei Fachleuten ergeben, daß man sich ernsthaft mit der Realisierung nicht mehr beschäftigt. Die Rhein-Donau-Verbindung soll nach überwiegendem Urteil in einer Verbindung Rhein-Main-Donau durch Schaffung eines Kanals von Bamberg nach Kelheim gesucht werden.

Warum wird der Neckarkanal nun derartig propagiert?

Durch die Kriegsereignisse wurden die Wassertransporte, die früher überwiegend nach Karlsruhe, Kehl und Mannheim gingen, nach Heilbronn verlagert. Der für diese Notzeit geschaffene Ausnahmetarif ist trotz Beendigung des Krieges heute noch in Kraft. Er beinhaltet billige Frachten. Die Verlagerung des Verkehrs, insbesondere bei Massengütern von den badischen Häfen nach Heilbronn, ist aus den von uns abgebildeten Vergleichszahlen ersichtlich. Kein Mensch wird es der württembergischen Wirtschaft übelnehmen, wenn sie bestrebt ist, sich ihre frachtgünstigsten Verhältnisse zu erhalten. Ihr Bestreben, insbesondere im Stuttgarter Raum, nach einer nutzbringenden Verbindung durch die Weiterführung des Neckarkanals bis Plochingen ist verständlich.

Warum Hochrhein-Ausbau?

Diesen — überspitzt gesagt — egoistischen württembergischen Beweggründen steht nun die volkswirtschaftliche Dringlichkeit der Schiffbarmachung des Hochrheins entgegen. Von Holland bis nach Österreich sind sich alle beteiligten Kreise über die Vordringlichkeit der Schiffbarmachung des Hochrheins einig. Man ging sogar im Ausland so weit, diese Frage als Europa-Aufgabe Nr. 1 zu bezeichnen. Technische Schwierigkeiten, über die früher viel gesprochen wurde, gibt es nicht mehr. Die vor wenigen Tagen abgeschlossene Tagung des Rheinschiffahrtsverbandes in Waldshut hat dies überzeugend unter Beweis gestellt. Während bei der Neckar-Kanalisierung lediglich bestimmte Gruppeninteressen im Vordergrund stehen, handelt es sich also bei der Schiffbarmachung des Hochrheins um gesamteuropäische und um gesamtdeutsche Interessen. Auf einer Tagung der Union der Handelskammern des Rheingebietes, auf der 39 Handelskammern aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Holland, Luxemburg, Österreich und der Schweiz vertreten waren, kam zum Ausdruck, daß der Ausbau des Hochrheins als baureifes und international in erster Linie zu förderndes Projekt als besonders wichtig zu bezeichnen sei.

Wenn wir so leidenschaftlich für die Vorrangstellung des Hochrheinausbaues Partei ergreifen, so geschieht dies, weil hier schnellstens Versäumnisse der Vergangenheit wieder eingeholt werden müssen und außerdem, weil die europäische Wirtschaft dies kategorisch fordert. Daß hiermit ein weiteres Versäumnis der Vergangenheit, und zwar eine Vernachlässigung Badens, seine Wiedergutmachung findet, ist erfreulich, aber nicht ausschlaggebend. Wenn heute die badische Holzwirtschaft im nördlichen Westdeutschland beispielsweise mit dem bayerischen Holz nicht konkurrieren kann, so liegt das daran, daß das Holz aus dem Fichtelgebirge sofort auf den Main verschifft werden kann, während das südbadische Holz den gebrochenen Weg, Eisenbahn und Umladung auf Schiff benötigt. Dies verursacht Kosten, die keine Konkurrenzfähigkeit zulassen. Schiffstransporte sind Massentransporte, und es ist heute an der Zeit, die Rohstoffe am Hochrhein und am Oberrhein, Holz und Erze, zu erschließen.

Eigenartigerweise sind die Kosten, die einerseits für den Ausbau des Neckars bis Plochingen und andererseits für die Schiffbarmachung des Hochrheins von Deutschland aufgewendet werden müssen, nahezu gleich. Der Ausbau des Neckarkanals soll nach eigenen Veröffentlichungen der interessierten Kreise insgesamt 82,3 Mill. DM kosten. Der Ausbau des Hochrheins soll nach einem internationalen Gutachten den Betrag von 200 Mill. DM erfordern, wobei nach dem Kostenverteilungsverfahren der Vergangenheit ungefähr 40 Prozent von deutscher Seite getragen werden müssen, also 100 Mill. DM.

Die Entscheidung, wie diese erforderlichen rund 100 Mill. DM vordringlich einzusetzen sind, überlassen wir dem Urteil unserer Leser. Wir stellen zum Schluß nur eines fest: Es ist ein unumstößliches wirtschaftliches Gesetz, daß der höhere Nutzeffekt im Interesse der Gesamtwirtschaft den Vorrang hat. Ry

Gesamt-Umschlag der Oberrhein-Neckar-Häfen

Geplante Anlagen sind schraffiert

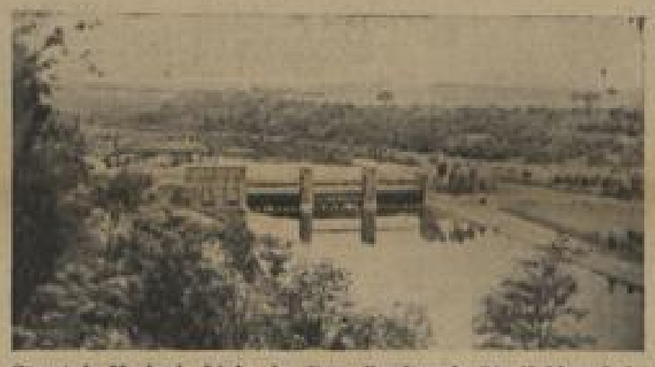
1 mm Flußbreite = 100 cbm mittlere Wasserführung pro Sekunde

Stauung mit Schleuse

Stauung

Stauung mit Schleusenrumpf

Kraftwerk Obereßlingen



Staustufe Marbach. Links das Dampfkraftwerk. Die Kohleverladebrücke ist bereits für die Löschung der ankommenden Kohlenkähne eingerichtet

Kraftwerk Ryburg-Schwörstadt

Albbruck-Dogern